

Landesbank Berlin AG

JAHRESABSCHLUSS UND LAGEBERICHT 2010 (HGB)



# Landesbank Berlin AG

## Jahresabschluss und Lagebericht 2010 (HGB)

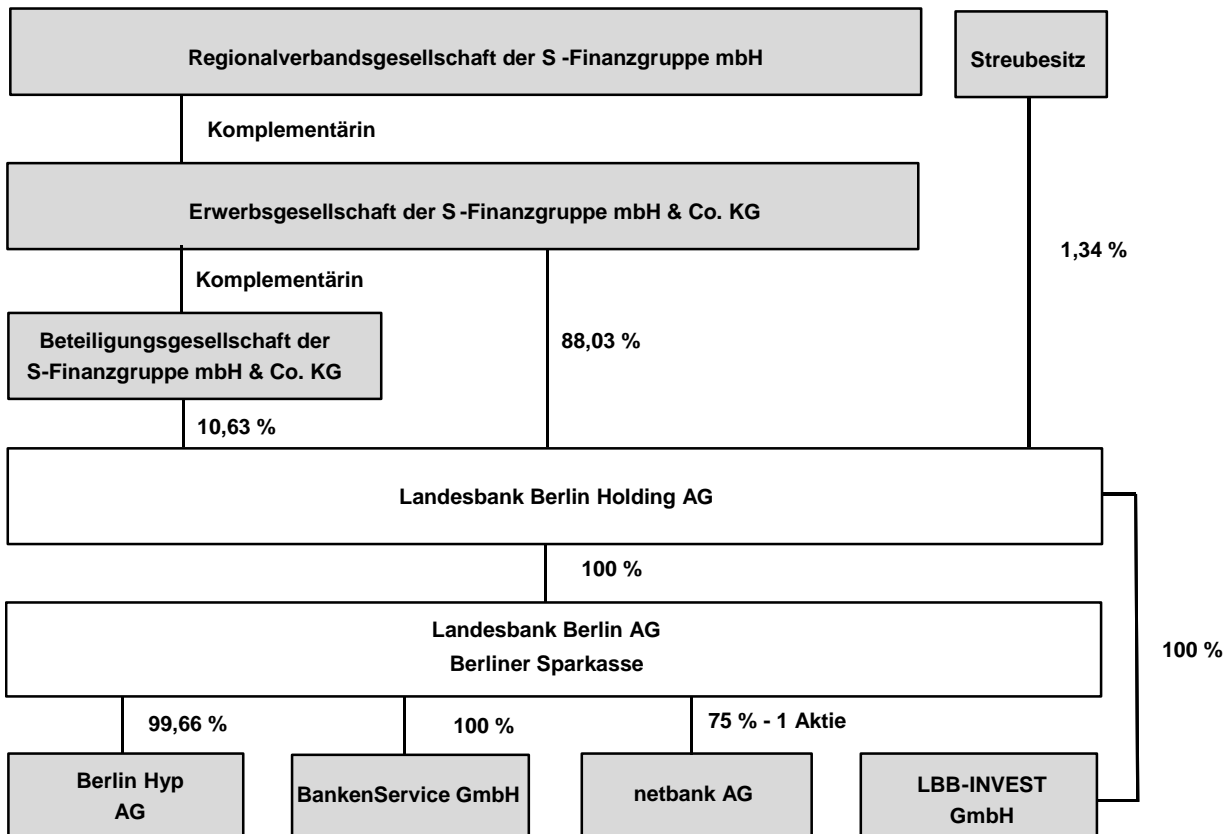
### Inhalt

Lagebericht	1
Die Landesbank Berlin im Überblick	1
Allgemeiner Verlauf im Überblick	18
Geschäftsverlauf Januar - Dezember 2010	24
Risikobericht	33
Chancen- und Prognosebericht / Ausblick	84
Jahresabschluss	93
Bilanz	93
Gewinn- und Verlustrechnung	95
Anhang	97
Anlagen zum Anhang	136
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	140
Entsprechenserklärung / Versicherung der gesetzlichen Vertreter	142
Bericht des Aufsichtsrats	143

# Das Unternehmen im Überblick

## Organisatorische und rechtliche Struktur

Die organisatorische und rechtliche Struktur der Landesbank Berlin AG (LBB) stellt sich zum 31. Dezember 2010 wie folgt dar:



- Die börsennotierte Aktiengesellschaft Landesbank Berlin Holding AG (Holding) ist die Muttergesellschaft der Landesbank Berlin AG mit Sitz in Berlin. Sie ist eine Finanzholding-Gesellschaft im Sinne des Kreditwesengesetzes (KWG) und zu 100 % an der Landesbank Berlin AG (LBB) und der Kapitalanlagegesellschaft Landesbank Berlin Investment GmbH (LBB-INVEST) beteiligt. Mehrheitsaktionärin der Holding ist die Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG (S-Erwerbsgesellschaft) mit einer Anteilsquote von 88,03 %. Sie ist Komplementärin der Beteiligungsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG (S-Beteiligungsgesellschaft), die 10,63 % der Anteile hält. Insgesamt betragen die Anteile der S-Erwerbsgesellschaft einschließlich der Anteile der S-Beteiligungsgesellschaft somit 98,66 %. In ihrer Funktion als Komplementärin der S-Erwerbsgesellschaft übernimmt die Regionalverbandsgesellschaft der S-Finanzgruppe

mbH (RVG) die Geschäftsführung sowohl für die S-Erwerbsgesellschaft als auch für die S-Beteiligungsgesellschaft.

- Die LBB ist ein 100-prozentiges Tochterunternehmen der Holding. Sie ist eine nicht börsennotierte Aktiengesellschaft und ein Kreditinstitut im Sinne des KWG. Die LBB unterhält Niederlassungen in London und Luxemburg.
- Die LBB hält wichtige strategische Beteiligungen, insbesondere die Anteile an der BankenService GmbH Unternehmensgruppe Landesbank Berlin (BankenService), an der netbank AG (netbank) und an der Berlin-Hannoverschen Hypothekenbank AG (Berlin Hyp).

Die LBB hat mit dem BankenService am 26. März 2010 einen Beherrschungsvertrag im Sinne von § 291 Abs. 1 Satz 1 AktG geschlossen. Der Vertrag wurde mit Eintragung ins Handelsregister des BankenService am 2. Juli 2010 wirksam.

Im Oktober 2010 hat die LBB die von der Norddeutschen Landesbank in Höhe von 8,07 % gehaltenen Anteile an der Berlin Hyp erworben und damit ihren Anteil auf 99,66 % erhöht. Darüber hinaus nahm sie an einer Kapitalerhöhung der Berlin Hyp im Umfang von rund 100 Mio. € teil und schloss einen Ergebnisabführungsvertrag mit der Berlin Hyp. Am 9. Dezember 2010 hat die außerordentliche Hauptversammlung der Berlin Hyp dem Verlangen des Vorstands der LBB als Vertreter des Hauptaktionärs mehrheitlich zugestimmt, gemäß § 327a Absatz 1 Satz 1 AktG die Aktien der Minderheitsaktionäre der Berlin Hyp auf die Hauptaktionärin gegen Gewährung einer angemessenen Barabfindung zu übertragen. Nach Wirksamwerden dieses Beschlusses durch Eintragung in das Handelsregister am 25. Januar 2011 verfügt die LBB über 100 % der Anteile an der Berlin Hyp.

Der Konzern Landesbank Berlin ist wie folgt organisiert:

Im Wege der Geschäftsbesorgung werden von der LBB alle Tätigkeiten erbracht, die für das Halten der Beteiligung an der LBB und die Unterstützung der Organe der Holding notwendig sind. Die Holding betreibt kein eigenes Bankgeschäft und verfügt deshalb über keine Mitarbeiter.

Die LBB ist in vier strategische Geschäftsfelder, das Zinsmanagement und die Servicefunktionen Corporate Center und Marktfolge gegliedert. Die strategischen Geschäftsfelder bestehen aus dem Geschäft mit Privaten Kunden und Firmenkunden sowie dem Kapitalmarkt- und dem Immobilienfinanzierungsgeschäft. Im Zinsmanagement wird die zentrale

Steuerung des Bankbuchs abgebildet. Die Corporate Center umfassen unter anderem die Bereiche Informationstechnologie, Risiko und Controlling, Personal, Unternehmensentwicklung, Revision und Finanzen. Die Marktfolge beinhaltet die Back-Office-Dienstleistungen des Bankenservice und der Kreditbereiche der LBB. Das Geschäft mit Immobilienfinanzierungen der LBB und der Berlin Hyp wird, soweit rechtlich möglich, über das institutsübergreifende Geschäftsfeld gesteuert. Dementsprechend eng sind auch die jeweiligen Einheiten der beiden Unternehmen miteinander verbunden.

<b>Landesbank Berlin</b>			
Private Kunden	Firmenkunden	Immobilienfinanzierung	Kapitalmarktgeschäft
Zinsmanagement			
Corporate Center / Marktfolge			

Die Mitarbeiterkapazität in der Landesbank Berlin AG lag mit 4.310 am 31. Dezember 2010 leicht unter dem Vorjahreswert von 4.339. Der Frauenanteil betrug 60,2 % der Gesamtbelegschaft und blieb damit nahezu unverändert (31. Dezember 2010: 60,3 %). Die Fluktuationsquote war mit insgesamt 3,3 % beziehungsweise um Altersaustritte bereinigt mit 2,1 % sehr gering.

Maßnahmen zur Mitarbeiterqualifizierung wie die Programme zur Vorbereitung einer ersten Führungsaufgabe und das Fachkräfteprogramm für Spezialisten wurden fortgeführt. Darüber hinaus startet die Landesbank Berlin ein neues Mentoringprogramm für Frauen. Ziel dieser Qualifizierungsmaßnahme ist es, Mitarbeiterinnen auf Führungs- und Fachpositionen vorzubereiten und den Wissenstransfer über Hierarchiegrenzen hinweg zu fördern.

## **Vorstand und Ressortverteilung**

Mit Ablauf des 31. Dezember 2010 hat Herr Dr. Thomas Veit seine Vorstandsmandate bei der Landesbank Berlin AG und der Landesbank Berlin Holding AG niedergelegt. Seit 1. April 2010 hat Herr Patrick Tessmann das Ressort Private Kunden von Herrn Dr. Johannes Evers übernommen. Zum gleichen Zeitpunkt ist die Ressortzuständigkeit Personal von Herrn Dr. Veit auf Herrn Dr. Evers übergegangen. Die ehemaligen Ressorts von Herrn Dr. Veit verantworten seit 1. Januar 2011 Herr Dr. Evers (Finanzen) und Herr Hans Jürgen Kulartz (Organisation und Informationstechnologie) sowie Herr Jan Bettink (Immobilienfinanzierung), der zum 1. Januar 2011 in den Vorstand der LBB eingetreten ist.

Alle operativen Aufgaben der Holding werden auf der Grundlage eines Geschäftsbesorgungsvertrages zwischen der Holding und der LBB von der LBB wahrgenommen. Die Zuständigkeiten der einzelnen Vorstandsmitglieder sind wie folgt geregelt:

### **Dr. Johannes Evers**

(Vorsitzender)

Landesbank Berlin Holding AG

Landesbank Berlin AG

Private Kunden (bis 31. März 2010)

Finanzen (ab 1. Januar 2011)

Unternehmensentwicklung und Recht

Revision

Personal (ab 1. April 2010)

**Dr. Thomas Veit** (bis 31. Dezember 2010)

Landesbank Berlin Holding AG

Landesbank Berlin AG

Immobilienfinanzierung

Finanzen

Organisation

Informationstechnologie

Personal (bis 31. März 2010)

**Jan Bettink** (ab 1. Januar 2011)

Landesbank Berlin AG

Immobilienfinanzierung

**Serge Demolière**

Landesbank Berlin AG

Kapitalmarktgeschäft

**Hans Jürgen Kulartz**

Landesbank Berlin AG

Firmenkunden

Organisation (ab 1. Januar 2011)

Informationstechnologie (ab 1. Januar 2011)

**Martin K. Müller**

Landesbank Berlin Holding AG (ab 1. Januar 2011)

Landesbank Berlin AG

Risiko und Controlling

Compliance

Kreditgeschäft

Risikobetreuung

BankenService GmbH

**Patrick Tessmann** (ab 1. April 2010)

Landesbank Berlin AG

Private Kunden

## **Vergütungssystem von Vorstand und Aufsichtsrat**

Das Vergütungssystem von Vorstand und Aufsichtsrat der börsennotierten Landesbank Berlin Holding AG (Holding) und ihrer 100-prozentigen Tochtergesellschaft Landesbank Berlin AG (LBB) wird im folgenden Vergütungsbericht entsprechend den gesetzlichen Vorschriften und den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK) in der Fassung vom 26. Mai 2010 erläutert. Die zusammengefasste Darstellung erfolgt aus Gründen der Transparenz und im Interesse der besseren Übersichtlichkeit für beide Gesellschaften in einem Bericht. Die Holding betreibt kein eigenes Bankgeschäft und verfügt über keine eigenen Mitarbeiter. Alle operativen Aufgaben, mit Ausnahme der Grundfragen der Unternehmenspolitik und der Beteiligungsrechte, werden auf der Grundlage eines Geschäftsbesorgungsvertrags von der LBB wahrgenommen. Die Mitglieder des Vorstands der Holding sind zugleich Mitglieder des Vorstands der LBB. Die Aufsichtsratsgremien der Holding und der LBB sind weitgehend personenidentisch besetzt.

Dieser Vergütungsbericht fasst die Grundsätze zusammen, die bei der Festlegung der Vergütung des Vorstands der Holding sowie der LBB angewendet werden, und er stellt Struktur und Höhe der Vorstandsbezüge dar. Des Weiteren werden die Grundsätze und die Höhe der Vergütung der Aufsichtsräte und ihrer Ausschüsse beschrieben.

### ***Vergütung des Vorstands***

Die Vergütung des Vorstands im Berichtszeitraum entsprach sowohl den Anforderungen des Gesetzes zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung (VorstAG) als auch den aufsichtsrechtlichen Anforderungen des Rundschreibens 22/2009 der BaFin vom 21. Dezember 2009 (BaFin-Rundschreiben). Eine Anpassung des Vergütungssystems an die Anforderungen der Institutsvergütungsverordnung (InstitutsVergV) ist erfolgt.

Das Vergütungssystem für den Vorstand einschließlich der wesentlichen Vertragselemente wird vom jeweiligen Aufsichtsratsplenum beschlossen und regelmäßig überprüft. Dieses ist auch für die Festlegung der individuellen Gesamtvergütung der einzelnen Vorstandsmitglieder zuständig. Der jeweilige Bilanzprüfungs-, Personal- und Strategieausschuss des Aufsichtsrats (BPS-Ausschuss) bereitet die entsprechenden Beschlüsse des Plenums vor.



Kriterien für die Bemessung der festen und der variablen Vergütungsbestandteile sind die Aufgaben des jeweiligen Vorstandes, seine persönliche Leistung, die Leistung des Gesamtgremiums sowie die wirtschaftliche Lage, der Erfolg und die Zukunftsaussichten des von ihm verantworteten Geschäftsbereichs sowie des gesamten Unternehmens. Die Höhe der variablen Vergütung ist dabei auch davon abhängig, dass sich die erzielten Erfolge als nachhaltig erweisen. Bei der Festsetzung der Gesamtvergütung wird deren Angemessenheit anhand eines Vergleichs, der zum einen die Vergütung von Geschäftsleitern anderer deutscher Gesellschaften der Finanzbranche mit einer ähnlichen Größe und Komplexität und zum anderen das Lohn- und Gehaltsgefüge im eigenen Unternehmen einbezieht, überprüft. Die feste und die variable Vergütung der Mitglieder des Vorstands stehen in einem angemessenen Verhältnis zueinander, so dass von einer variablen Vergütung keine signifikante Abhängigkeit besteht, diese aber einen wirksamen Verhaltensanreiz setzen kann. Insgesamt ist das Vergütungssystem so ausgerichtet, dass negative Anreize zur Eingehung unverhältnismäßig hoher Risikopositionen vermieden werden.

Dem Vorstand der Holding gehörten zum 31. Dezember 2010 der Vorsitzende Herr Dr. Johannes Evers sowie Herr Dr. Thomas Veit an. Sie waren zugleich Vorstandsmitglieder der LBB. Dem Vorstand der LBB gehörten zum 31. Dezember 2010 darüber hinaus die Herren Serge Demolière, Hans Jürgen Kulartz, Martin K. Müller und Patrick Tessmann an.

Mit Wirkung zum 1. April 2010 wurde Herr Tessmann in den Vorstand der LBB bestellt. Herr Dr. Veit hat seine Mandate im Vorstand der Holding sowie der LBB mit Ablauf des 31. Dezember 2010 niedergelegt. Der Aufsichtsrat der Holding hat mit Wirkung ab dem 1. Januar 2011 Herrn Müller in den Vorstand der Holding bestellt und der Aufsichtsrat der LBB hat Herrn Jan Bettink, bis zum Ablauf des 31. Dezember 2010 Vorstandsvorsitzender der Berlin-Hannoverschen Hypothekenbank AG, mit Wirkung ab dem 1. Januar 2011 in den Vorstand der LBB bestellt.

Unabhängig von der organschaftlichen Bestellung als Vorstandsmitglieder der Holding bestehen die Vorstandsdienstverträge, Versorgungsvereinbarungen und vergleichbaren Verträge der Vorstände der Holding mit der LBB, für die sie überwiegend tätig sind. Die einzelnen, sich aus dem Anstellungsverhältnis ergebenden Rechte und Pflichten des Vorstands sind somit für alle Mitglieder des Vorstands in den mit der LBB bestehenden Dienstverträgen geregelt.

Die LBB zahlt auf dieser vertraglichen Grundlage sämtliche Vorstandsbezüge der für beide Unternehmen tätigen Vorstandsmitglieder. Sie erhält dafür von der Holding einen am zeitlichen Aufwand orientierten Ausgleichsbetrag in Höhe einer monatlichen Pauschale von 5 T€ je Vorstandsmitglied beziehungsweise 6 T€ für den Vorstandsvorsitzenden. Entsprechend wurden im Jahr 2010 von der Holding 132 T€ (Vorjahr: 128 T€) der LBB als Aufwandsersatz erstattet.

Zugunsten der Organmitglieder der Holding und der LBB besteht eine Vermögensschaden-Haftpflicht-Gruppenversicherung (D & O-Versicherung). Diese deckt auch das persönliche Haftungsrisiko der Vorstände der Holding und der LBB für den Fall ab, dass der betreffende Personenkreis bei Ausübung seiner Tätigkeit für Vermögensschäden in Anspruch genommen wird. Für die Vorstandsmitglieder war dabei im Sinne des Deutschen Corporate Governance Kodex zunächst ein Selbstbehalt in Höhe von drei Monatsfestgehältern vereinbart. Für die Zeit ab dem 1. Juli 2010 ist entsprechend den gesetzlichen Vorgaben des § 93 Abs. 2 AktG ein Selbstbehalt von 10 Prozent des Schadens bis zur Höhe des Eineinhalbfachen der festen jährlichen Vergütung vereinbart worden. Die Prämien für diese auch im Interesse der beiden Unternehmen liegende D & O-Versicherung trägt die Holding.

In den Dienstverträgen der Mitglieder des Vorstands sind für ihre Bezüge folgende Vergütungsbestandteile festgelegt:

#### Feste Vergütung:

Die feste Vergütung besteht aus den erfolgsunabhängigen Vergütungsbestandteilen. Hierzu zählen das Grundgehalt, das in gleichen monatlichen Teilbeträgen ausgezahlt wird (ruhegehaltstfähiges Festgehalt), und eine vertraglich festgelegte jährliche (nicht ruhegehaltstfähige) Vergütung. Diese wird den Herren Dr. Evers, Demolière, Kulartz, Müller und Dr. Veit nach Feststellung der Jahresabschlüsse der Holding und der LBB ausgezahlt. Herr Tessmann erhält das nicht ruhegehaltstfähige Festgehalt in zwölf gleichen Monatsraten. Entsprechend den dienstvertraglichen Vereinbarungen werden die festen Bezüge vom jeweiligen Aufsichtsrat spätestens in Abständen von zwei Jahren auf ihre Angemessenheit überprüft. Dabei werden die oben genannten Kriterien sowie die Preis- und Tarifsteigerungen in der Bundesrepublik Deutschland herangezogen. Ein Rechtsanspruch auf Erhöhung der festen Bezüge besteht nicht.

### Variable Vergütung:

Die Mitglieder des Vorstands können für ihre Tätigkeit im jeweils abgelaufenen Geschäftsjahr eine variable Vergütung erhalten. Über die Zahlung und ihre Höhe wird im Folgejahr durch das jeweilige Aufsichtsratsplenium nach Vorbereitung durch seinen BPS-Ausschuss Beschluss gefasst. Dabei werden die oben genannten Kriterien, insbesondere die persönliche Leistung des jeweiligen Vorstands, der Beitrag und die Entwicklung seines Ressorts und der Erfolg des Gesamtunternehmens im Betrachtungszeitraum, herangezogen.

Entsprechend den aktien- und aufsichtsrechtlichen Anforderungen ist die variable Vergütung der Mitglieder des Vorstands, beginnend mit der variablen Vergütung für das Geschäftsjahr 2009, verstärkt auf eine nachhaltige Unternehmensentwicklung ausgerichtet worden und hat eine mehrjährige Bemessungsgrundlage erhalten.

In einem ersten Schritt wird für das Vorstandsmitglied die individuelle Höhe der variablen Vergütung anhand des Geschäftsergebnisses, der Situation und Entwicklung des vom Vorstandsmitglied verantworteten Ressorts, seiner Aufgaben und seiner persönlichen Leistungen, der Lage der Gesellschaft und des Konzerns sowie unter Beachtung etwaiger Sondereinflüsse auf das Geschäftsergebnis ermittelt. Die variable Vergütung darf die Festvergütung des Vorstandsmitglieds nicht überschreiten. In einem zweiten Schritt wird unter Zugrundelegung der variablen und der festen Vergütungsbestandteile die ermittelte Gesamtvergütung zusätzlich auf ihre Angemessenheit im horizontalen und vertikalen Vergleich geprüft. In einem dritten Schritt wird die variable Vergütung durch den Aufsichtsrat festgesetzt.

Die variable Vergütung für das Geschäftsjahr 2009 wurde im Anschluss an die Festsetzung im Jahr 2010 zu 60 % ausgezahlt. Die verbleibenden 40 % werden über einen dreijährigen Zurückbehaltungszeitraum gestreckt und in Teilbeträgen in den auf das Jahr der Festsetzung der variablen Vergütung folgenden drei Geschäftsjahren zur Auszahlung festgesetzt. Der Aufsichtsrat beschließt nach Feststellung des Jahresabschlusses eines jeden Geschäftsjahres im Zurückbehaltungszeitraum unter Berücksichtigung der nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung des Konzerns über die einzelnen Teilraten, deren Höhe pro Jahr maximal 13,33 % der festgesetzten variablen Vergütung betragen kann.

Maßgebliche Bemessungsgröße ist - unter Ausblendung von Sondereinflüssen - das im geprüften und testierten Einzelabschluss der Holding nach HGB ausgewiesene Ergebnis vor Steuern (HGB-Ergebnis der Holding) in dem der Festsetzung der jeweiligen Teilrate voraus-

gehenden Geschäftsjahr. Wird ein HGB-Ergebnis der Holding erreicht, das zu mindestens 100 % dem HGB-Ergebnis im Geschäftsjahr entspricht, für das die variable Vergütung ursprünglich festgesetzt wurde (Ausgangswert), kann im Regelfall von einer nachhaltigen Wertentwicklung des Konzerns ausgegangen werden, welche die Festsetzung einer Teilrate in voller Höhe (13,33 % der festgesetzten variablen Vergütung) rechtfertigt. Liegt das Ergebnis unter dem Ausgangswert, entscheidet der Aufsichtsrat, in welcher Höhe die jeweilige Teilrate ausgezahlt wird. Dies kann zu einer Kürzung bis hin zum Ausfall führen.

Zudem wird der Aufsichtsrat bei der Festsetzung und Höhe einer jeden Teilrate prüfen, ob die Entwicklung und der Erfolgsbeitrag des jeweiligen Vorstandsressorts und die persönlichen Leistungen, die der Aufsichtsrat bei der Bemessung der variablen Vergütung zugrunde gelegt hat, sich auch aus der Rückschau der nachfolgenden Geschäftsjahre als nachhaltig herausgestellt haben. Dabei werden auch die vom Vorstandsmitglied und die in seinen Ressorts eingegangenen Risiken einbezogen.

Bei Ausscheiden eines Vorstandsmitglieds wird die Festsetzung der auf den Zurückbehaltungszeitraum gestreckten Teilbeträge durch die Beendigung der Organstellung und/oder die Beendigung des Anstellungsverhältnisses nicht berührt; eine Anrechnung anderweitigen Erwerbs findet nicht statt.

Von einer Vergütung in Aktien oder aktienbasierten Instrumenten wurde abgesehen. Die Ausgabe von Aktien der Holding ist nicht zweckmäßig. Der Aktienkurs der Holding spiegelt wegen des geringen Streubesitzes von weniger als 1,5 % und der damit verbundenen Marktmenge die wirtschaftliche Entwicklung der Holding nicht wider. Die Ausgabe von neuen Aktien der LBB ist angesichts der Eigentümerstruktur mit der Holding als Alleinaktionärin nicht im Interesse des Konzerns. Aktien der LBB und der Holding, die nicht liquide handelbar sind, stellen auch kein sinnvolles Anreizinstrument für die Vorstandsvergütung dar. Die Schaffung von aktienbasierten Instrumenten (Phantom Stocks) bei der LBB bringt keinen Vorteil gegenüber der Festsetzung einer variablen Vergütung in bar, denn solche aktienbasierten Instrumente wären auch in bar auszuzahlen und müssten sich an denselben Kriterien orientieren, die der Festsetzung der variablen Vergütung zugrunde gelegt werden.

Weitere Vergütungskomponenten (Bezugsrechte, sonstige aktienbasierte Vergütungselemente oder ähnliches) bestanden für die Vorstandsmitglieder im Geschäftsjahr 2010 nicht.

Nach den neuen Anforderungen der InstitutsVergV wird die variable Vergütung der Mitglieder des Vorstands, beginnend mit der variablen Vergütung für das Geschäftsjahr 2010, noch

einmal weitreichender als bisher auf eine nachhaltige Unternehmensentwicklung ausgerichtet. Nach der bisherigen Regelung wurden 40 % der variablen Vergütung zunächst zurückbehalten und 60 % im Basisjahr, dem Jahr nach dem Geschäftsjahr, auf das sich die variable Vergütung bezieht, ausgezahlt. Der zurückbehaltene Betrag wurde gestaffelt über einen Zeitraum von drei Jahren und vorbehaltlich der Nachhaltigkeit des Erfolgsbeitrags in Teilbeträgen ausgezahlt.

Dieses Verhältnis hat sich mit der neuen Regelung verkehrt. Nunmehr werden 60 % der variablen Vergütung zunächst zurückbehalten, 40 % entfallen auf das Basisjahr. Für den zurückbehaltenen Teil der variablen Vergütung beschließt der Aufsichtsrat in den drei darauf folgenden Geschäftsjahren jeweils nach Feststellung des Jahresabschlusses über die Freigabe des entsprechenden Teilbetrags. Die Freigabe kann erteilt werden, wenn die Entwicklung des Konzerns und der individuelle Erfolgsbeitrag des Vorstandsmitglieds sich als nachhaltig erwiesen haben. Die Nachhaltigkeit wird anhand des bereits beim bisherigen Verfahren dargestellten Vorgehens geprüft. Nachhaltigkeit vorausgesetzt, kann die Höhe der einzelnen Teilbeträge pro Jahr maximal 20 % der im Basisjahr insgesamt festgesetzten variablen Vergütung betragen.

Von den im Basisjahr und in den drei darauf folgenden Jahren durch den Aufsichtsrat freigegebenen Teilbeträgen der variablen Vergütung wird sodann jeweils die Hälfte sofort ausgezahlt. Die andere Hälfte des freigegebenen Teilbetrags wird einer zweiten Nachhaltigkeitsbemessung unterzogen und dafür zunächst einem so genannten nachhaltigen Instrument zugeordnet. Nach Zuordnung zum nachhaltigen Instrument unterliegt der Teilbetrag einer Auszahlungssperrfrist von weiteren drei Jahren. Nach Ablauf der Sperrfrist wird die tatsächliche Auszahlungshöhe anhand der Entwicklung dreier Kennziffern bemessen. Abgestellt wird auf Kennziffern auf Basis des HGB-Ergebnisses der Holding vor Steuern (HGB-Ergebnis), des IFRS-Gesamtergebnisses der Periode der Holding ohne Steuern (IFRS-Gesamtergebnis) und auf die Eigenkapital-Rentabilität auf Basis des durchschnittlichen IFRS-Eigenkapitals im Verhältnis zum operativen IFRS-Konzernergebnis des Geschäftsjahres. Bei der Bemessung werden alle drei Kennziffern gleich gewichtet. Vorbehaltlich der Nachhaltigkeit des Erfolgsbeitrages kommt der letzte Teilbetrag der variablen Vergütung somit im siebten Jahr nach dem Geschäftsjahr, auf das sie sich bezieht, zur Auszahlung.

Ergeben sich während des Zurückbehaltungszeitraums gesellschaftsrechtliche Änderungen im Konzern, die einen wesentlichen Einfluss auf die Gesamtertrags- und Risikostruktur haben, kann der Aufsichtsrat den oben genannten Faktor entsprechend korrigieren.

### Sonstige Vergütungen:

Den Vorstandsmitgliedern stehen jeweils Dienstwagen mit Fahrer zur unbeschränkten Nutzung zur Verfügung. Die auf die private Nutzung entfallende Lohn- beziehungsweise Einkommensteuer wird gegenüber den Vorstandsmitgliedern mit Ausnahme von Herrn Tessmann von der LBB übernommen.

Gegenüber Herrn Tessmann hat die LBB in den ersten sechs Monaten seiner Vorstandstätigkeit Unterbringungs- und Reisekosten in Höhe von insgesamt 21 T€ übernommen.

### Gesamtvergütung:

Die Mitglieder des Vorstands haben für ihre Tätigkeit im Geschäftsjahr 2010 eine Vergütung von insgesamt 5.326 T€ bezogen (Vorjahr: 4.475 T€). Hierin enthalten ist die vertraglich festgelegte nicht ruhegehaltstfähige Vergütung in Höhe von 1.843 T€ (Vorjahr 1.844 T€). Davon sind 188 T€ im Geschäftsjahr 2010 zur Auszahlung gekommen; 1.655 T€ kommen im Geschäftsjahr 2011 zur Auszahlung. Für die Tätigkeit im Geschäftsjahr 2009 wurde an die Mitglieder des Vorstands entsprechend den oben dargestellten Kriterien eine variable Vergütung von insgesamt 1.610 T€ festgesetzt (Vorjahr: 0 T€). Hiervon entfielen 270 T€ auf den im Jahr 2009 aus dem Vorstand ausgeschiedenen Herrn Hans-Jörg Vetter, die im Geschäftsjahr 2010 gezahlt wurden. Den zum 31. Dezember 2009 amtierenden Mitgliedern des Vorstands wurden 60 % der variablen Vergütung (804 T€) nach Feststellung der Jahresabschlüsse 2009 ausgezahlt. Die verbleibenden 40 % (536 T€) werden für einen Zeitraum von drei Jahren zurückbehalten. Für das Geschäftsjahr 2008 wurden keine variablen erfolgsabhängigen Vergütungen gezahlt.

Die Höhe der variablen Vergütung für das Geschäftsjahr 2010 sowie die zur Auszahlung kommenden Beträge des Rückbehaltes des Geschäftsjahres 2009 können zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses noch nicht verlässlich geschätzt werden. Entsprechende Angaben werden im Halbjahresfinanzbericht 2011 dargestellt.

Leistungen von Dritten wurden einzelnen Vorstandsmitgliedern im Hinblick auf ihre Tätigkeit als Vorstandsmitglied weder zugesagt noch im Geschäftsjahr gewährt.

Leistungen, die den Mitgliedern des Vorstands für den Fall der vorzeitigen Beendigung ihrer Tätigkeit zugesagt worden sind:

Im Falle einer durch Unfall oder Krankheit verursachten Arbeitsunfähigkeit stehen den Vorstandsmitgliedern für den folgenden Zeitraum die vollen Bezüge zu: Herrn Tessmann bis zu sechs Monaten, Herrn Demolière bis zu einem Jahr, Herrn Dr. Evers, Herrn Kulartz und Herrn Müller bis zu zwei Jahren, jedoch jeweils längstens bis zur Beendigung des Anstellungsverhältnisses. Nach Ablauf dieser Zeit haben die genannten Vorstandsmitglieder einen Anspruch auf Ruhegehalt wegen Berufsunfähigkeit. Scheiden Herr Müller oder Herr Tessmann in Folge Invalidität aus ihrem Dienstverhältnis aus, erhält jeder ab dem darauf folgenden Monat eine Invalidenrente, deren Höhe sich nach den Bestimmungen für das Ruhegehalt bemisst, wobei Zeiten der Invalidität nicht als geleistete Dienstjahre gelten.

Im Falle der Lösung des Vertragsverhältnisses durch die LBB, die nicht durch einen wichtigen Grund in der Person des Vorstandsmitglieds veranlasst ist (§ 626 BGB) haben die Mitglieder des Vorstands einen Anspruch auf die Zahlung von Ruhegehalt.

Herr Dr. Veit hat entsprechend des mit ihm geschlossenen Dienstvertrages von dem Recht Gebrauch gemacht, nach Vollendung des 62. Lebensjahres auf eigenen Wunsch in den Ruhestand zu treten. Dieses Recht haben auch die amtierenden Vorstände Herr Kulartz und Herr Tessmann. Nach Vollendung des 60. Lebensjahres kann das Dienstverhältnis durch Herrn Dr. Evers und Herrn Demolière oder durch die LBB gekündigt werden. Die Vorstandsmitglieder erhalten dann Ruhegehalt auch vor dem 65. Lebensjahr.

Leistungen, die den Mitgliedern des Vorstands für den Fall der regulären Beendigung ihrer Tätigkeit zugesagt worden sind:

Die Vorstandsmitglieder haben einen Anspruch auf Ruhegehalt nach Beendigung des Vertragsverhältnisses infolge der Vollendung des 65. Lebensjahres sowie durch Ablauf der Bestellung, Herr Tessmann nach Ablauf einer Wiederbestellung; soweit die Bestellung nicht erneut verlängert wird, es sei denn, eine angebotene Verlängerung der Bestellung und des Dienstvertrages zu gleichen oder nicht schlechteren Bedingungen wird abgelehnt oder ein wichtiger Grund im Sinne des § 626 Abs. 1 BGB liegt vor.

Während der ersten sechs Monate nach dem Ausscheiden aus den Diensten der Gesellschaft haben die Vorstandsmitglieder einen Anspruch auf ihre Dienstbezüge, vom siebten Monat an setzt die Zahlung des Ruhegehalts ein. Im Falle von Herrn Müller und Herrn

Tessmann setzt die Zahlung des Ruhegehaltes bereits im ersten Monat nach Ausscheiden aus den Diensten der LBB ein.

Das Ruhegehalt bemisst sich nach einem bestimmten Prozentsatz vom ruhegehaltstfähigen Festgehalt, der sich um 2 %, für Herrn Tessmann um 1,34 %, für jedes als Vorstandsmitglied geleistete Dienstjahr erhöht. Für jedes Vorstandsmitglied ist vertraglich ein Höchstsatz vereinbart. Bemessungsgrundlage für das Ruhegehalt ist jeweils das ruhegehaltstfähige Festgehalt zu 100 %, bei Herrn Demolière jedoch nur zu 69 %.

Im Einzelnen:

	<u>Erworbener Versorgungsanspruch</u> <u>per 31.12.2010</u> [in %]	<u>Höchstsatz</u> [in %]
Herr Demolière	53	60
Herr Dr. Evers	60	60
Herr Kulartz	60	75
Herr Müller	46	70
Herr Dr. Veit	56	60
Herr Tessmann	30	50

Gemäß ihren Dienstverträgen haben die Vorstandsmitglieder Anspruch auf Anpassung ihrer laufenden Versorgungsleistungen. Diese richtet sich nach den prozentualen Entgeltentwicklungen der Tarifverträge für das private Bankgewerbe und die öffentlichen Banken.

Endet das Dienstverhältnis von Herrn Tessmann durch Kündigung aus wichtigem Grund, den Herr Tessmann zu vertreten hat, verringert sich das Altersruhegeld um 50 %.

Im Geschäftsjahr 2010 wurden bezüglich der zum 31. Dezember 2009 amtierenden Vorstandsmitglieder keine Änderungen der dargestellten Zusagen vereinbart.

Die Höhe der Pensionsrückstellungen für den zum Bilanzstichtag amtierenden Vorstand betrug 7.759 T€ (Vorjahr: 7.758 T€).

Im Jahr 2010 wurden für Leistungen, die den Vorstandsmitgliedern für den Fall der regulären Beendigung ihrer Tätigkeit zugesagt worden sind, aus den Rückstellungen Beträge in Höhe von 293 T€ aufgelöst und 294 T€ den Rückstellungen zugeführt (im Vorjahr wurden saldiert 1.335 T€ zugeführt). Der Betrag beinhaltet auch ein Fünftel des Effektes aus der Anpassung nach BilMoG zum 1. Januar 2010. Der Barwert der Leistungen, die den Mitglie-



dern des Vorstands für den Fall der regulären Beendigung ihrer Tätigkeit zugesagt worden sind, beträgt 11.691 T€

Die individualisierten Angaben zum Barwert der Leistungen, die den Mitgliedern des Vorstands für den Fall der regulären Beendigung ihrer Tätigkeit zugesagt worden sind, sowie die im Geschäftsjahr hierfür aufgewandten oder zurückgestellten Beträge werden im Anhang dargestellt.

Mitglieder des Vorstands haben von der LBB Vorschüsse oder Kredite erhalten beziehungsweise es bestanden zum 31. Dezember 2010 Haftungsverhältnisse im Volumen von insgesamt 297 T€ (Vorjahr: 296 T€).

Ferner wurden im Geschäftsjahr 2010 Gesamtbezüge (Ruhegehälter, Hinterbliebenenbezüge und Leistungen verwandter Art) an die ehemaligen Vorstandsmitglieder oder deren Hinterbliebene von insgesamt 6.619 T€ gezahlt (Vorjahr: 6.442 T€). In der Angabe sind 270 T€ für Herrn Vetter für seine Tätigkeit im Geschäftsjahr 2009 enthalten.

Die Höhe der für diese Personengruppe gebildeten Rückstellungen für laufende Pensionen und Anwartschaften auf Pensionen betrug zum Bilanzstichtag: 59.673 T€ (Vorjahr: 68.530 T€); der Barwert beträgt 85.982 T€

Diese Bezüge und Rückstellungen betreffen neben den ehemaligen Vorständen und deren Hinterbliebenen der LBB auch die der Holding. Dies beruht darauf, dass im Zuge der nahezu vollständigen Ausgliederung des Vermögens der Holding auf die LBB im Jahr 2006 auch alle Versorgungsvereinbarungen und vergleichbaren Verträge auf die LBB übertragen wurden. Die entsprechenden Rückstellungen für laufende Pensionen und Anwartschaften auf Pensionen wurden seinerzeit ebenfalls auf die LBB übertragen.

## **Vergütung des Aufsichtsrats**

Die Vergütung des jeweiligen Aufsichtsrats ist in der jeweiligen Satzung geregelt, die bei Bedarf durch Beschluss der Hauptversammlung angepasst werden kann. Die Aufsichtsratsvergütung orientiert sich an der Größe, der wirtschaftlichen Lage und dem langfristigen Erfolg des jeweiligen Unternehmens sowie an den besonderen Aufgaben und der Verantwortung der Aufsichtsratsmitglieder.

Die für die Holding geltenden Vergütungsregeln sind in § 13 ihrer Satzung festgelegt. Für den Aufsichtsrat der LBB sind die Vergütungsregelungen in § 11 ihrer Satzung niedergelegt. Danach erhalten die Aufsichtsratsmitglieder der Holding und der LBB jährlich eine feste Vergütung. Eine gesonderte, an den Erfolg des jeweiligen Unternehmens gekoppelte Vergütung, ist für beide Aufsichtsratsgremien nicht vorgesehen.

Die Mitgliedschaft in den Ausschüssen sowie der Vorsitz und der stellvertretende Vorsitz im Aufsichtsrat und in seinen Ausschüssen werden bei der Holding wie auch bei der LBB zusätzlich vergütet.

Im Einzelnen ist die Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder wie folgt geregelt:

- Die Aufsichtsratsmitglieder erhalten bei der Holding eine feste Jahresvergütung in Höhe von 15.000,- € beziehungsweise bei der LBB in Höhe von 10.500,- €
- Der Aufsichtsratsvorsitzende erhält bei beiden Gesellschaften jeweils das Doppelte, der Stellvertreter das 1,5fache der jeweiligen Beträge.
- Die Mitglieder des Bilanzprüfungs-, Personal- und Strategieausschusses des jeweiligen Aufsichtsrates sowie die Mitglieder des Kreditausschusses des Aufsichtsrats der LBB erhalten zusätzlich eine feste Vergütung. Diese beträgt bei der Holding jährlich 10.000,- €, der Vorsitzende erhält 15.000,- €, der Stellvertreter 12.500,- €. Bei der LBB betragen diese Bezüge jährlich 6.000,- €, die Vorsitzenden der Ausschüsse erhalten hier jeweils 8.000,- €, die Stellvertreter jeweils 7.000,- €.

Ein gesondertes Sitzungsgeld erhalten die Mitglieder beider Aufsichtsräte nicht. Für die Aufsichtsratsmitglieder, die dem Aufsichtsrat oder einem seiner Ausschüsse nicht während

des gesamten Geschäftsjahres angehört haben, wird die Vergütung entsprechend ihrer Amtszeit taggenau abgerechnet.

Auch für die Aufsichtsratsmitglieder der Holding und der LBB besteht eine Vermögensschaden-Haftpflicht-Gruppenversicherung (D & O-Versicherung). Für die Aufsichtsratsmitglieder ist dabei jeweils ein angemessener Selbstbehalt in Höhe ihrer halben Jahresfestvergütung für die Mandatstätigkeit vereinbart. Die Prämien für diese auch im Interesse der beiden Unternehmen liegende D & O-Versicherung trägt die Holding.

Die Mitglieder beider Aufsichtsratsgremien erhalten die Vergütung für ihre im jeweiligen Geschäftsjahr ausgeübte Tätigkeit nach Ablauf des Geschäftsjahres.

- Aufsichtsrat Holding:  
Für die Tätigkeit im Aufsichtsrat der Holding sind an die Mitglieder des Aufsichtsrats sowie seiner Ausschüsse für das Geschäftsjahr 2010 Gesamtbezüge in Höhe von 389 T€ zu zahlen (Vorjahr: 390 T€), jeweils ohne Umsatzsteuer.
- Aufsichtsrat LBB:  
Für die Tätigkeit im Aufsichtsrat der LBB sind an die Mitglieder des Aufsichtsrats sowie seiner Ausschüsse für das Geschäftsjahr 2010 Gesamtbezüge in Höhe von 262 T€ zu zahlen (Vorjahr: 262 T€), jeweils ohne Umsatzsteuer.

Außer den Gewerkschaftsvertretern sind alle Arbeitnehmervertreter des Aufsichtsrats der Holding und der LBB Angestellte der LBB. Die bei der LBB angestellten Arbeitnehmervertreter der beiden Aufsichtsräte erhalten neben der Aufsichtsratsvergütung ihre Bezüge als Mitarbeiter.

Mitglieder des Aufsichtsrats der LBB haben von der LBB im Berichtsjahr Vorschüsse oder Kredite erhalten beziehungsweise es bestanden Haftungsverhältnisse zum 31. Dezember 2010 insgesamt im Volumen von 93 T€ (Vorjahr: 98 T€).

Vergütungen oder Vorteile für persönlich erbrachte Leistungen, insbesondere Beratungs- und Vermittlungsleistungen, wurden an die Mitglieder des Aufsichtsrats von der Holding oder der LBB nicht gezahlt beziehungsweise gewährt.

## Allgemeiner Verlauf im Überblick

### Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Nach einem durchwachsenen Winterhalbjahr belebte sich das Wirtschaftsgeschehen in Deutschland zur Jahresmitte 2010 durchgreifend. Die Expansion war breit fundiert. Der Export profitierte bei zumeist schwachem Euro von der voraneilenden Erholung in Asien und den USA. Ausrüstungsinvestitionen und Konsum erholten sich von niedrigen Ausgangswerten. Gestützt wurde dieser Prozess durch günstige Finanzierungsbedingungen, eine bessere Kapazitätsauslastung und abnehmende Beschäftigungssorgen der Privathaushalte. Für die Öffentlichen Haushalte wurde zwar ein Konsolidierungskurs beschlossen, der aber nachfrageseitig noch nicht zur Geltung kam. Zum Jahresende ließ die Dynamik nach. Das Auftragswachstum verlangsamte sich nach erreichter Niveaunormalisierung. Die Exporte in das europäische Ausland gingen sogar leicht zurück. Dennoch war die Stimmung in den deutschen Unternehmen bis zur Jahreswende sehr gut.

Die expansive Geldpolitik wurde beibehalten. Die Europäische Zentralbank (EZB) beließ ihren Refinanzierungssatz bei 1 %, baute die von Geschäftsbanken gehaltenen Überschussreserven im Eurosystem aber ab und erreichte auf diese Weise erste Konditionsanpassungen am Interbankenmarkt.

Für erhebliche Spannungen an den Kapitalmärkten sorgte die schwindende Bonität einzelner Mitgliedsstaaten der Eurozone. Der drastische Anstieg der Risikoprämien erzwang im Frühjahr ein international abgestimmtes Rettungsprogramm, welches bis in das Jahr 2013 befristet wurde, die Ursachen der Schuldenkrise aber nicht behob. Ergänzend beschlossen die Finanzminister der 27 EU-Staaten Ende November die Eckpunkte eines künftig dauerhaften Europäischen Stabilisierungsmechanismus (ESM). Unwägbarkeiten über Form und Umfang einer Einbindung privater Gläubiger in künftige Restrukturierungen verunsicherten die Marktteilnehmer nachhaltig.

Berlin wird für das Berichtsjahr eine deutlich kleinere Wachstumsrate aufweisen als die anderen Bundesländer. Allerdings ist dies in erster Linie Ausdruck eines geringeren Einbruchs in der Region während der Rezession, so dass der Basiseffekt niedriger ausfiel. Insgesamt wurde der Trend einer zum Bundesdurchschnitt aufholenden Wirtschaftsentwicklung jedoch bestätigt. Berlin stützt sich dabei auf einen vergleichsweise hohen Wertschöp-

fungsanteil des Dienstleistungssektors, anhaltende Zuwächse im Tourismus und eine gegenüber zyklischen Schwankungen vergleichsweise robuste Industriestruktur. Jedoch ist die Region Berlin-Brandenburg geprägt durch eine im Bundesvergleich schwächere Einkommens- und Vermögensstruktur der Privathaushalte sowie durch Unternehmen in überwiegend kleineren Umsatzgrößenklassen.

Mit der Besserung der konjunkturellen Lage festigt sich der positive Trend im Kundengeschäft des Konzerns. In der Immobilienfinanzierung profitierte die Bank von der positiven Entwicklung der Immobilienmärkte. Im Kapitalmarktgeschäft blieben die Wirkungen des unruhigen Marktgeschehens eng umgrenzt.

## **Geschäftstätigkeit der Landesbank Berlin**

Unter Berücksichtigung unserer Einschätzung zur wirtschaftlichen Lage ist die Landesbank Berlin weiter darauf ausgerichtet, in ihren vier strategischen Geschäftsfeldern zu wachsen, durch Investitionen Marktchancen zu nutzen und die Qualität der Produkte und Dienstleistungen stetig zu verbessern. Die LBB nimmt eine zunehmend stärkere Rolle als Dienstleister in der Sparkassen-Finanzgruppe ein.

Die LBB hat eine starke Marktstellung in ihrer Kernregion Berlin-Brandenburg. Die überregionale Ausrichtung des Immobilienfinanzierungsgeschäfts sowie das überregionale Kreditkarten- und Konsumentenkreditgeschäft sollen die begrenzten Wachstumschancen in der Kernregion ausgleichen.

Seit der Umstellung der Konzernrechnungslegung auf die International Financial Reporting Standards (IFRS) im Jahr 2005 erfolgt die Steuerung des Konzerns auf Basis des IFRS-Rechenwerks. Die strategischen Geschäftsfelder werden anhand folgender IFRS-Erfolgskennziffern gesteuert:

- Operatives Ergebnis/Ergebnis vor Steuern,
- Eigenkapitalrentabilität,
- Cost-Income-Ratio.

Die Eigenkapitalrentabilität ist der Quotient aus „operativem Ergebnis/Ergebnis vor Steuern“ und „gebundenem Eigenkapital“. Das gebundene Eigenkapital der Segmente ist das nach einem ökonomischen Verfahren erforderliche Kapital.

Die Cost-Income-Ratio wird gebildet als Quotient aus Verwaltungsaufwand und Summe aus Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss, Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen, Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten, Ergebnis aus Finanzanlagen, Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen sowie dem sonstigen betrieblichen Ergebnis.

Auf Konzern- und Einzelinstitutsebene treten eine angemessene Eigenmittel-/Liquiditätsausstattung, das HGB-Ergebnis und die Dividendenentwicklung als Steuerungsgrößen hinzu.

Das Bankgeschäft der LBB wird in den folgenden strategischen Geschäftsfeldern sowie dem Zinsmanagement und den Servicefunktionen Corporate Center und Marktfolge betrieben.

Das Geschäftsfeld **Private Kunden** betreibt das Universalbankgeschäft mit Privatpersonen. Im regionalen Geschäft der Berliner Sparkasse werden rund zwei Millionen Privatkunden betreut. Das überregionale Kreditkartengeschäft wird überwiegend mit sogenannten Co-Branding-Partnern (zum Beispiel ADAC, Amazon, Air Berlin) betrieben und umfasst rund zwei Millionen ausgegebene Kreditkarten. Im überregionalen Konsumentenkreditgeschäft wird zusammen mit der Deutsche Leasing AG der Ausbau einer Konsumentenkreditplattform für die bundesdeutschen Sparkassen vorangetrieben, die Mitte 2011 in die Gründung einer eigenständigen Konsumentenkreditbank - die „S-Kreditpartner GmbH“ - münden soll. Die netbank stellt für die LBB ein Investment in den Direktbank-Kanal dar.

Das Geschäftsfeld **Firmenkunden** betreut rund 64.400 Gewerbetreibende und mittelständische Unternehmen. Zentrales strategisches Ziel ist die Sicherung der starken Marktposition durch Ausschöpfung der vorhandenen Potenziale im Kernmarkt Berlin/Brandenburg. Dabei haben Qualität als Wettbewerbsfaktor und die Vertiefung der Kundenbeziehungen eine besondere Bedeutung. Der Marktauftritt erfolgt mit den Marken Landesbank Berlin AG im mittelständischen Firmenkundengeschäft und Berliner Sparkasse im Gewerbekundengeschäft.

In der **gewerblichen Immobilienfinanzierung** sind die LBB und die Berlin Hyp gemeinsam tätig. Alle Mitarbeiter des Immobilienfinanzierungsgeschäfts arbeiten institutsübergreifend nach einheitlichen Regelungen und Prozessen. Das Geschäftsmodell verbindet die Vorteile einer Pfandbriefbank mit denen einer Universalbank. Das Geschäftsfeld betreut rund 2.300 Risikogemeinschaften mit rund 6.100 Beleihungsobjekten im Inland und in ausgewählten Auslandsmärkten. Schwerpunktmäßig werden die Geschäfte mit gewerblichen Investoren, Wohnungsunternehmen, Kapitalanlagegesellschaften, Immobilienfonds und ausgewählten Developern betrieben. Die Kundenbetreuung erfolgt neben dem Sitz der Banken in Berlin durch vier inländische Geschäftsstellen in Hamburg, Düsseldorf, Frankfurt/Main und München sowie durch fünf Repräsentanzen im Ausland (Niederlande, Polen, Tschechische Republik, Großbritannien und Frankreich). Die Kreditbearbeitung findet zentral in Berlin statt.

Das **Kapitalmarktgeschäft** (KMG) umfasst die Bereiche Client Business (Distribution und Produktion), Treasury und Trading sowie Internationales Geschäft. Zum Geschäftsfeld KMG gehören darüber hinaus die dem Geschäftsfeld zugeordnete 100-prozentige Beteiligung der Holding an der LBB-INVEST sowie operative Einheiten der LBB an den Auslandsstandorten London und Luxemburg. Das Kapitalmarktgeschäft folgt mit dieser Aufstellung der Strategie der Bank, diversifizierte Einkommensströme aus einer breiten Palette von Aktivitäten zu erschließen. Im Rahmen des „KMG-Strategieprojekts“ wurde das Zielbild für die zukünftige

Vertriebsstrategie definiert. Basierend auf der detaillierten Analyse von Zielkunden und Kundenbedürfnissen wurden zusätzliche Ertragspotenziale identifiziert. Das Geschäftsfeld ist Anbieter von Finanzdienstleistungen für interne und externe Kunden. Das Kundengeschäft wird ergänzt durch das Management von kurz- und langfristigen Anlage- und Handelsgeschäften. Gleichzeitig wird im Kapitalmarktgeschäft die Liquidität der LBB gesteuert und die langfristige Refinanzierung sichergestellt.



## **Weitere Aktivitäten**

### ***Vorbereitungen auf die Umstellung des Kernbankensystems***

Seit Februar 2009 wird die Umstellung des derzeitigen Kernbankensystems auf OneSystem Plus (OSPlus) für April 2011 vorbereitet. Hintergrund der Vereinheitlichung der IT-Systemlandschaft in der Sparkassen-Finanzgruppe ist die 2008 erfolgte Fusion der Dienstleistungsunternehmen FinanzIT und Sparkassen Informatik zur Finanz Informatik. Durch die Konzentration auf einen Dienstleister werden für die LBB deutliche Synergien erwartet.

### ***Ausbau des Geschäfts mit Sparkassen***

Die LBB versteht sich als Dienstleister für Sparkassen. Sie unterhält Geschäftsbeziehungen zu mehr als 300 Instituten und baut dieses Geschäft bedarfsgerecht aus. Dabei konzentriert die LBB – abgeleitet aus ihren eigenen Erfahrungen als Sparkasse für Berlin – ihr Angebot auf das kundenorientierte Kapitalmarktgeschäft, die Konsumentenfinanzierung und die Marktfolge. In diesem Rahmen ist geplant, dass die LBB bei Bedarf gemeinsam mit Sparkassen weitere Unternehmen gründet, zum Beispiel regionale Marktfolgezentren.

### ***Ausbau des Qualitätsmanagements***

Qualität ist ein zentraler Unternehmenswert und Voraussetzung für wirtschaftlichen Erfolg. Veränderungen im Markt und Kundenanforderungen müssen frühzeitig erkannt und einbezogen werden. Daher steht das Thema Qualitätsmanagement seit Anfang 2008 weit oben auf der Agenda. In allen Bereichen der LBB wurden Qualitätsinitiativen gestartet. Sie sollen nicht nur Produkte und Dienstleistungen für die Kunden verbessern, sondern auch die internen Abläufe und die Zusammenarbeit an Schnittstellen optimieren. Die aktive Steuerung der Prozesse und der Qualität der Leistungserbringung stellen eine dauerhafte Herausforderung an alle Mitarbeiter und Führungskräfte in der LBB dar. In der Marktfolge wurden die Managementsysteme der Risikobetreuung und des BankenService durch die Deutsche Gesellschaft zur Zertifizierung von Managementsystemen nach der internationalen Qualitätsmanagementnorm ISO 9001:2008 zertifiziert.

## **Geschäftsverlauf Januar bis Dezember 2010**

Die zu Beginn des Jahres einsetzende Konjunkturerholung der Weltwirtschaft hat sich auch in der zweiten Jahreshälfte, wenn auch in abgeschwächter Form, fortgesetzt. Getragen wurde das globale Wirtschaftswachstum vor allem von den asiatischen Schwellenländern, die bereits wieder ein Wirtschaftswachstum auf Vorkrisenniveau erreichten. Die meisten Industrieländer hingegen waren noch von den Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise beeinflusst. Der US-Wirtschaft machten die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit und die Probleme am Immobilienmarkt zu schaffen. Die Wirtschaftsentwicklung im Euro-Raum verlief sehr uneinheitlich. Während sich die Aussichten der von der Staatsschuldenkrise besonders betroffenen Länder deutlich eintrübten, expandierte die Wirtschaft vor allem in Deutschland kräftig und über den ursprünglichen Erwartungen. Es bleibt abzuwarten, inwieweit die zügige Erholung aufgrund massiver geld- und fiskalpolitischer Maßnahmen in einen, insbesondere im Hinblick auf die private Nachfrage, sich selbsttragenden Aufschwung mündet.

Nach der Überwindung des Tiefpunkts der Wirtschaftskrise setzte Deutschland den bereits 2009 begonnenen Aufschwung fort und holte den konjunkturellen Einbruch zu großen Teilen auf. Größter Impulsgeber war die dynamische Entwicklung der Weltwirtschaft und damit einhergehend ein Anstieg der Exportnachfrage. Die hohen Ausfuhren, eine gestiegene Investitionstätigkeit der Wirtschaft und die im Jahresverlauf anziehende Binnennachfrage führten zum größten prozentualen Wertzuwachs im Bruttoinlandsprodukt seit der Wiedervereinigung. Positiv verlief zudem die Entwicklung der Unternehmensinsolvenzen. Als besonders stabil erwies sich der Arbeitsmarkt, der von Beschäftigungszuwachs und sinkender Arbeitslosigkeit gekennzeichnet war.

Auch in der Kernregion Berlin-Brandenburg hat sich im Jahr 2010 die wirtschaftliche Lage deutlich verbessert. So erreichte die Wirtschaftsleistung Berlins bereits das Vorkrisenniveau. Rückgrat des Zuwachses waren die robuste Industriekonjunktur und der Dienstleistungssektor. Hierbei ist besonders die Tourismusbranche hervorzuheben, die das Vorjahresniveau übertraf und erstmals die Marke von 20 Millionen Übernachtungen durchbrach. Die verbesserte Einschätzung der Unternehmen über die aktuelle Geschäftslage und die Geschäftserwartungen sowie die Beschäftigungsaussichten und Investitionspläne sind weiterer Ausdruck der wirtschaftlichen Erholung.

Das größte Risiko für die Wirtschaftsentwicklung und die Stabilität der europäischen Gemeinschaftswährung stellt die stark gestiegene Staatsverschuldung in einigen Euro-Staaten dar. Um die Staatsverschuldung zu begrenzen, sind Konsolidierungsprogramme und

umfassende Reformen notwendig, die bereits von mehreren Mitgliedsstaaten beschlossen wurden. Dieser Reformprozess kann das Wirtschaftswachstum im Euro-Raum belasten. Zusätzlich haben sich die EU-Staaten im Mai 2010 auf einen Rettungsschirm für hoch verschuldete Mitgliedsländer verständigt. Dieser sieht neben Darlehen des Internationalen Währungsfonds (IWF) auch Kredite und Garantien der Euro-Staaten vor. In diesem Zusammenhang beschlossen die Finanzminister der 27 EU-Staaten Ende November die Eckpunkte eines künftig dauerhaften Europäischen Stabilisierungsmechanismus (ESM).

Auf die Finanzkrise reagierten die Notenbanken mit deutlich gesenkten Leitzinsen und reichlicher Liquiditätsversorgung. Sowohl die US-Notenbank FED als auch die EZB behielten im Jahr 2010 die historisch niedrigen Leitzinsen bei. Nachdem die EZB zunächst den Ausstieg aus der unkonventionellen Geldpolitik plante, vollzog sie mit der Zuspitzung der Schuldenkrise einen Kurswechsel. Erstmals willigten die Währungshüter in den direkten Ankauf von Staatsanleihen ein.

Der Vertrauensverlust der Anleger in die Solidität der Staatsfinanzen führte erneut zu erheblicher Verunsicherung an den Finanzmärkten, die nur teilweise durch vertrauensbildende Maßnahmen wie dem Bankenstresstest und Euro-Rettungsschirm beseitigt werden konnte. Vor diesem Hintergrund bleibt das Umfeld für Finanzinstitute im Hinblick auf neue Regularien schwierig. Besonders die strukturellen Veränderungen im Bankgeschäft, wachsende Anforderungen an die Eigenkapital- und Liquiditätsausstattung (Basel III), die Harmonisierung der Einlagensicherung, aber auch die Einführung der Bankenabgabe zur Finanzierung eines nationalen Stabilitätsfonds stellen die gesamte Finanzbranche – und damit auch die LBB – vor neue Herausforderungen. Darüber hinaus ist abzusehen, dass die Umsetzung der Änderungen internationaler Rechnungslegungsstandards und mögliche zukünftige Belastungen wie die Finanztransaktionssteuer und die Finanzaktivitätssteuer wesentliche finanzielle und organisatorische Auswirkungen auf das Bankengewerbe haben werden.

## Ertragslage

Ergebnis in Mio. €	2010	2009	Veränderung 2010 – 2009	
			Mio. €	%
Zinsüberschuss	736	877	-141	-16,1
Provisionsüberschuss	231	230	1	0,4
Nettoertrag oder Nettoaufwand des Handelsbestands	53	43	10	23,3
Verwaltungsaufwendungen	844	862	-18	-2,1
Personalaufwand	371	396	-25	-6,3
Andere Verwaltungsaufwendungen	440	428	12	2,8
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	33	38	-5	-13,2
Saldo übriger betrieblicher Aufwendungen und Erträge	7	32	-25	-78,1
<b>Betriebsergebnis vor Risikovorsorge</b>	<b>183</b>	<b>320</b>	<b>-137</b>	<b>-42,8</b>
Risikovorsorge	27	124	-97	-78,2
Risikovorsorge im Kreditgeschäft (netto)	71	118	-47	-39,8
Ergebnis aus Wertpapieren der Liquiditätsreserve	-44	6	-50	<-100,0
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>156</b>	<b>196</b>	<b>-40</b>	<b>-20,4</b>
Ergebnis aus Finanzanlagen	88	147	-59	-40,1
Saldo der übrigen Positionen	42	-6	48	>100,0
<b>Ergebnis vor Steuern</b>	<b>286</b>	<b>337</b>	<b>-51</b>	<b>-15,1</b>
Ertragsteuern	1	1	0	0,0
<b>Ergebnis nach Steuern</b>	<b>285</b>	<b>336</b>	<b>-51</b>	<b>-15,2</b>
Vergütung stille Beteiligung	50	63	-13	-20,6
Gewinnabführung LBB Holding	235	273	-38	-13,9
<b>Jahresüberschuss</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0,0</b>

Das gute **Betriebsergebnis** des Vorjahres konnte im für die Kreditwirtschaft insgesamt schwierigen Jahr 2010 insbesondere wegen des rückläufigen Zinsergebnisses nicht erreicht werden. Die **stille Beteiligung** wurde vollständig bedient. An die Muttergesellschaft Holding erfolgte eine **Gewinnabführung** in Höhe von 235 Mio. €.

Der **Zinsüberschuss** lag mit 736 Mio. € deutlich unter dem Vorjahreswert von 877 Mio. €. Dabei wirkten sich neben den seit Frühjahr 2009 deutlich verringerten Margen im Geldhandel auch geringere Erträge aus Maßnahmen der Zinssteuerung aus. Ferner ergab sich im Vorjahresvergleich als Folge des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) ein geänderter Ausweis von Erträgen im Nettoertrag des Handelsbestandes.

Der **Provisionsüberschuss** liegt mit 231 Mio. € auf dem Vorjahresniveau. Wesentliche Bestandteile waren die Provisionsergebnisse aus Kontoführung, dem Wertpapier- und dem Kartengeschäft.

Die Position **Nettoertrag/Nettoaufwand des Handelsbestands** beinhaltet erstmals Zinsen und Dividenden sowie Maklercourtage (Vorjahr Zins- beziehungsweise Provisionsergebnis) von dem Handelsbestand zugeordneten Finanzinstrumenten. Der aus der erstmaligen vollständigen Marktbewertung des Handelsbestands nach BilMoG resultierende Einmaleffekt in Höhe von 41 Mio. € ist im Saldo der übrigen Positionen ausgewiesen. Dem Fonds für allgemeine Bankrisiken (§ 340g HGB) wurden 6 Mio. € zugeführt.

Bei den **Verwaltungsaufwendungen** konnte der leichte Anstieg der anderen Verwaltungsaufwendungen durch einen verringerten Personalaufwand überkompensiert werden. Angesichts sehr umfänglicher Projektaktivitäten, insbesondere für die in 2011 geplante Umstellung des Kernbankensystems, liegen die Kosten insgesamt unter unseren Erwartungen. Der Rückgang bei den Personalaufwendungen ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass nach BilMoG erstmals die Aufzinsungsbeträge für Pensionsrückstellungen unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen und nicht mehr im Verwaltungsaufwand ausgewiesen werden.

Die **Risikovorsorge im Kreditgeschäft** ist vor dem Hintergrund der sich aufhellenden Konjunktur deutlich niedriger ausgefallen. Die Nettozuführung mit 71 Mio. € entspricht im Vergleich zum Vorjahr einer Reduzierung um 47 Mio. €. Dabei standen Neubildungen und Zuführungen in Höhe von 173 Mio. € Auflösungen in Höhe von 102 Mio. € gegenüber.

Die weitere Beruhigung an den Anleihemärkten machte im **Ergebnis aus Wertpapieren der Liquiditätsreserve** 2010 einen Ertrag von 44 Mio. € möglich, nachdem im Vorjahr saldiert noch 6 Mio. € an Risikovorsorgeaufwand erforderlich waren.

Im **Ergebnis aus Finanzanlagen** wirkten sich in erster Linie Wertaufholungen auf Wertpapierbestände des Anlagevermögens aus. Der Umfang der unterlassenen Abschreibungen auf Wertpapiere des Anlagevermögens hat sich im Berichtsjahr um 203 Mio. € erhöht.

Die Vorgehensweise zur Bewertung der Wertpapierbestände ist im Anhang zum Jahresabschluss dargestellt.

Im **Saldo der übrigen Positionen** in Höhe von 42 Mio. € werden die ergebniswirksamen Erstanwendungseffekte nach dem BilMoG aus der Neubewertung von Rückstellungen sowie aus den Bewertungsumstellungen im Handelsbestand und bei Bewertungseinheiten ausgewiesen.

## Vermögenslage

Aktiva in Mio. €	2010	2009	Veränderung 2010 – 2009	
			Mio. €	%
Forderungen an Kreditinstitute	24.237	30.773	-6.536	-21,2
Forderungen an Kunden	22.057	25.227	-3.170	-12,6
Schuldverschreibungen	35.923	40.800	-4.877	-12,0
Aktien	892	1.343	-451	-33,6
Handelsbestand	11.287	0	11.287	x
Beteiligungen/Anteile an verbundenen Unternehmen	1.386	1.196	190	15,9
Sachanlagen	129	137	-8	-5,8
Übrige Aktiva	3.275	5.505	-2.230	-40,5
<b>Summe Aktiva</b>	<b>99.186</b>	<b>104.981</b>	<b>-5.795</b>	<b>-5,5</b>

Im Vergleich zum Jahresabschluss 2009 ist die **Bilanzsumme** mit 99,2 Mrd. € (31. Dezember 2009: 105,0 Mrd. €) rückläufig. Dies ist auf den nach BilMoG angepassten Ausweis der Wertpapierleihegeschäfte und eine deutliche Reduzierung der Geldmarkthandelsaktivitäten zurückzuführen. Die geänderte Bilanzierung von Derivaten des Handelsbestands kompensiert diese Effekte teilweise.

Danach lagen die **Forderungen an Kreditinstitute** mit 24,2 Mrd. € um 21,2 % unter dem Vorjahresniveau von 30,8 Mrd. €.

Die **Forderungen an Kunden** sind gegenüber dem Vorjahresstichtag um 3,2 Mrd. € auf 22,1 Mrd. € rückläufig, was ebenfalls zum größten Teil auf geringere Geldmarktgeschäfte, überwiegend mit öffentlichen Kontrahenten zurückzuführen ist.

Der Bestand an **Risikovorsorge** im Kreditgeschäft lag mit 0,8 Mrd. € leicht unter dem Bestand des Vorjahres (0,9 Mrd. €).

Der Bestand an **Schuldverschreibungen** und anderen festverzinslichen Wertpapieren reduzierte sich vor allem aufgrund der Umgliederungen in den nunmehr separaten Bilanzposten Handelsbestand deutlich um 4,9 Mrd. € auf 35,9 Mrd. € (Vorjahr: 40,8 Mrd. €). Der Anteil, der auf eigene Schuldverschreibungen entfällt, betrug 12,5 % nach 7,7 % im Vorjahr.

In der Position **Aktien** und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sind sowohl Aktien als auch Anteile an Investmentfonds enthalten. Der Rückgang resultiert im Wesentlichen aus der gesetzlich geforderten Umgliederung in den Posten Handelsbestand.

Die Finanzinstrumente des Handelsbestands sind in dem neuen Bilanzposten **Handelsbestand** auszuweisen. Dieser enthält im Wesentlichen positive Marktwerte aus Derivaten, Schuldverschreibungen und Aktien.

Der Rückgang der **Übrigen Aktiva** ist im Wesentlichen auf Umgliederungen in den Handelsbestand zurückzuführen.

Passiva in Mio. €	2010	2009	Veränderung 2010 – 2009	
			Mio. €	%
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	28.541	39.369	-10.828	-27,5
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	26.851	26.616	235	0,9
Verbriefte Verbindlichkeiten	23.457	30.425	-6.968	-22,9
Handelsbestand	13.459	0	13.459	x
Rückstellungen	942	1.101	-159	-14,4
Nachrangige Verbindlichkeiten	1.263	1.515	-252	-16,6
Eigenkapital	2.861	2.857	4	0,1
davon:				
- Grundkapital	1.200	1.200	0	0,0
- stille Einlagen	700	700	0	0,0
- Rücklagen	961	957	4	0,4
Übrige Passiva	1.812	3.098	-1.286	-41,5
<b>Summe Passiva</b>	<b>99.186</b>	<b>104.981</b>	<b>-5.795</b>	<b>-5,5</b>

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** verminderten sich deutlich auf 28,5 Mrd. €. Wie auf der Aktivseite wirken sich auch hier die Nichtberücksichtigung der Wertpapierleihe und verminderte Geldmarktgeschäfte aus.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kunden** lagen mit 26,9 Mrd. € auf Vorjahresniveau.

Das Volumen der **Verbrieften Verbindlichkeiten** fiel, überwiegend aufgrund von Umgliederungen in den Handelsbestand, von 30,4 Mrd. € um 7,0 Mrd. € beziehungsweise 22,9 % auf 23,4 Mrd. €.

In dem Posten **Handelsbestand** sind im Wesentlichen negative Marktwerte aus Derivaten und begebene Schuldverschreibungen des Handelsbestands ausgewiesen.

Die Reduzierung des Bestandes an **Rückstellungen** um 14,4 % auf 942 Mio. € steht überwiegend im Zusammenhang mit der veränderten Darstellung der Bewertungseffekte aus den Handelsgeschäften. In den Rückstellungen sind Pensionsrückstellungen in Höhe von 547 Mio. € enthalten.

Das **Eigenkapital** der Bank war zum Bilanzstichtag aufgrund des Ergebnisabführungsvertrages mit der Holding nahezu unverändert. Die bankaufsichtsrechtlichen Eigenmittel der LBB gemäß KWG zum 31. Dezember 2010 betragen nach Feststellung des Jahresabschlusses insgesamt 3,4 Mrd. €. Bezogen auf die Risikopositionen gemäß Solvabilitätsverordnung errechnet sich daraus eine Gesamtkennziffer von 15,0 % (Vorjahr: 13,9 %) und eine Kernkapitalquote von 11,4 % (Vorjahr: 9,8 %).



## Finanzlage

Die für Banken relevante Liquiditätssteuerung beruht auf den aus dem KWG abgeleiteten Grundsätzen. Mit dem Ziel, die Zahlungsfähigkeit auch in Krisensituationen zu gewährleisten, wurden die aufsichtsrechtlichen Liquiditätskennziffern jederzeit eingehalten. Darüber hinaus wird ein über die Liquiditätsverordnung hinausgehendes Liquiditätsrisiko-Controlling vorgenommen, das sich auf das Beschaffungs- und das Fristenrisiko bezieht. Grundlage für alle Liquiditätsrisiko-Betrachtungen ist die Kapitalablaufbilanz, die das Cashflow-Profil der Bank abbildet. Die Auslastung der Limite war im Jahresverlauf sowohl für das Beschaffungs- als auch das Fristenrisiko unbedenklich. Eine detaillierte Darstellung zur Steuerung und zum Controlling der Liquiditätsrisiken erfolgt im Risikobericht.

Vor dem Hintergrund der weiterhin angespannten Situation an den Refinanzierungsmärkten stellte sich die Liquiditäts- und Refinanzierungssituation des Konzerns geordnet dar. Dabei erfolgte die Refinanzierung schwerpunktmäßig über Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden sowie verbrieftete Verbindlichkeiten, hauptsächlich im deutschen Raum. Da sich aufgrund der Finanzmarktkrise großvolumige Emissionen nicht wirtschaftlich nutzen ließen, führte die LBB die Mehrzahl der Refinanzierungen im Jahr 2010 mit Hilfe von Privatplatzierungen durch.

Liquiditätsbedingte Einschränkungen im Kerngeschäft mit unseren Kunden sind aus heutiger Sicht nicht absehbar. Die Sparkasse wird in ihrem traditionellen Geschäft allen Kunden uneingeschränkt zur Verfügung stehen. Die Refinanzierungssituation der LBB erlaubt – trotz schwieriger Marktverhältnisse – eine weiterhin kontinuierliche Ausweitung der Geschäfte. Die wirtschaftliche Lage der LBB stellt sich auch mit Blick auf die Ergebnisabführung an die Holding als geordnet und nachhaltig dar.

## **Ereignisse nach dem 31. Dezember 2010**

Der Beschluss der außerordentlichen Hauptversammlung der Berlin Hyp vom 9. Dezember 2010 zur Übertragung der Aktien der Minderheitsaktionäre auf die LBB gegen Gewährung einer angemessenen Barabfindung (§ 327a Abs. 1 Satz 1 AktG) wurde am 25. Januar 2011 in das Handelsregister eingetragen. Somit verfügt die LBB über 100 % der Anteile an der Berlin Hyp.

Für die WestLB AG, Düsseldorf, ist ein europarechtliches Beihilfeverfahren anhängig. Zum Ausgleich der erhaltenen Beihilfe hat die Bundesrepublik Deutschland der Europäischen Kommission neben weiteren Alternativen ein Konzept zur Aufteilung und geordneten Abwicklung der WestLB vorgeschlagen. Als Teil dieses Konzepts sollen bestimmte Geschäftsaktivitäten der WestLB, die für Sparkassen von Relevanz sind, in eine neu zu errichtende Verbundbank überführt werden, die anschließend über einen längeren Zeitraum hin in Teilen weiterveräußert, auf andere Einheiten überführt oder abgewickelt werden soll. Die deutschen Sparkassen und Landesbanken haben sich bereit erklärt, im Rahmen des Gesamtkonzepts einen Beitrag zur Errichtung der Verbundbank zu leisten und neben den Sparkassenverbänden in Nordrhein-Westfalen Eigentümer der Verbundbank zu werden. Die genaue Ausgestaltung der Eigentümerstruktur der Verbundbank steht noch nicht fest. Es besteht die Möglichkeit, dass sich Sparkassen und Landesbanken über ihre Sicherungseinrichtungen an der Verbundbank beteiligen oder dieser Garantien aussprechen. Die LBB wäre an derartigen Maßnahmen als Mitglied der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen beteiligt.

# Risikobericht

## Rahmenbedingungen

Der Risikobericht der Landesbank Berlin AG (LBB) enthält sowohl die nach den Deutschen Rechnungslegungs Standards (DRS) erforderlichen Angaben als auch die Angaben zum rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystem gemäß § 289 Abs. 5 HGB.

Die etablierten Verfahren, Methoden und Systeme des konzernübergreifenden Risikomanagementsystems haben sich im Berichtsjahr bewährt und uns jederzeit in die Lage versetzt, angemessene Maßnahmen zur Risikosteuerung abzuleiten und umzusetzen. Die Risikotragfähigkeit des Konzerns war zu jedem Zeitpunkt sowohl nach unseren internen Maßstäben als auch aus regulatorischer Sicht mit ausreichendem Freiraum gegeben.

Im Berichtsjahr wurde analysiert, welche Auswirkungen die diskutierten Verschärfungen der Eigenkapitalanforderungen für Banken (Basel III) haben werden. Es wurde ein Umsetzungsprojekt gestartet. Wesentliche Ziele sind

- die Erarbeitung eines konkreten Umsetzungsplans auf Basis der finalen Papiere des Baseler Ausschusses,
- die Konkretisierung der Umsetzungserfordernisse durch Proberechnungen und Begleitung des Konsultationsprozesses,
- die Ermittlung der neuen Liquiditätskennziffern sowie
- die Weiterführung der laufenden Aktivitäten (Anpassung der Eigenmittelanforderung für das Handelsbuch, Optimierung der gewichteten Risikoaktiva und Anpassungen im Rahmen der MaRisk).

Die Anforderungen der Novelle der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) aus dem Jahr 2009, beispielsweise die Umsetzung gesamtbankweiter risikübergreifender Stresstests und Überwachung der Risikokonzentrationen bei Adressenausfallrisiken, sind vollständig umgesetzt.

Die BaFin hat im Dezember 2010 eine weitere Neufassung der MaRisk veröffentlicht. Der Konzern hat die neuen Anforderungen untersucht und sich am Konsultationsverfahren beteiligt. Wesentliche Anforderungen daraus betreffen die Aspekte

- Controlling der Liquiditätsrisiken und Aufbau der Liquiditätsreserve,
- erweiterte Anforderungen an Stresstests,
- Risikoinventur und Risikotragfähigkeit sowie
- Strategieprozess.

Die neue Fassung gilt mit Veröffentlichung; von aufsichtsrechtlichen Maßnahmen wird aber bis 31. Dezember 2011 seitens der Aufsicht abgesehen. Die neuen Anforderungen werden im Wesentlichen erfüllt und notwendige Ergänzungen werden innerhalb der gesetzten Fristen umgesetzt. Die Anforderungen an das Liquiditätsrisikomanagement kapitalmarktorientierter Institute traten unmittelbar mit Veröffentlichung in Kraft. Wir gehen davon aus, dass die Anforderungen an die Liquiditätsreserve bereits erfüllt werden.

## **.Grundsätze für das Risikomanagement und -controlling**

Die Risikostrategie ist Teil der Gesamtbankstrategie der Landesbank Berlin AG (LBB) und leitet sich aus den strategischen Rahmenbedingungen ab. Sie gestaltet diese bezüglich der Übernahme von Risiken aus. Hierzu gehört insbesondere die Festlegung nicht-strategiekonformer, das heißt grundsätzlich zu vermeidender Risiken. Die Einhaltung der Risikostrategie wird laufend überwacht. Die Unternehmen und organisatorischen Einheiten des Konzerns müssen dafür Sorge tragen, dass alle Risiken transparent und im Rahmen der konzerneinheitlichen Methoden messbar sind.

Das Risikohandbuch, das den Rahmen für das operative Risikocontrolling vorgibt und sowohl für den Konzern als auch für seine Einzelinstitute gilt, stellt detailliert Rahmenbedingungen, Verantwortlichkeiten und Methoden der einzelnen Phasen des Risikomanagements dar.

Die zuständigen Risikocontrolling-Einheiten haben als unabhängige Stellen die Aufgabe, die Risiken zu identifizieren, zu bewerten, die Risikosteuerung im Unternehmen zu unterstützen und das Management regelmäßig zu informieren.

Die Identifikation, Messung, Beurteilung, Steuerung und auch die qualifizierte und zeitnahe Überwachung und Kontrolle der Risiken erfolgen gemäß den Vorgaben der Risikostrategie und dem Risikohandbuch.

## Verantwortlichkeiten

Der Gesamtvorstand trägt die Verantwortung für das Risikoprofil, die Risikostrategie, das Risikotragfähigkeitskonzept, die ordnungsgemäße Organisation des Risikomanagements, die Überwachung des Risikos aller Geschäfte sowie die Risikosteuerung. Der Aufsichtsrat wird regelmäßig durch den Vorstand über das Risiko- und Kapitalprofil unterrichtet.

Die interne Revision ist wesentlicher Bestandteil des unternehmerischen und prozessunabhängigen Überwachungssystems im Konzern. Sie ist organisatorisch dem Vorstandsvorsitzenden unterstellt und berichtet unabhängig an den Gesamtvorstand.

Im Konzern existieren die nachfolgend genannten Gremien im Risikomanagementprozess:

- Der Dispositionsausschuss steuert die strategischen Marktrisikopositionen des Bankbuches.
- Das Kapitalmanagement-Komitee ist zuständig für die Koordination von Kapitalmaßnahmen zur Umsetzung gesetzlicher und bilanzieller Anforderungen an das Kapitalmanagement.
- Im Kreditrisikokomitee erfolgt die Diskussion und Votierung konzeptioneller Themen im Kredit- und Kreditrisikocontrolling-Umfeld.
- Das Allgemeine Produkt Komitee koordiniert den Genehmigungsprozess bei der Aufnahme von Geschäften in neuen Produkten, Märkten, Produktvarianten, Währungen und EDV-Systemen.
- Das OpRisk-Komitee ist zuständig für die aufbau- und ablauforganisatorische Implementierung eines einheitlichen Risikomanagement- und -früherkennungssystems für operationelle Risiken.

Der Bereich Risiko und Controlling ist die unabhängige, konzernweite Risikoüberwachungseinheit – bezogen auf alle Risikoarten. Der Bereich hat die Kompetenz über angewandte Methoden und Modelle zur Identifikation, Messung, Aggregation und Limitierung von Risiken sowie die Verantwortung für die Weiterentwicklung des Risikomanagementsystems. Risiko und Controlling übernimmt das operative Risikocontrolling. Weiterhin erstellt und entwickelt der Bereich den monatlichen konzernweiten Top Management Report, in dem über die Finanz- und Risikolage des Konzerns berichtet wird.

Die Verantwortung für die operative Risikosteuerung im Sinne der Positionsnahme ist im Konzern definierten Verantwortungsträgern zugeordnet. So erfolgt beispielsweise die Gesamtbankrisikosteuerung durch den Gesamtvorstand, die Marktpreisrisikosteuerung der Handelseinheiten im Kapitalmarktgeschäft und die Risikosteuerung für das Bankbuch im Dispositionsausschuss. Die Risikosteuerung im Kreditbereich wird beispielsweise für Einzelkreditnehmer durch die jeweiligen Entscheidungsträger gemäß der Kompetenzordnung wahrgenommen, für die Liquiditätsrisiken ist der Bereich Treasury zuständig.

## **.Gesamtrisikosteuerung**

Der Vorstand nimmt im Einklang mit der geschäftspolitischen Ausrichtung sowie unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Risikotragfähigkeit und den aufsichtsrechtlichen Regelungen eine Risikobegrenzung und Risikoallokation in den verschiedenen Unternehmen und organisatorischen Einheiten des Konzerns vor, beispielsweise durch Limite oder Strukturvorgaben. Mit dem monatlichen Top Management Report erfolgt das übergreifende Reporting der Bereiche Finanzen sowie Risiko und Controlling. Inhalt ist neben der Finanzsicht das Risikoreporting gemäß MaRisk. Auf Basis des Top Management Reports und des Aufsichtsratsreports, in denen alle Risikoarten zusammengefasst dargestellt werden, wird in den Sitzungen des Vorstands beziehungsweise des Aufsichtsrats die aktuelle Gesamtrisikolage erörtert und geprüft, inwieweit Reaktionen notwendig sind.

Als wesentliche Risiken im Sinne der MaRisk definiert der Konzern die Risiken, deren Auswirkungen schwerwiegend genug sind, um den Fortbestand des Konzerns als Ganzes zu gefährden. Hierzu zählen:

- Adressenausfallrisiken (inklusive Länderrisiken),
- Anteilseignerrisiken,
- Liquiditätsrisiken,
- Marktpreisrisiken (Zinsänderungsrisiken inklusive Cashflow und Fair Value, Währungsrisiken, Aktienkursrisiken),
- Immobilienrisiken und
- Operationelle Risiken.

Mit der Definition der Anteilseigner- und Immobilienrisiken als wesentliche Risiken werden über den MaRisk- und Marktstandard hinaus Institutsspezifika berücksichtigt.

Für die Zwecke der Risikotragfähigkeit werden die Risikoarten in monetäre und nicht-monetäre Risiken unterschieden. Die monetären Risiken werden bei der quantitativen Zusammenführung zum Gesamtrisiko (internes Risikotragfähigkeitskonzept) berücksichtigt.

Das Liquiditätsrisiko wird den nicht-monetären Risikoarten zugeordnet, da es sich um ein „Zeitpunktproblem“ und kein Vermögensverlustrisiko handelt. Es kann nicht durch die Unterlegung mit Risikokapital abgewendet werden.



Für die Risikotragfähigkeitsbetrachtungen werden darüber hinaus beim Erkennen wesentlicher Risiken, das heißt potenzieller, noch nicht berücksichtigter Vermögenswertverluste, diese unter der separaten Position Restrisiko ausgewiesen.

Die Steuerung und Überwachung der Risiken auf Gruppenebene erfolgt über die Einteilung aller Gesellschaften in ein Stufenkonzept. Das Konzept des internen Konsolidierungskreises (IKK) als Teil des Stufenkonzepts stellt sicher, dass für alle wesentlichen Risiken ein Prozess definiert ist, der die MaRisk-Anforderungen zum Risikomanagement auf Gruppenebene erfüllt. Für Gesellschaften innerhalb des IKK wird nach dem Transparenzprinzip eine risikoartenbezogene Einzelbetrachtung der Risiken vorgenommen. Die Risikoangaben erfolgen in den Abschnitten zu den einzelnen Risikoarten für das Einzelinstitut LBB. Zusätzlich werden aus IKK-Sicht die Werte für den Konzern LBBH angegeben. Alle anderen Gesellschaften außerhalb des IKK, zu denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, werden als Anteilseignerrisiken dargestellt. Das Stufenkonzept wird regelmäßig überprüft. Dadurch wird sichergestellt, dass wirtschaftlich wesentliche Risiken in die Risikosteuerung einbezogen werden.

Das interne Risikotragfähigkeitskonzept beinhaltet ein System von Messverfahren und Limitierungen aller wesentlichen durch Risikokapital abdeckbaren Risiken (monetäre Risiken), das die Überschreitung eines vorgegebenen maximalen Vermögenswertverlusts bis auf eine geringe Restwahrscheinlichkeit ausschließt. Die hierbei zugrunde liegenden Annahmen werden ebenso wie die entsprechenden Limite regelmäßig, mindestens jährlich, überprüft und gegebenenfalls durch Vorstandsbeschluss angepasst. Aufbauend auf den erfassten einzelnen Risikoarten wird das Gesamtrisiko durch Aggregation der Einzelrisiken unter Berücksichtigung von Diversifikationseffekten zwischen den Risikoarten ermittelt. Die Bewertung der Gesamtrisikolage erfolgt dadurch, dass das zur Deckung der Risiken zur Verfügung stehende Kapital (Risikodeckungsmasse) dem Gesamtbankrisiko gegenübergestellt wird. Abgerundet wird die Bewertung der Gesamtrisikolage durch die Berücksichtigung der Ergebnisse verschiedener Stresstests, die sowohl die Risiken als auch die Kapitalseite mit einbeziehen.

Um Risikobewertungen besser interpretieren zu können, wird das Gesamtbankrisiko für unterschiedliche Konfidenzniveaus berechnet. Die Ergebnisse werden bestimmten Verlustszenarien (zum Beispiel Verlust in Höhe des geplanten Jahresergebnisses, Unterschreiten der aufsichtsrechtlichen Gesamtkennziffer) gegenübergestellt.

Gemäß § 27 Pfandbriefgesetz muss jede Pfandbriefbank über ein für das Pfandbriefgeschäft geeignetes Risikomanagementsystem verfügen. Grundsätzlich ist das Risikomanagement der Deckungsstöcke in das Gesamtbank-Risikomanagementsystem des Konzerns für Adressenausfall-, Marktpreis- und Liquiditätsrisiken sowie für operationelle und sonstige Risiken eingebunden. Darüber hinaus bestehen Limite, welche der Einhaltung aufsichtsrechtlicher Vorgaben dienen. Die Einhaltung dieser Limite für das Risikomanagement der Deckungsstöcke wird täglich überwacht und monatlich im Rahmen des Top Management Reports dem Vorstand dargestellt.

### ***Interne Kapitaladäquanz***

Das Kapitalmanagement-Komitee koordiniert konzernweit Maßnahmen, die eine optimierte Kapitalstruktur unter Berücksichtigung interner und externer Rahmenbedingungen langfristig sicherstellen. Hierzu wird die Entwicklung der Risikopositionen der wichtigsten Konzerngesellschaften und des Konzerns auf Basis der verabschiedeten Mittelfristplanung sowohl der internen (ökonomischen) als auch der bilanziellen und der regulatorischen Kapitalausstattung gegenübergestellt.

Die LBB verzichtet gemäß § 2a Abs. 6 KWG auf eine separate Risikotragfähigkeitsrechnung für das Einzelinstitut LBB als übergeordnetes Unternehmen der Gruppe nach § 25a Abs. 1 Satz 3 Nr. 1 KWG in Verbindung mit § 25a Abs. 1a KWG. Dargestellt wird die Risikotragfähigkeit für den Konzern LBBH.

Die Entwicklung der Risiken und der Risikodeckungsmasse wird im Rahmen der Mittelfristplanung berücksichtigt und ist darüber in den weiteren Prozessen, wie zum Beispiel die Planung von Kapitalmaßnahmen, berücksichtigt. Die Planung erfolgt unter Berücksichtigung der absehbaren Risiko- und Kapitaleffekte sowohl auf Ebene der strategischen Geschäftsfelder als auch auf Konzernebene mit dem Ziel, die Risikotragfähigkeit im Planungszeitraum sicherzustellen.

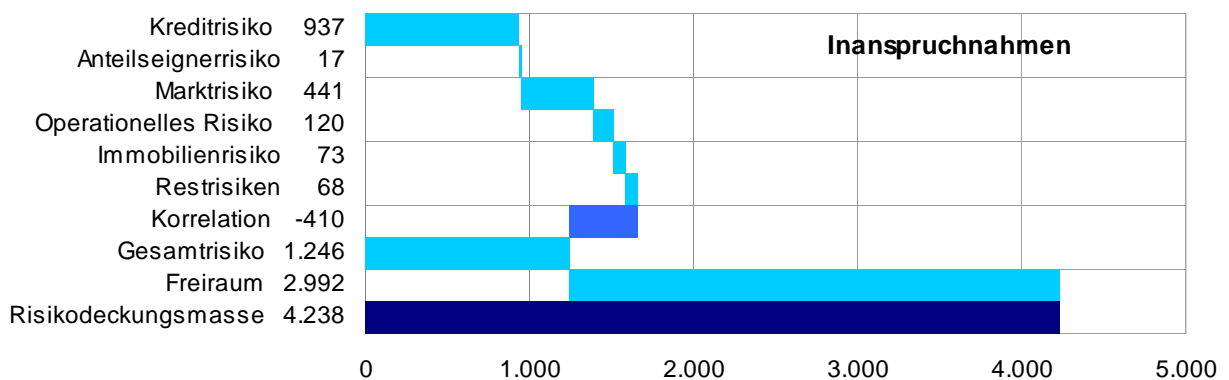
Die interne Risikodeckungsmasse des Konzerns wird auf Basis des Eigenkapitals nach IFRS zuzüglich eines angemessenen Teils des Nachrangkapitals definiert. Zur Vermeidung einer nicht steuerungsrelevanten Volatilität der Risikodeckungsmasse wird die Neubewertungsrücklage mit einem Durchschnittswert aus den vorangegangenen Drei-Monats-Ultimos angesetzt. Die Risikodeckungsmasse des Konzerns betrug per 31. Dezember 2010 4.238 Mio. €. Die Risikotragfähigkeit war sowohl hinsichtlich der Inanspruchnahmen als auch

in Stresssituationen und bei der theoretischen Vollaustattung des aktuellen Gesamtlimits im gesamten Berichtszeitraum gegeben.

Zur Sicherstellung der Risikotragfähigkeit bestehen ein Limitsystem und davon abgeleitete Eskalationsprozesse. Sollte es zu einer Annäherung an eines der Limite kommen, das heißt in der Regel zu einer Risikoauslastung von mehr als 90 %, entscheidet der Vorstand über Maßnahmen, um Limitüberschreitungen zu verhindern.

Die Inanspruchnahme je Risikoart, das Gesamtrisiko und der daraus resultierende Freiraum stellten sich zum 31. Dezember 2010 im Konzern wie folgt dar:

Inanspruchnahmen nach Risikoarten für den Konzern LBBH in Mio. €



Die Stresstests des Konzerns werden auf Basis von fünf Szenarien nach einheitlichem Verfahren durchgeführt. Dabei werden die Auswirkungen auf die wesentlichen Ertrags- und Risikokennzahlen und damit auf das bilanzielle, das ökonomische und das regulatorische Kapital und die aufsichtsrechtlichen Kapitalquoten ermittelt. Die regulatorische und ökonomische Risikotragfähigkeit waren dabei aber jederzeit gegeben.

	31.12.2010		
	Freiraum RTF Mio. €	Kernkapitalquote SolvV %-Punkte	Gesamtkennziffer SolvV %-Punkte
<b>Normal</b>	<b>2.992</b>	<b>10,1</b>	<b>12,8</b>
<b>Veränderungen Stresstest</b>			
Stressszenario Rezession	-1.106	-2,4	-3,9

RTF: Risikotragfähigkeit, SolvV: Solvabilitätsverordnung

Im dargestellten Szenario „Rezession“ werden die größten Auswirkungen auf die Kennzahlen simuliert. Die Parametrisierung dieses Szenarios entspricht in Anlehnung an die Anforderungen der MaRisk einer schweren wirtschaftlichen Krise. Die Effekte lassen sich im Wesentlichen aus den Veränderungen im Kreditrisiko und im Marktpreisrisiko erklären.

Die ermittelte theoretische Erhöhung der Kreditrisikovorsorge und des Kreditrisikos bewirkt die Veränderung des Freiraums der Risikotragfähigkeit in Höhe von circa -600 Mio. € der hier ausgewiesenen -1.106 Mio. €. Darüber hinaus sind -1,3 %-Punkte der oben ausgewiesenen Kernkapitalquotenveränderung (-2,4 %-Punkte) durch das Kreditrisiko begründet.

Die theoretischen Veränderungen der Ergebnisse im Marktpreisrisiko führen zu einer Veränderung des Freiraums der Risikotragfähigkeit in Höhe von circa -430 Mio. € der oben ausgewiesenen -1.106 Mio. €. Darüber hinaus sind -1,0 %-Punkte der oben ausgewiesenen Kernkapitalquotenveränderung (-2,4 %-Punkte) durch das Marktpreisrisiko begründet.

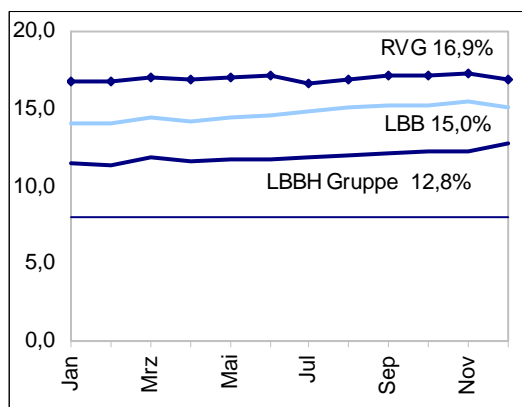
Darüber hinaus wurde ein Prozess zur Identifikation, Steuerung und zum Reporting von Risikokonzentrationen etabliert.

### ***Aufsichtsrechtliche Kapitaladäquanz (Solvabilitätsverordnung)***

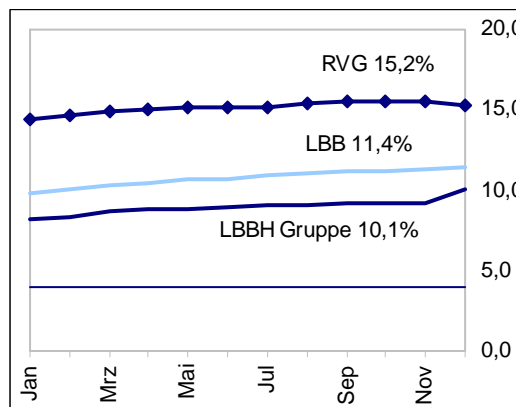
Durch den Erwerb der Holding durch die S-Erwerbsgesellschaft im Jahr 2007 gehört die LBBH-Gruppe aufsichtsrechtlich zur RVG-Gruppe. Wir weisen nachfolgend die aufsichtsrechtlichen Quoten auf Ebene des Einzelinstituts LBB sowie der Gruppen LBBH und RVG aus.

Die dargestellten Angaben der Gesamtkennziffer und der Kernkapitalquote beziehen sich auf die der Aufsicht zum jeweiligen Stichtag gemeldeten Werte. Per 31. Dezember 2010 werden für die LBB und LBBH-Gruppe die Werte nach Feststellung des Jahresabschlusses dargestellt. Die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel der LBB betragen nach Feststellung per 31. Dezember 2010 3.405 Mio. €. Die Änderung der Gesamtkennziffer und der Kernkapitalquote zum 31. Dezember 2010 resultiert insbesondere aus der durch die S-Erwerbsgesellschaft erfolgte Abschreibung von 11 % auf den Buchwert der gehaltenen Anteile an der Holding.

**Gesamtkennziffer (SolvV)**



**Kernkapitalquote (SolvV)**



Die regulatorisch vorgegebenen Mindestquoten von 8 % bei der Gesamtkennziffer und 4 % bei der Kernkapitalquote wurden im Berichtsjahr stets eingehalten.

Parallel zur Ermittlung der Eigenkapitalanforderungen entsprechend der Solvabilitätsverordnung (SolvV) wurde der Grundsatz I berechnet, um den von der Aufsicht vorgegebenen Floor zu erfüllen.

Die Eigenmittelunterlegung nach Grundsatz I wird hierbei multipliziert mit dem aktuellen Floor von 80 % unter Einbeziehung des Wertberichtigungsvergleichs sowie des Expected Loss für Beteiligungen und wird den Eigenmitteln der Bank gegenübergestellt. Hierbei darf der Wert der Eigenmittel nicht überschritten werden. Im Berichtsjahr wurde diese Anforderung laufend eingehalten.

Die Landesbank Berlin hat an den EU-weiten aufsichtsrechtlichen Stresstests als eine von 14 deutschen Banken teilgenommen. Die Kernkapitalquote, die unser Haus im adversen Szenario dieses Stresstestes unter Berücksichtigung des Sovereign Risk Schocks erreichte,

betrug 11,2 % und lag damit deutlich oberhalb der von den Aufsichtsbehörden vorgesehen Grenzquote von 6 %.

## **.Adressenausfallrisiken**

Das Adressenausfallrisiko wird als das Risiko eines Verlusts oder entgangenen Gewinns aufgrund des Ausfalls eines Geschäftspartners definiert. Dies beinhaltet, dass ein Vertragspartner des Instituts nicht oder nicht fristgerecht leistet oder das Institut selbst aufgrund der Nichtleistung eines Dritten zu leisten verpflichtet ist. Weiterhin ist in dieser Definition das Anteilseignerrisiko enthalten, welches sich aus der Zurverfügungstellung von Eigenkapital ergibt. Im kommerziellen Kreditgeschäft ist das Adressenausfallrisiko im Falle der Gewährung von Buchkrediten identisch mit dem Kreditrisiko. Wird statt eines Buchkredites ein Wertpapier gehalten, spricht man von einem Emittentenrisiko. Weitere, vor allem im Handelsgeschäft übliche und zum Adressenausfallrisiko zählende Risikokategorien sind das Kontrahentenrisiko (Risiko der potenziell nachteiligen Wiedereindeckung eines Derivategeschäftes bei Ausfall eines Geschäftspartners), das Settlementrisiko (Risiko, dass bei der Abwicklung eines Handelsgeschäfts trotz eigener Leistung keine Gegenleistung erfolgt) sowie das Länderrisiko (Transferrisiko).

Ziel eines jeden Geschäftes ist es, einen Beitrag zum wirtschaftlichen Erfolg und damit zu einer kontinuierlichen Wertsteigerung des Konzerns zu leisten. Geschäfte sind nur innerhalb bestehender Limite für die mit dem Engagement verbundenen Adressenausfallrisiken zulässig. Für die Einräumung von Handelslimiten gelten besondere Prozesse. Risikokonzentrationen hinsichtlich Einzeladressen („Klumpen“), Regionen und Branchen sind nach Möglichkeit gering zu halten.

Die Messung und Steuerung der Adressenausfallrisiken in der LBB basiert auf einer risiko- adäquaten Darstellung der Kreditrisiko tragenden Geschäfte. Kreditrisiken sowie Kontrahenten- und Emittentenrisiken werden produktspezifisch gemessen und anhand des „Current Credit Exposure“ (CCE) quantifiziert. Das interne Reporting der Kreditrisiken an die Geschäftsleitung basiert im Wesentlichen auf dieser Größe.

Aufgrund der Orientierung am Risikogehalt der Positionen gibt es bei einigen Produkten quantitative Unterschiede zwischen dem CCE und der bilanziellen Sicht auf das Forderungsvolumen:

- Für Handelsgeschäfte inklusive Geschäfte in Wertpapieren und Derivaten wird auf Basis von Kontrahenten-, Emittenten- und Kreditnehmerrisiken das CCE berechnet. Zusätzlich werden bei den Kontrahentenrisiken Aufschläge (Add-Ons) für das Potential Future Exposure berücksichtigt.

- Eine Risikominderung entsteht durch Netting-Vereinbarungen sowie die Aufrechnung von Long- und Short-Positionen bei Emittentenrisiken oder durch Kompensationsvereinbarungen.
- Durchgereichte Förderkredite, die kein Risiko für die LBB darstellen, werden nicht einbezogen.

Das gesamte Current Credit Exposure der LBB betrug zum 31. Dezember 2010 rund 68 Mrd. €. Dabei entfielen etwa 21 Mrd. € auf Kreditrisiken aus kommerziellem Kreditgeschäft, die auf Grundlage von Restbuchwerten quantifiziert werden.

Emittenten-, Kontrahenten- und Kreditnehmerrisiken aus Kapitalmarktgeschäften basieren auf den Marktpreisen der Finanzinstrumente und sind in Höhe von rund 47 Mrd. € im CCE enthalten.

Der überwiegende Teil des CCE entfiel auf das strategische Geschäftsfeld Kapitalmarktgeschäft.

Neben dem CCE wird im Folgenden auch das Credit Exposure betrachtet. Dieses beinhaltet zusätzlich auch nicht gezogene, aber den Kunden zugesagte Limite. Bei diesen Limiten handelt es sich sowohl um widerrufliche als auch unwiderrufliche Zusagen.

Entsprechend der oben genannten Zusammensetzung des Credit Exposures sowie des CCE ergab sich für die LBB zum 31. Dezember 2010 folgende Aufteilung nach den strategischen Geschäftsfeldern:

## Strategisches Geschäftsfeld

Mio. €	31.12.2010			
	Credit Exposure	Current Credit Exposure	Kreditrisiken	Emittenten-, Kontrahenten-, Kreditnehmerrisiken
<b>Private Kunden</b>	<b>9.903</b>	<b>3.904</b>	3.904	0
<b>Firmenkunden</b>	<b>6.877</b>	<b>4.940</b>	4.940	0
<b>Immobilienfinanzierung</b>	<b>11.977</b>	<b>9.658</b>	9.658	0
davon Hypothekendarlehen	11.977	9.658	9.658	0
<b>Kapitalmarktgeschäft</b>	<b>37.746</b>	<b>37.384</b>	2.393	34.991
<b>Sonstige</b>	<b>11.991</b>	<b>11.991</b>	0	11.991
<b>LBB</b>	<b>78.494</b>	<b>67.876</b>	20.894	46.983
<b>Konzern LBBH</b>	<b>123.871</b>	<b>112.248</b>	38.502	73.746

Hier und in allen folgenden Tabellen werden Werte kaufmännisch gerundet, so dass es dazu kommen kann, dass die angegebenen Summenwerte geringfügig von der Summe der Einzelpositionen abweichen.



Die LBB geht vornehmlich Kreditrisiken in Berlin und der Bundesrepublik Deutschland sowie zu einem geringeren Teil auch im europäischen Ausland ein. Im Rahmen der gewerblichen Immobilienfinanzierung betreut die LBB Kunden mit Beleihungsobjekten im Inland und in ausgewählten Auslandsmärkten. Das Kapitalmarktgeschäft führt überwiegend zu Emittenten-, Kontrahenten- und Kreditnehmerrisiken im In- und Ausland.

### CCE regionale Verteilung

Mio. €	Current Credit Exposure	31.12.2010	
		Kreditrisiken	Emittenten-, Kontrahenten-, Kreditnehmerrisiken
<b>Deutschland</b>	<b>37.801</b>	17.611	20.190
Berlin	12.671	8.898	3.773
Alte Bundesländer	21.643	6.595	15.048
Neue Bundesländer	3.487	2.117	1.369
<b>Ausland</b>	<b>30.073</b>	3.282	26.792
EU	21.474	1.470	20.004
Rest Ausland	8.600	1.812	6.788
<b>Sonstige</b>	<b>2</b>	1	0
<b>CCE LBB</b>	<b>67.876</b>	20.894	46.983
<b>CCE Konzern LBBH</b>	<b>112.248</b>	38.502	73.746

Die Branchenaufteilung zeigt ein analoges Bild: Das Portfolio der Kreditrisiken wird stark durch Immobilienfinanzierungen und das Privat- und Firmenkundengeschäft bestimmt. Emittenten- und Kontrahentenrisiken werden insbesondere mit Kreditinstituten und Gebietskörperschaften eingegangen.

## CCE Branchenaufteilung

Mio. €	Current Credit Exposure	31.12.2010	
		Kreditrisiken	Emittenten-, Kontrahenten-, Kreditnehmerrisiken
Immobilienfinanzierung	7.584	7.274	310
Kreditgewerbe	39.025	3.214	35.812
Enthaftetes Geschäft (DetV)	2.974	1.942	1.032
Privatpersonen	3.464	3.464	0
Handel & Gewerbe	1.626	1.377	249
Dienstleistungen	2.598	2.323	275
Gesundheit & Soziales	245	244	1
Gebietskörperschaften	8.999	261	8.739
Beteiligungsgesellschaften	659	429	229
Versicherungen	147	27	120
Chemische Industrie	105	26	79
Sonstige	449	314	136
<b>CCE LBB</b>	<b>67.876</b>	<b>20.894</b>	<b>46.983</b>
<b>CCE Konzern LBBH</b>	<b>112.248</b>	<b>38.502</b>	<b>73.746</b>

## CCE Restlaufzeiten

Mio. €	Current Credit Exposure	31.12.2010	
		Kreditrisiken	Emittenten-, Kontrahenten-, Kreditnehmerrisiken
unter drei Monate	9.987	4.922	5.065
drei Monate bis ein Jahr	7.307	893	6.414
ein Jahr bis fünf Jahre	32.006	5.460	26.546
über fünf Jahre	18.577	9.618	8.958
<b>CCE LBB</b>	<b>67.876</b>	<b>20.894</b>	<b>46.983</b>
<b>CCE Konzern LBBH</b>	<b>112.248</b>	<b>38.502</b>	<b>73.746</b>

In der folgenden Tabelle wird die Kreditqualität der finanziellen Vermögenswerte, die weder überfällig noch wertgemindert sind, anhand ihrer Risikoklasse dargestellt.

## CCE Kreditqualität

Mio. €	Current Credit Exposure	31.12.2010	
		Kreditrisiken	Emittenten-, Kontrahenten-, Kreditnehmerrisiken
<b>Risikoklasse</b>			
1 - 3	56.919	11.643	45.276
4 - 7	4.782	3.835	947
8 - 12	3.280	2.896	384
13 - 15	812	701	112
Risikoklasse nicht verfügbar	241	24	217
<b>CCE LBB, weder überfällig noch wertgemindert</b>	<b>66.034</b>	<b>19.099</b>	<b>46.935</b>
Anteil am gesamten CCE LBB	97,3%	91,4%	99,9%
<b>Gesamt CCE LBB</b>	<b>67.876</b>	<b>20.894</b>	<b>46.983</b>
<b>CCE Konzern LBBH</b>	<b>112.248</b>	<b>38.502</b>	<b>73.746</b>

Die nachfolgende Tabelle zeigt das Gesamtengagement der LBB in solchen Ländern, deren Staatsverschuldungen im Jahr 2010 in das Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit gerückt sind.

### CCE ausgewählter Staaten

Mio. €	31.12.2010	
	Current Credit Exposure	Netto CCE
<b>Griechenland</b>		
Nichtstaatliche Kreditnehmer	0	78
Staat	116	116
<b>Irland (Republik)</b>		
Nichtstaatliche Kreditnehmer	1.019	932
Staat	0	0
<b>Italien</b>		
Nichtstaatliche Kreditnehmer	2.575	2.593
Staat	459	459
<b>Portugal</b>		
Nichtstaatliche Kreditnehmer	153	272
Staat	0	0
<b>Spanien</b>		
Nichtstaatliche Kreditnehmer	2.393	2.286
Staat	220	257
<b>LBB CCE ausgewählter Staaten</b>	<b>6.936</b>	<b>6.994</b>
<b>Konzern LBBH CCE ausgewählter Staaten</b>	<b>8.989</b>	<b>9.064</b>

Das Netto CCE setzt sich aus dem Current Credit Exposure abzüglich Sicherheiten plus Risikoübertrag aus Garantiebeziehungen (garantierte Emissionen und Kreditversicherer) zusammen.

### Risikominderung

Zur Reduzierung der Adressenausfallrisiken werden in der LBB verschiedene Elemente der Risikominderung eingesetzt. Bei den Kreditrisiken bilden Sach- und Personensicherheiten im Gesamtwert von circa 14 Mrd. € das wesentliche Element. Darüber hinaus werden Kontrahentenrisiken des Handels über Vereinbarungen zum Close-Out-Netting im Umfang von rund 8 Mrd. € reduziert. Dieses Verfahren ermöglicht es, im Falle einer Kreditverschlechterung des Kontrahenten, sogar bei dessen Insolvenz, Forderungen und Verbindlichkeiten gegeneinander aufzurechnen. Zusätzlich werden im Handelsgeschäft weitere risikomindernde Maßnahmen wie der Abschluss von Kreditderivaten und der Austausch von Sicherheiten vorgenommen. Kreditderivate werden in Höhe von etwa 5 Mrd. € und Collaterals mit einem Volumen von rund 2 Mrd. € berücksichtigt.

Die Verantwortung für das Sicherheitenmanagement liegt in der Marktfolge. Diese ist für den Ansatz, die Prüfung und die regelmäßige Bewertung der Sicherheiten sowie für die Verwaltung der Kreditrisikominderstechniken zuständig. Dazu werden die Sicherheiten in einem zentralen IT-gestützten Sicherheitensystem erfasst und verwaltet.

Die regelmäßige Überprüfung von Bestand und Werthaltigkeit der Sicherheiten erfolgt in Abhängigkeit von der Art der Besicherung nach festgelegten Überwachungsfrequenzen, im Regelfall jährlich, bei kritischen Engagements jedoch in kürzeren Intervallen. In diesem Rahmen werden die Sicherheiten gegebenenfalls einer Neubewertung unterzogen.

Die Überwachung der Immobilien setzt die LBB gemäß § 20a Abs. 6 KWG um. Bewertungen inländischer und ausländischer Immobilien werden turnusbezogen alle drei Jahre beziehungsweise ab einem Kreditrestbetrag und Beleihungswert ab 1,5 Mio. € jährlich überprüft. Anlassbezogen wird die Bewertung bei eingetretenem 90-Tage-Verzug, Kenntnis über den gesunkenen Marktwert der Immobilie oder bei Ratingverschlechterung überprüft. Die Marktschwankungskonzepte des Zentralen Kreditausschusses für Wohnen und Gewerbe werden angewendet. Entsprechend der strategischen Ausrichtung des Geschäftsfelds Immobilienfinanzierung liegen der Schwerpunkt des Portfolios und demzufolge auch der Großteil der Sicherheiten in den alten Bundesländern.

### ***Kreditrisikomessverfahren***

Die Bonität jedes Kreditnehmers wird unter Zuhilfenahme interner Rating- und Scoringverfahren laufend eingeschätzt. Diese Rating- und Scoringverfahren sind auf Ausfallwahrscheinlichkeiten kalibriert und führen zu einer Einstufung innerhalb der 25-stufigen Rating-Masterskala. Diese Masterskala wird in allen strategischen Geschäftsfeldern angewendet und ermöglicht die Vergleichbarkeit der Kreditnehmerbonitäten über die Segmente hinweg.

Die LBB verwendet kundengruppenspezifische Rating- und Scoringverfahren auf statistischer Basis, die sie in Projekten mit anderen Landesbanken, dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband oder spezialisierten Dienstleistern entwickelt hat. Die Güte der Verfahren wird regelmäßig überprüft und optimiert.

Ausfallwahrscheinlichkeit und Besicherungsgrad eines Engagements werden für die interne Steuerung zu einer Risikoklasse verdichtet. Für diese wird ebenfalls die 25-stufige Master-

skala verwendet. Die Risikoklasse ist maßgebliches Kriterium der Kreditvergaberichtlinien, für die Intensität der Kreditüberwachung und bestimmt die Kreditkompetenz.

Entsprechend der Risikoklasse lässt sich das Portfolio unterteilen in:

- Good Loans (Risikoklasse 1 bis 12),
- Subperforming Loans (Risikoklasse 13 bis 15),
- Nonperforming Loans (Risikoklasse 16 bis 18).

Die quantitative Analyse der Adressenausfallrisiken auf Basis statistischer Verfahren wird für Kreditportfolien mittels des selbstentwickelten Kreditportfoliomodells vorgenommen. Dieses Modell, das auf einer konzernspezifischen Adaption von Standardmodellen beruht, erlaubt die Aggregation der kreditnehmerbezogenen Adressenausfallrisiken zu einer Risikokennzahl auf Portfolioebene, dem so genannten Credit-Value-at-Risk (CreditVaR). Diese Kennzahl wird täglich auf Basis der Konfidenzniveaus von 90 % und 99,9 % mit einer Haltedauer von einem Jahr für die wesentlichen Konzern-, Teilbank- und Geschäftsfeldportfolios ermittelt. Sie fließt in den monatlichen Top Management Report sowie die Risikotragfähigkeitsberechnungen ein.

Das Kreditportfoliomodell schätzt auf Basis der kreditnehmerspezifischen Exposures, der Ratingnote, der Besicherung sowie von Korrelationsschätzungen die Wahrscheinlichkeit, dass es zu großen Verlusten durch korrelierte Kreditausfälle kommt. Das eingesetzte Modell reagiert aufgrund seiner Struktur sensitiv auf Klumpenrisiken oder Branchenkonzentrationen und berücksichtigt auch die Gefahr von Länder-Transferereignissen. Die größten Risikokonzentrationen werden im Konzernkreditrisikoreport dargestellt. Dieser wird durch eine monatlich dem Vorstand vorgelegte detaillierte Aufgliederung der Risikokonzentrationen ergänzt.

Im Jahr 2010 wurde das Kreditportfoliomodell umfassend überarbeitet. Eine wesentliche Veränderung ist die Ausrüstung des Modells mit einem „Migration Mode“. Dieser ermöglicht die modellhafte Berücksichtigung von Wertänderungen kapitalmarktnaher Finanzinstrumente aufgrund von Ratingmigrationen. Die Inbetriebnahme der neuen Modellversion erfolgte zum Jahresanfang 2011.

## ***Kreditüberwachung***

Die LBB überwacht das Einzelrisiko der Kreditnehmer mit verschiedenen manuellen und automatisierten Verfahren, um Kreditrisiken früh zu erkennen und aktiv zu managen. In aller Regel werden die Kreditnehmer-Ratings mindestens jährlich aktualisiert. In diesem Rahmen erfolgt auch die regelmäßige Überprüfung von Bestand und Werthaltigkeit der Sicherheiten, die gegebenenfalls einer Neubewertung unterzogen werden. Bei Rating-Verschlechterungen wird über die Art der Fortführung des Engagements entschieden.

Zur Identifikation von Kreditnehmern, bei denen sich erhöhte Risiken abzeichnen, setzt der Konzern Frühwarnsysteme ein. Auf Basis von quantitativen und qualitativen Frühwarnindikatoren werden entsprechende Watchlists erstellt, die separat zu untersuchende Kreditnehmer aufführen.

Die LBB aktualisiert und verfeinert die Qualität ihrer Kreditüberwachung permanent, um den Entscheidungsprozess zu beschleunigen und um die Qualität der verfügbaren Informationen zur Erkennung und Bewertung potenzieller Risiken zu verbessern. Das Kreditgeschäft, die eingesetzten Risikomessverfahren und insbesondere die Kreditprozesse werden von der internen Revision regelmäßig überprüft. Daraus werden Maßnahmen für die weitere Qualitätsverbesserung in der Kreditanalyse und Überwachung abgeleitet.

## ***Risikobeschränkung***

Adressenausfallrisiken werden auf der Ebene der einzelnen Kreditnehmer wie auch auf Portfolioebene im Rahmen eines strategischen Kreditportfoliomanagements limitiert und gesteuert.

## ***Einzelkreditnehmerlimite***

Die Adressenausfallrisiken werden auf Einzelkreditnehmer-Ebene durch individuelle Limite für Kreditnehmer für die Parameter Betrag, Laufzeit und Geschäftsart begrenzt. Diese Limite werden systematisch erfasst und einem täglichen MaRisk-Prozess unterworfen.

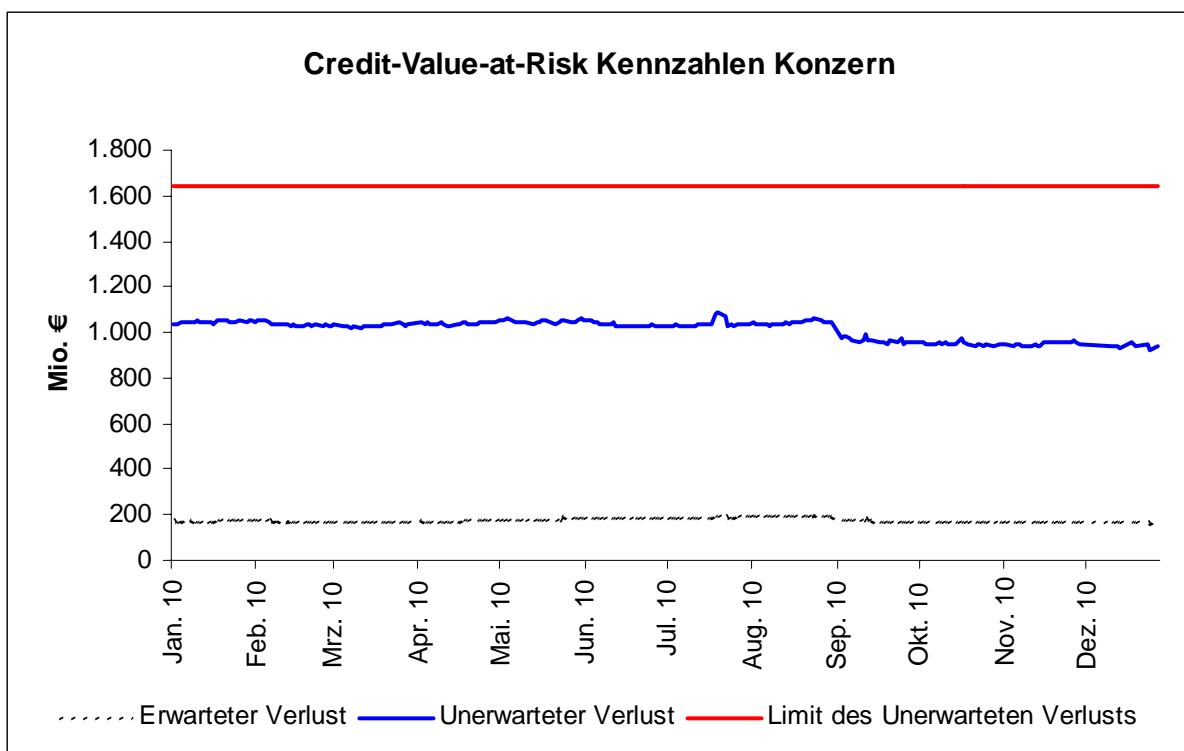
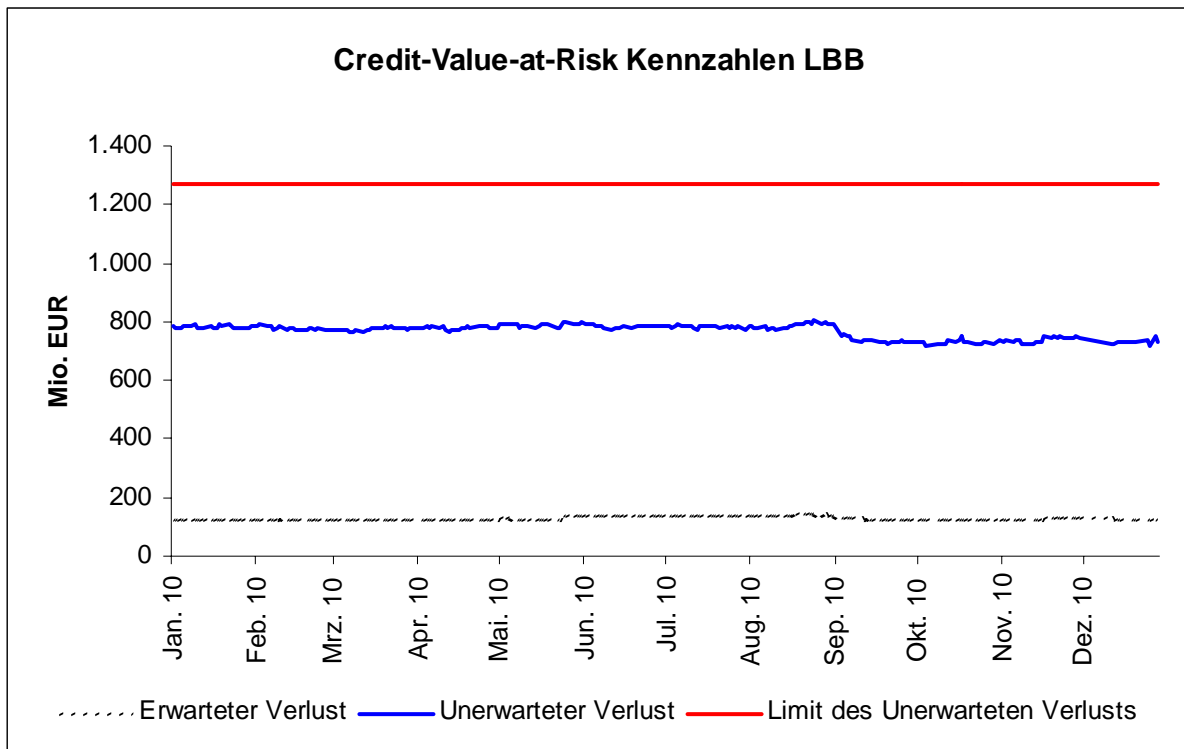
Im Mengenkreditgeschäft, das standardisierte Kredite wie Raten- und Dispositionskredite umfasst, werden weitgehend maschinell unterstützte Verfahren zur Bewilligung eingesetzt.

Bei größeren Engagements ist zusätzlich ein Votum durch die Marktfolge erforderlich. Für das nicht in standardisierten Prozessen abzuwickelnde Geschäft werden individuelle Kreditentscheidungen in klar definierten Prozessen abhängig von der Engagementhöhe und dem Risikogehalt getroffen. Die Entscheidung über größere Engagements und deren Bearbeitung erfolgen dabei grundsätzlich durch den Marktfolgebereich.

### ***Portfoliosteuerung***

Das Neugeschäft und der Kreditbestand werden täglich durch Portfoliolimite auf Basis des Kreditportfoliomodells begrenzt. Zu diesem Zweck existieren Limite für den erwarteten wie auch den unerwarteten Verlust zu verschiedenen Konfidenzniveaus der Portfolien der strategischen Geschäftsfelder wie auch der Teilbanken und des Konzerns.

Der unerwartete Verlust zum Konfidenzniveau in Höhe von 99,9 % geht in die Risikotragfähigkeit ein. Im Folgenden sind für die LBB der erwartete Verlust, der unerwartete Verlust (99,9 %) sowie dessen Limit im Jahresverlauf 2010 dargestellt. Die Reduktion des unerwarteten Verlusts (99,9 %) im September ist auf den Ausfall eines größeren Kreditnehmers zurückzuführen. Bereits ausgefallene Kreditnehmer gehen nicht mehr in die Berechnung der Kreditrisikokennzahlen ein, die sich dadurch reduzieren. Die Wertkorrekturen der Engagements werden im Rahmen der Kreditrisikovorsorgeprozesse auf die Risikodeckungsmasse angerechnet.



Zusätzlich werden Länder- und Transferrisiken über volumenbasierte Länderlimite beschränkt. Die Limithöhen werden unter Berücksichtigung volkswirtschaftlicher Einflüsse und der tatsächlichen Entwicklung des Kreditportfolios vom Vorstand beschlossen.



Länderlimite beschränken das Netto Potential Future Exposure (Netto PFE). Dies entspricht dem CCE inklusive Add Ons nach Berücksichtigung der Sicherheiten. Im Herbst 2010 hat die LBB beschlossen, auch für einige EU-Länder Limite einzuführen, insbesondere für Portugal, Spanien, Irland, Italien und Griechenland.

## Auslandsvolumen

in Mio. €	2010
	Netto PFE
<b>ohne Limitierung des Auslandsvolumens</b>	<b>19.116</b>
Euro-Zone	7.782
Rest EU	5.943
Europa	1.102
Nordamerika	4.289
<b>Limitiertes Auslandsvolumen mit</b>	<b>9.779</b>
geringem Transferrisiko	9.441
mittlerem Transferrisiko	296
erhöhtem Transferrisiko oder ohne Rating	43
<b>LBB</b>	<b>28.895</b>
<b>Konzern LBBH</b>	<b>39.478</b>

Neben dieser Limitierung erfolgt ein regelmäßiges Reporting der Kreditvolumina nach weiteren Kategorien. Eine gesonderte Votierungseinheit des Risikocontrollings, die für die Kreditengagements in Verantwortung des Gesamtvorstands ein zusätzliches Votum abgibt, prüft die Portfolioverträglichkeit von Großengagements.

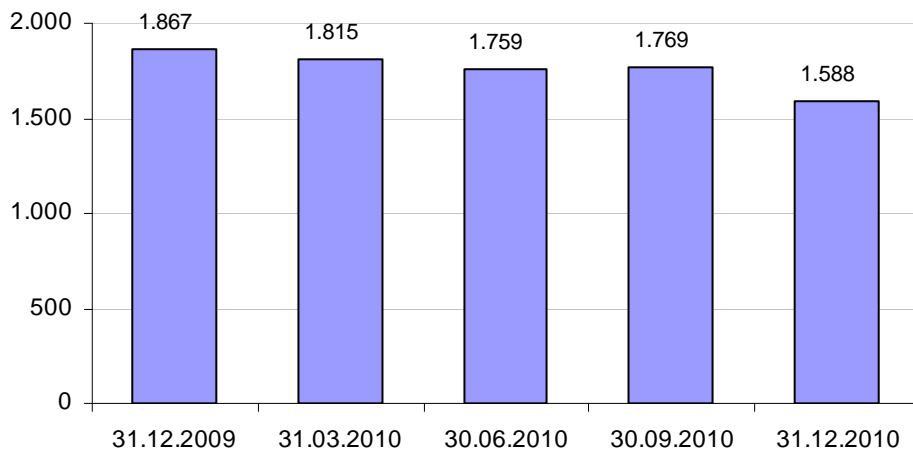
## Behandlung von Problemkrediten

Gefährdete Engagements fallen prinzipiell in die Bearbeitungszuständigkeit und Verantwortung der Risikobetreuungsbereiche, in welchen diese Kredite saniert oder abgewickelt werden. Im Rahmen der Sanierung kam es bei Engagements mit einem CCE in Höhe von 65 Mio. € zu Konditionsanpassungen ohne Bildung einer Wertberichtigung.

Das CCE und insbesondere die rückständigen Leistungen der ausgefallenen Problemkredite (Nonperforming Loans) sind durch Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen sowie infolge der Anrechnung von Sicherheiten weitgehend abgesichert.

Das CCE der Nonperforming Loans, das heißt der ausgefallenen Kredite, ist seit Dezember 2009 gesunken. Der Anteil am Gesamtexposure der LBB lag zum 31. Dezember 2010 bei 2,3 %, für den Konzern LBBH lag das CCE der Nonperforming Loans bei 2,8 Mrd. € beziehungsweise der Anteil am Gesamtexposure bei 2,5 %.

Current Credit Exposure der Nonperforming Loans der LBB in Mio. €



### ***Bildung der Kreditrisikovorsorge***

Die Kompetenz der Risikobetreuungsbereiche umfasst unter anderem die Bildung von Einzelwertberichtigungen. Oberhalb definierter Betragsgrenzen entscheiden einzelne Vorstandsmitglieder oder entscheidet der Gesamtvorstand über die Höhe der Einzelwertberichtigung.

In einem Report an den Vorstand wird monatlich sowohl über die unterjährig gebildete Risikovorsorge als auch über die erwartete weitere Entwicklung berichtet. Die Höhe der Einzelwertberichtigungsvorschläge beruht auf fest definierten Kriterien, die unter anderem von der Art der Sicherheit beziehungsweise vom Status des Engagements (Sanierung oder Abwicklung) abhängen.

Auch für Engagements, die keine Einzelwertberichtigung erhalten, wird im Sinne einer Portfoliobetrachtung der Kreditrisikovorsorgebedarf ermittelt. Bei dessen Berechnung fließen die Ergebnisse der oben beschriebenen Parameter des Kreditrisiko-Messverfahrens (Ratingnote, Ausfallwahrscheinlichkeit, Verlustquote) ein.

## ***Anteilseignerrisiken***

Das Anteilseignerrisiko umfasst das Risiko von Verlusten aus der Zurverfügungstellung von Eigenkapital und eigenkapitalnahen Mitteln an Dritte. Das betrifft in Beteiligungen gebundenes Kapital wie auch mit den Beteiligungen verbundene weitere Verpflichtungen.

Für das Beteiligungsportfolio ist die Fokussierung auf unternehmerisch vorteilhafte, die Wertschöpfungskette unterstützende Beteiligungen vorgesehen. Die Reduktion des Beteiligungsbestandes um nicht mehr benötigte oder in Abwicklung befindliche Beteiligungen wird fortgesetzt.

Die Anteilseignerrisiken sind in die internen Berechnungen zur Risikotragfähigkeit integriert. Bei der Ermittlung des Risikokapitals für Beteiligungen werden neben den Buchwerten auch Ausfallwahrscheinlichkeiten, Haftungsverhältnisse und gegebenenfalls Liquidationszeiträume sowie Experteneinschätzungen berücksichtigt. Hierdurch wird sichergestellt, dass Risiken, die mit der Eigenkapitalvergabe verbunden sind, möglichst vollständig abgebildet werden. Ein Backtesting der Ergebnisse wird jährlich durchgeführt und bestätigt die Angemessenheit der Risikobestimmung.

Im Rahmen des gesamtbankweiten Stresstestings wurden als maßgebliche Risikofaktoren die Bonität der Beteiligungen, deren Ertragskraft und deren Unternehmenswerte identifiziert. Dabei erfolgt eine Variation der Parameter Ratingeinstufungen, Beteiligungserträge und Wertberichtigungen.

Die Überwachung der Risikokonzentrationen erfolgt qualitativ über regelmäßige Risikoanalysen und das Reporting im Top Management Report.

Die Beteiligungen des Konzerns sind grundsätzlich den strategischen Geschäftsfeldern zugeordnet. Eine Ausnahme bilden bestimmte Unternehmen, die in erster Linie zentrale Dienstleistungen erbringen und deshalb zentral verantwortet werden. Das strategische Geschäftsfeld, dem die jeweiligen Anteile zugeordnet wurden, trägt die Verantwortung für die risiko- und ergebnisorientierte Steuerung der Beteiligungen. In der Risikostrategie der jeweiligen Geschäftsfelder werden die Beteiligungen berücksichtigt und Aussagen über die strategische Ausrichtung getroffen. Der Vorstand der LBB wird monatlich im Rahmen des Top Management Reports über die Risikolage informiert.

Unter der Prämisse der Risikodiversifikation und des risikostrategischen Ansatzes, sich auf strategisch vorteilhafte Beteiligungen zu fokussieren, wurden folgende Teilportfolien gebildet:

- das Kerngeschäft fördernde Produktlieferanten,
- das Kerngeschäft fördernde Vertriebskanäle,
- Beteiligungen an Dienstleistern,
- Verbundbeteiligungen,
- Bündelung des Immobilienbestands der LBB,
- Finanzbeteiligungen.

Daneben stehen die zur Desinvestition vorgesehenen Beteiligungen wie insbesondere nicht mehr operativ tätige Gesellschaften, Gesellschaften in stiller Liquidation sowie Restrukturierungsaktivitäten.

Insgesamt hat sich das Anteilseignerrisiko gegenüber dem Vorjahr durch Verkäufe beziehungsweise Liquidationen in der LBB um 1,5 Mio. € oder 8 % reduziert. Das Anteilseignerrisiko des Konzerns LBBH hat sich ebenfalls um rund 1,5 Mio. € oder 8 % verringert. Mit der Atos Worldline Processing GmbH ist eine wesentliche Beteiligung zur Jahresmitte 2010 veräußert worden.

Aufgrund der erfolgten Abgänge und da keine wesentlichen Neuengagements geplant sind, wurde das Limit für Anteilseignerrisiken im Berichtsjahr entsprechend gesenkt.

## **.Liquiditätsrisiken**

Das Liquiditätsrisiko ist die Gefahr, dass der Konzern zu irgendeinem Zeitpunkt nicht in der Lage sein könnte, seinen Zahlungsverpflichtungen fristgerecht und in vollem Umfang zu entsprechen (Zahlungsfähigkeit).

Die Gewährleistung der zentralen Liquiditätsversorgung des Konzerns ist Aufgabe des Bereichs Treasury und Trading im Geschäftsfeld Kapitalmarktgeschäft. Ziel der Liquiditätsplanung und -steuerung ist, die jederzeitige Zahlungsfähigkeit und die Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Liquiditätskennziffern auch in Krisensituationen sicherzustellen.

### ***Auswirkungen der Finanzkrise***

Die seit Ausbruch der Finanzkrise 2007 eingeschränkte Funktionsfähigkeit der Refinanzierungsmärkte bestand auch im Jahr 2010 fort. Sie wurde insbesondere durch Unsicherheiten über die Zahlungsfähigkeit der Staaten Portugal, Irland, Italien, Griechenland und Spanien ausgelöst. Die Märkte sind weiterhin abhängig von massiven Unterstützungsmaßnahmen durch andere Staaten und deren Notenbanken, auch wenn seit dem dritten Quartal mit dem Auslaufen von zwei Jahrestendern eine Tendenz zur Reduzierung der Maßnahmen durch die EZB erkennbar ist. Von einer Normalisierung der Märkte kann jedoch nicht gesprochen werden.

In diesem herausfordernden Umfeld ist die Refinanzierungs- und Liquiditätssituation der LBB als geordnet zu bezeichnen. Für die LBB hat sich diese Entwicklung eher in den Refinanzierungspreisen statt in den Volumina niedergeschlagen. Im gesamten Jahresverlauf gelang es, das Geschäftsvolumen vollständig und unter Aufrechterhaltung angemessener Reserven in den besicherten und unbesicherten Geld- und Kapitalmärkten zu refinanzieren.

### ***Grundlagen und Liquiditätskennziffer***

In der LBB wird das Liquiditätsrisiko nach § 11 KWG und dem internen Liquiditätsrisikomessverfahren überwacht. § 11 KWG regelt, dass Kreditinstitute ihre Mittel so anlegen müssen, dass jederzeit eine ausreichende Zahlungsbereitschaft gewährleistet ist.

Die Liquidität der Bank gilt nach der „Verordnung über die Liquidität der Institute“ (Liquiditätsverordnung) als ausreichend, wenn die in den nächsten 30 Kalendertagen zur Verfügung stehenden Zahlungsmittel die Zahlungsverpflichtungen mindestens abdecken. Darüber hinaus werden mit einem Horizont bis 360 Tage Beobachtungskennziffern errechnet. Maßgebliche Bestimmungsgrößen sind tatsächliche und erwartete Zahlungsströme sowie der Bestand an hochliquiden Vermögenswerten. Die Liquiditätskennziffer gibt das Verhältnis zwischen den verfügbaren Zahlungsmitteln und den abrufbaren Zahlungsverpflichtungen innerhalb des ersten Monats an. Die Liquidität wird als ausreichend angesehen, wenn die Liquiditätskennziffer mindestens 1,0 beträgt.

Die Liquiditätskennziffer muss täglich erfüllt und jeweils mit Stand Monatsultimo bis zum 15. Werktag des Folgemonats an die Bundesbank gemeldet werden. Als Differenz zwischen den Zahlungsmitteln und Zahlungsverpflichtungen kann ein Zahlungsmittelüberschuss errechnet werden.

Die Liquiditätskennziffer gemäß Liquiditätsverordnung betrug per 31. Dezember 2010 für die LBB 1,81 (Vorjahr 2,05). Die aufsichtsrechtlichen Liquiditätskennziffern wurden eingehalten. Die niedrigste Kennziffer der LBB im Jahr 2010 belief sich auf 1,61.

### ***Messung und Limitierung von Liquiditätsrisiken***

Zusätzlich wird für die LBB ein über die Liquiditätsverordnung hinausgehendes Liquiditätsrisiko-Controlling vorgenommen, das sich grundsätzlich an der Methodik der Liquiditätsverordnung orientiert. Es wurden jedoch zusätzliche Stresstests mit Modellparametern eingeführt, die zwar auf den Vorgaben der Liquiditätsverordnung basieren, aber zum Teil deutlich konservativer angesetzt sind.

Das interne Liquiditätsrisikocontrolling ist unterteilt in das Beschaffungs- und das Fristenrisiko. Diese interne Einteilung berücksichtigt das Liquiditätsrisiko im engeren Sinne, das Refinanzierungsrisiko und das Marktliquiditätsrisiko.

Das Beschaffungsrisiko stellt das Risiko dar, kurzfristig fälligen offenen Zahlungsverpflichtungen in den nächsten 30 Tagen bei einem versperrten Zugang zum unbesicherten Geldmarkt im Krisenfall nicht mehr nachkommen zu können.

Das Fristenrisiko beinhaltet die Gefahr, fällige, ursprünglich mittel- und längerfristige Refinanzierungsmittel, denen keine entsprechende Aktivfälligkeit gegenübersteht, aufgrund von Bonitätsproblemen oder aus marktbedingten Gründen nur noch kurzfristig prolongieren zu können.

Grundlage für alle Liquiditätsrisiko-Betrachtungen durch das Risikocontrolling ist die Kapitalablaufbilanz, die das Cashflow-Profil der Bank abbildet. Die Kapitalablaufbilanz bildet das komplette Laufzeitspektrum aller im Konzern gebuchten Finanzinstrumente ab. Basis der Kapitalablaufbilanz sind Annahmen über die Prolongation von Aktivfälligkeiten sowie die Aussteuerung von konzerninternen Zahlungen, um die tatsächliche Liquiditätswirksamkeit jedes Cashflows korrekt darzustellen.

Hiervon ausgehend werden im kurzfristigen Bereich mit einer Laufzeit von bis zu 30 Tagen die täglich zu deckenden Refinanzierungssalden ermittelt. Diese werden durch das Risikocontrolling darauf überwacht, dass auch unter restriktiven Annahmen die jederzeitige Liquidität des Konzerns und somit auch der LBB gewährleistet ist. Die Annahmen unterstellen unter anderem den teilweisen Abfluss kurzfristiger Einlagen, die partielle Ziehung zugesagter Kreditlinien, Abschläge bei der Verwertung von Wertpapierbeständen und auf der Passivseite erschwerte Refinanzierungsbedingungen.

An diese Risikobetrachtung schließt sich im Laufzeitbereich von 31 bis 360 Tagen die Limitierung der Refinanzierungssalden in diesen Fälligkeiten an. Hierzu werden die Cashflows in verschiedene, teilweise überlappende Laufzeitbänder eingeteilt. Dadurch wird in einem unterstellten Krisenfall, in dem der Zugang zur mittel- und längerfristigen unbesicherten Geldmarkrefinanzierung beeinträchtigt ist, der zusätzliche Bedarf an kurzfristigen Refinanzierungsmitteln begrenzt. Die Obergrenzen der Limite basieren auf der für den gesamten Zeitraum verfügbaren Wertpapierliquiditätsreserve. Neben dieser Begrenzung durch die unverbrauchte Liquiditätsreserve werden die Salden auch nominell limitiert.

### ***Reporting der Liquiditätsrisiken***

Eine Darstellung der Liquiditätsrisikosituation, der aktuellen Risikoausnutzungen und des kurzfristigen Refinanzierungsbedarfs wird täglich erstellt und dem Vorstand im zweiwöchentlichen Turnus im Rahmen der Sitzungen des Dispositionsausschusses sowie monatlich im Rahmen des Top Management Reportings zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus wird der Vorstand zweimal wöchentlich im Rahmen der gesonderten Darstellungen zur Liquiditätslage

an die Bankenaufsicht (BaFin) informiert. Das interne Reporting beinhaltet die Überwachung von Vorwarnstufen, bei deren Erreichen definierte Eskalationsmaßnahmen greifen. Die Auslastung der Limite war 2010 sowohl für das Beschaffungs- als auch für das Fristenrisiko im Jahresverlauf unbedenklich.

### ***Steuerung der Liquiditätsrisiken***

Die Liquiditätsrisikopolitik des Konzerns beruht auf dem Halten ausreichender Bestände liquidierbarer Aktiva zur Abdeckung faktischer sowie aus Stresstests berechneter Liquiditätsbelastungen.

Das Liquiditätsmanagement erfolgt konzernweit durch den Bereich Treasury und Trading. Dabei werden das gleiche System und die gleiche Methodik genutzt wie bei der internen Feststellung der Liquiditätsrisiken durch das Risikocontrolling. Ziel des Liquiditätsmanagements ist es, auch bei kurzfristigen Engpässen sowie bei andauernden allgemeinen oder institutsspezifischen Liquiditätskrisen stets über ausreichend gesicherte Liquidität gemäß der beschriebenen Methodik zu verfügen.

### ***Risikokonzentrationen***

Regionale Konzentrationen ergeben sich, bedingt durch den Standort der Konzernunternehmen, bei den stark diversifizierten Kundeneinlagen mit deutlichem Schwerpunkt der Herkunft aus Berlin/Brandenburg. Der Schwerpunkt der Interbankenrefinanzierung liegt weiter verteilt zu circa 80 % im deutschen Raum. Bei den verbrieften Verbindlichkeiten ist diese Verteilung ähnlich, wobei der Auslandsanteil der Platzierungen auf 30 % geschätzt wird.

Da sich aufgrund der Finanzmarktkrise die unbesicherten Bondmärkte mit großvolumigen Emissionen nicht wirtschaftlich nutzen ließen, führte die LBB die Mehrzahl der notwendigen Refinanzierungen im Jahr 2010 mit Hilfe von Privatplatzierungen durch. Bei Neuemissionen von Pfandbriefen der LBB wurde im Berichtsjahr auf Jumbotransaktionen verzichtet, da sich auch hier Privatplatzierungen als wirtschaftlich sinnvollere Alternative gezeigt haben. Der Absatz sowohl der gedeckten als auch der ungedeckten Neuemissionen erfolgte mit einem Anteil von mehr als 90 % im Inland.



## **.Marktpreisrisiken**

Marktpreisrisiken bestehen in einem potenziellen Wertverlust, der seine Ursache in nachteiligen Veränderungen von Marktpreisen oder preisbeeinflussenden Parametern hat.

Die LBB geht Marktpreisrisiken in Form von Zins-, Aktien- und Währungsrisiken sowie sonstigen Preisrisiken (insbesondere Credit Spread Risiken) in den Bereichen des Kapitalmarktgeschäfts (Handel) sowie im Zinsmanagement (Bankbuch) ein.

Im Vordergrund der Zinsänderungsrisikosteuerung im Bankbuch steht der Ausgleich von Zinsänderungsrisiken aus Kundengeschäften und der langfristigen Refinanzierung sowie die langfristige Generierung von Fristentransformationserträgen aus der Zinsstrukturentwicklung und eine Ertragserzielung aus der Anlage des Eigenkapitals. Ergänzend werden im Zinsmanagement Investitionen innerhalb anderer Risikoarten im Rahmen langfristiger Strategien eingegangen.

### ***Steuerung der Marktpreisrisiken***

Die Handelsaktivitäten sind in die schriftlich fixierte Risikostrategie eingebunden. Sowohl für Handels- als auch Bankbuchaktivitäten wird auf Basis des Risikotragfähigkeitskonzepts und der Jahresplanung der strategische Rahmen in konkrete Marktpreisrisikolimiten (Value-at-Risk (VaR)-Limite; 10-tägiger Value-at-Risk auf einem Konfidenzniveau von 99 %) transformiert und vom Vorstand der LBB verabschiedet.

Die Risikosteuerung für die **Handelsaktivitäten** erfolgt durch die Front-Office-Bereiche auf der Grundlage der Marktpreisrisikolimiten/-auslastungen, der Stresstestergebnisse und der Gewinn- und Verlust (P&L)-Analysen pro strategischem Geschäftsfeld und pro Handelstisch beziehungsweise Händler. Sie wird ergänzt durch Tages- und Jahresverlustlimite und weitere, je nach strategischem Geschäftsfeld unterschiedliche, auf den jeweiligen Geschäftstypus zugeschnittene Front-Office-Verfahren (zum Beispiel Szenario-Matrix-, Shift-Sensitivitäten-, Basis-Point-Value-, Duration-Limite oder Vega-Limite).

Die Steuerung des **Bankbuchs** erfolgt durch den Dispositionsausschuss des Vorstands, der alle zwei Wochen berät und über eine geschäftspolitische Neubewertung und gegebenenfalls Neuausrichtung des eingegangenen Zinsänderungs- und Kursrisikos entscheidet.

Hierzu werden ebenfalls die genannten Verfahren zur Kontrolle der Handelsgeschäfte genutzt und ökonomische Ertragseffekte (Substanzwertveränderungen) und Analysen hinsichtlich des laufenden Ertrags, insbesondere des Zinsüberschusses, herangezogen. Durch die Berücksichtigung der wirtschaftlichen Ertragseffekte wird die Steuerung unter Barwert- und Laufzeitgesichtspunkten ermöglicht. Die Steuerung der Gewinn- und Verlustrechnung wird durch die Analysen des laufenden Ertrags weiter fundiert.

Regelmäßig und bei Bedarf tritt das Allgemeine Produkt Komitee zusammen, um Risiken und organisatorische Auswirkungen aus neuen Geschäftstypen zu beurteilen und die erforderlichen Schritte bis zu deren Einführung zu überwachen. Die endgültige Genehmigung eines neuen Produkts erfolgt durch den jeweiligen Vorstand auf einvernehmlichen Vorschlag des Allgemeinen Produkt Komitees. Vergleichbare Verfahren gelten für Aktivitäten auf neuen Märkten.

### ***Kontrolle der Marktpreisrisiken***

Die Kontrolle der Marktpreisrisiken erfolgt unabhängig vom Handel im Bereich Risiko und Controlling.

Die Überwachung der Marktpreisrisiken besteht aus einem System von risiko- und verlustbegrenzenden Limitierungen und damit zusammenhängenden Verfahrensregelungen. Das regelmäßige Reporting der Marktpreisrisiken ist dabei elementarer Bestandteil, da hierdurch der Informationsfluss im Konzern sichergestellt wird. Gegebenenfalls notwendige Steuerungsmaßnahmen können somit den Kontrollen kurzfristig folgen.

Seit der aufsichtsrechtlichen Anerkennung der internen Verfahren (Full-use-Modell inklusive besonderer Kurs- und Währungsrisiken) zur Marktpreisrisikoüberwachung wird die Marktrisikoposition auf Basis dieses internen Modells an die BaFin gemeldet.

### ***Reporting der Marktpreisrisiken***

Die Ergebnisse der täglichen Risiko- sowie P&L-Analysen werden an das für das Risiko-Controlling sowie das für das Kapitalmarktgeschäft zuständige Vorstandsmitglied der LBB berichtet.

Der Konzern hat ein umfassendes und differenziertes Risikoreporting bei Marktpreisrisiken eingerichtet:

- Intraday-Monitoring der Risiken und Erträge der Handelsbereiche,
- täglicher Bericht gemäß MaRisk an die zuständigen Ressort-Vorstandsmitglieder,
- 14-tägiger Aktiv-Passiv-Report für die Beratungen im Dispositionsausschuss,
- monatliche Berichterstattung gemäß MaRisk an den Konzernvorstand mit Erläuterung der Entwicklung im Monatsverlauf.

Die im Konzern eingesetzten Risikokontrollverfahren haben sich in allen Marktsituationen des Berichtsjahres bewährt. Dies gilt insbesondere für die außergewöhnlichen Marktentwicklungen während der Griechenland- und Irlandkrise im Mai und November 2010. Risiken werden zeitnah erkannt, berichtet und von den Entscheidungsträgern gesteuert.

### **Marktpreisrisikolimits und -inanspruchnahmen**

In der nachfolgenden Tabelle werden die Durchschnittswerte, Maxima und Minima den Limits gegenübergestellt. Details und das Management der Marktpreisrisiken werden in den folgenden Abschnitten beschrieben.

### **Value-at-Risk LBB**

in Mio. €	Durchschnitt		Minimum		Maximum		Limit per	
	2010	2009	2010	2009	2010	2009	31.12.2010	31.12.2009
<b>Kapitalmarktgeschäft LBB</b>	<b>67</b>	<b>79</b>	<b>37</b>	<b>36</b>	<b>187</b>	<b>196</b>	<b>170</b>	<b>180</b>
Trading	6	11	3	5	17	20	60	40
Client Business	8	11	4	4	22	22	25	25
Treasury	61	71	32	34	168	172	150	180
Internationales Geschäft	1	1	0	0	2	2	5	5
<b>Bankbuch LBB</b>	<b>43</b>	<b>60</b>	<b>25</b>	<b>26</b>	<b>113</b>	<b>166</b>	<b>150</b>	<b>150</b>
<b>LBB</b>	<b>76</b>	<b>97</b>	<b>43</b>	<b>43</b>	<b>205</b>	<b>217</b>	<b>320</b>	<b>330</b>
Aktienrisiko	17	19	14	11	35	47		
Währungsrisiko	7	9	4	1	13	26		
Zinsrisiko	41	53	19	17	90	123		
Credit Spread Risiko	48	72	23	34	113	165		
<b>LBB</b>	<b>76</b>	<b>97</b>	<b>43</b>	<b>43</b>	<b>205</b>	<b>217</b>		
<b>Konzern LBBH</b>	<b>108</b>	<b>157</b>	<b>56</b>	<b>85</b>	<b>341</b>	<b>336</b>	<b>400</b>	<b>400</b>

Aufgrund von Diversifikationseffekten errechnen sich die LBB-Werte nicht als Summe aus den Einzelaktivitäten.

## **Risikokonzentration**

Im täglichen MaRisk-Reporting der LBB werden ausführlich Detail- und Einzelrisiken dargestellt. Hinzu kommen eine große Anzahl vorgegebener Detail-Stresstests, ein variabler Stresstest entgegen der jeweils aktuellen Positionierung sowie fünf Risikostress-Szenarien. Um Konzentrationsrisiken aufzuzeigen und zu vermeiden, gibt es ferner einen Pool verschiedener Stress-Szenarien, von denen jeweils die fünf größten Verlust-Szenarien berichtet werden. Im Berichtsjahr gab es keine besonderen Konzentrationen von Marktpreisrisiken auf Einzeltitel.

## **Zinsänderungsrisiken**

Die Ungewissheit über die künftige Änderung der Marktzinsen und einen damit verbundenen Verlust stellt für Banken ein bedeutendes Risiko dar. Dieses Risiko wird im Konzern im Rahmen der VaR-Berechnungen bestimmt. Es ist limitiert und wird regelmäßig überwacht. Das Zinsänderungsrisiko wird ganzheitlich gesteuert und berücksichtigt alle anfallenden Cashflows.

Die LBB war per Jahresende gegenüber Zinsschwankungen aktivisch aufgestellt. Das Exposure ist im Vergleich zum Vorjahr leicht gestiegen.

Die Auswirkungen einer allgemeinen Änderung der Zinsen um +100 und -100 Basispunkte in der LBB und dem Konzern LBBH beziehungsweise um +130 und -190 Basispunkte für das Anlagebuch der LBB werden im Rahmen der Szenario-Berechnungen ermittelt.

in Mio. €	+ 100 BP		-100 BP		+130 BP		-190 BP	
	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009
LBB	-197	-123	-8	72	-246	-149	-73	143
Konzern LBBH	-257	-184	18	94				

Die Methodik der Szenarioberechnung beruht auf einer kompletten Neubewertung des Portfolios unter Berücksichtigung optionaler Bestandteile und mit einer Begrenzung der Zinsbewegung nach unten bei Null. Daraus resultiert die zu beobachtende Asymmetrie bei Zinsanstieg und Zinsverfall.

## ***Währungsrisiken***

Die LBB geht keine wesentlichen Positionen in Währungen ein. Das in der Übersicht Value-at-Risk LBB aufgezeigte Währungskursrisiko in Höhe von durchschnittlich 7 Mio. € stammt überwiegend aus barwertigen Inkongruenzen zwischen Assets und deren Refinanzierung, Restbeträgen bei Kundengeschäften, der Liquiditätssicherung in Fremdwährung und aus einzelnen Handelspositionen mit Vermögenswerten in Fremdwährung. Das größte Fremdwährungsrisiko per Jahresende bestand in Wechselkursänderungen des US-Dollar.

## ***Aktien- und Fondsriskiken***

Aktienrisiken resultieren vorrangig aus Handelsstrategien im Trading sowie aus Überhängen im Emissionsgeschäft von strukturierten Aktienprodukten. Verluste treten überwiegend bei fallenden Aktienkursen auf.

Im Jahresverlauf 2010 hielt die LBB ein weit diversifiziertes Fondsportfolio überwiegend im Anlagebuch. In der Risikomessmethodik werden Fonds wie Aktien behandelt. Im Handelsbuch wird nach Möglichkeit eine Durchschau vorgenommen. Hinzu kommen spezifizierte Stresstests für verschiedene Fondsgattungen.

## ***Verlauf des Marktpreisrisikos der LBB***

Das Marktpreisrisiko ist im Vergleich zum 31. Dezember 2009 um 34 Mio. € auf 83 Mio. € gestiegen. Im Jahresdurchschnitt betrug es 76 Mio. €.

Bis Mitte April 2010 ist das Risiko aufgrund merklich beruhigter Marktbewegungen und das Ausbleiben stresshafter Sprünge stetig zurückgegangen. Der darauf folgende starke Risikoanstieg Anfang Mai auf 205 Mio. € in der LBB resultierte vor allem aus dem Kapitalmarktgeschäft aufgrund von stresshaften Bewegungen in Credit Spreads von Banken- und Finanztiteln sowie von europäischen Staatsanleihen vor dem Hintergrund der griechischen Finanzkrise. Dies hatte zur Folge, dass im Kapitalmarktgeschäft der LBB das Risikolimit kurzzeitig überschritten wurde. Vor dem Hintergrund der auf europäischer Ebene ergriffenen Maßnahmen wurde in der LBB entschieden, auf eine aktive Gegensteuerung zu verzichten.

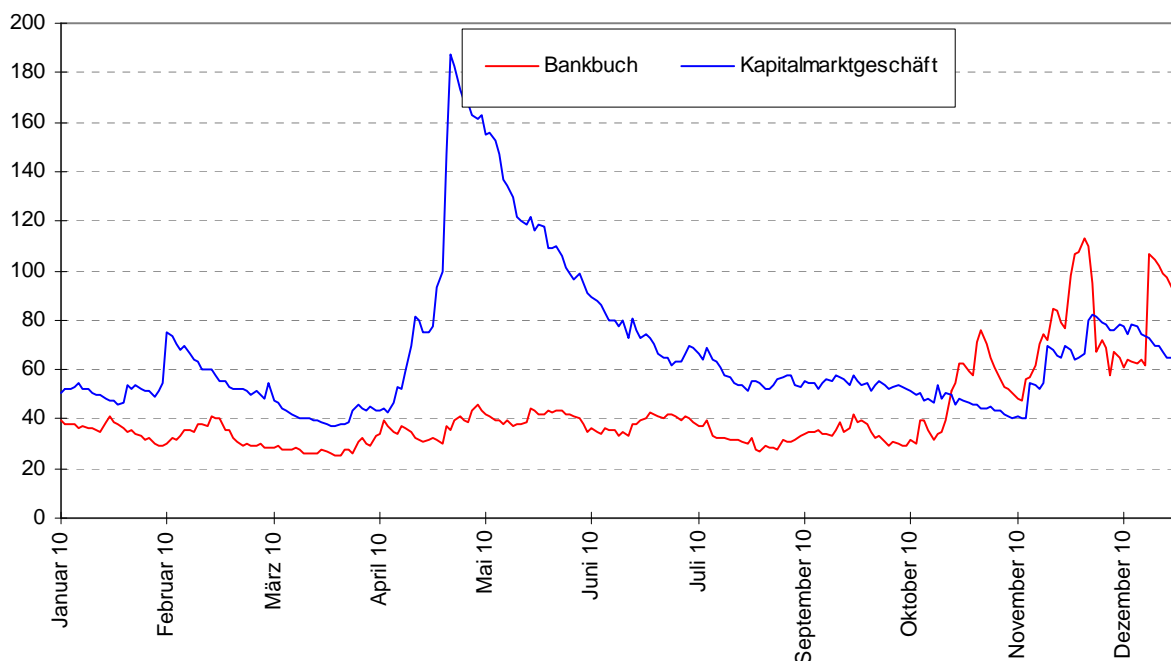
Die Beruhigung der Marktvolatilitäten ab Mitte Mai führte zur Fortsetzung des stetigen Risikorückgangs.

Infolge der Irlandkrise mit resultierenden höheren Volatilitäten von Credit Spreads und Zinsen sowie aufgrund von veränderten Swaptions sensitivitäten nach Zinsbewegung kam es im November erneut zu einem Risikoanstieg.

Im Bankbuch stieg das Risiko wegen stärkerer Bewegung der eigenen Credit Spreads im Dezember weiter bis auf 105 Mio. €

Im Jahresverlauf 2010 ergaben sich die folgenden Auslastungen für das Kapitalmarktgeschäft (Limit: 170 Mio. €) und das Bankbuch (Limit: 150 Mio. €).

#### Marktpreisrisiko der LBB in Mio. €



#### **Methodik der Risikomessung bei Marktpreisrisiken**

Methodisch basieren die angewendeten Verfahren zur Risikomessung (VaR-Auslastung) auf einem analytischen Delta-Gamma-Ansatz unter Einbeziehung von Volatilitätsrisiken auf Basis einer Haltedauer von zehn Tagen und einem Konfidenzniveau von 99 %. Individuelle Kursrisiken werden bei zinsbezogenen Produkten durch Berücksichtigung von verschiede-

nen Zinskurven (zum Beispiel Swapkurven, Overnight Index Swaps, Money Market) explizit gemessen. Bei aktienkursbezogenen Produkten erfolgt die Aufteilung in einen aktienindexbezogenen und einen individuellen Teil (Single Index Model). Dieses Verfahren versetzt die LBB in die Lage, auch Sonderbewegungen außerhalb des Markttrends einzelner Titel im Risikomodell abschätzen zu können. Optionsrisiken werden in Form von Gamma- und Vega-Risiken integrativ erfasst.

Die Korrelationen der circa 2.500 zentralen Risikofaktoren werden je strategischem Geschäftsfeld und für den Gesamtbankausweis vollständig berücksichtigt. Über die genannten Regelungen hinaus wird der Risikogehalt der Positionen mittels Stresstests in einer Vielzahl unterschiedlicher Szenarien (historische, feste sowie exposurebezogene Szenarien) täglich untersucht und an die Vorstandsmitglieder berichtet.

Die Prognosegüte der Modelle wird mittels Clean Backtesting (das heißt Überprüfung der eintägigen Wertänderungen eines konstant gehaltenen Portfolios im Nachhinein) ermittelt. Seit dem Jahr 2002 wurden bei Backtestüberprüfungen Ergebnisse erzielt, die eine hohe Prognosegüte bestätigen. Die Gültigkeit der Modellannahmen wird durch weitere mathematische Methoden regelmäßig analysiert.

Es erfolgt eine untätige Überwachung von Risiken, Ergebnissen und der Limiteinhaltung in den Handelsbereichen. Dies ermöglicht auch im Tagesverlauf eine effektive Überwachung der Handelsaktivitäten.

### ***Risikoabsicherung***

Die im Handel eingegangenen Risikopositionen werden über Zins- und Aktienderivate und in kleinerem Umfang auch Kredit- und Wechselkursderivate abgesichert.

Zum Ausgleich gegenläufiger Wertänderungen, insbesondere Zinsrisiken, wurden Bewertungseinheiten in Form von Mikro Hedge Accounting gebildet. Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf unsere Darstellung im Anhang beziehungsweise in den Notes.

## **.Immobilienrisiken**

Das Immobilienportfolio der Bank umfasst Objekte, die von der LBB selbst oder von Tochterunternehmen gehalten werden. Hinzu kommen Finance Lease-Objekte sowie Objekte in Fonds, an denen die LBB beteiligt ist. Ein großer Teil des Exposure entfällt auf selbstgenutzte Verwaltungsgebäude innerhalb Berlins. Ziel ist es, den fremdgenutzten Teil des Immobilien-Portfolios weiter abzubauen.

Das Immobilienrisiko bezeichnet die Gefahr, durch Wertänderungen Verluste gegenüber dem aktuellen Marktwert zu erleiden.

Die Risiken werden regelmäßig überwacht und nach dem Value-at-Risk-Verfahren gemessen. Das Exposure (aktuelle Buchwerte, Impairment- beziehungsweise Gutachtenwerte) der Objekte wird einzelnen standort- und nutzungsbezogenen Immobilienindizes zugeordnet, deren Volatilität auf Basis der Preisentwicklung der vergangenen 15 Jahre berechnet wird. Bei der Aggregation der Risiken werden auch Korrelationen zwischen den Immobilienindizes berücksichtigt.

Im Rahmen der gesamtbankweiten Stresstests werden die Modellparameter Fair Value der Immobilien und die Werte für die Immobilienindizes variiert. Aufgrund der Zusammensetzung des Portfolios und der Risikostrategie sind hinsichtlich Risikokonzentrationen keine weiteren Steuerungsmaßnahmen notwendig. Die Überwachung der Risikokonzentrationen erfolgt qualitativ über regelmäßige Risikoanalysen und das Reporting im Top Management Report.

Die Steuerung der Immobilienrisiken erfolgt auf Basis eigenständiger Limite sowohl für den Konzern als auch für die strategischen Geschäftsfelder. Deren Auslastung wird turnusmäßig überwacht. Das Reporting erfolgt vierteljährlich. Das Risiko ist im Jahresverlauf 2010, im Wesentlichen aufgrund von Anpassungen der Objektwerte an die aktuellen Marktbedingungen, um 3,5 % (Konzern LBBH 2,2 %) gesunken.



## **.Operationelle Risiken**

Das operationelle Risiko wird gemäß § 269 Abs. 1 SolvV definiert als die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten. Diese Definition schließt Rechtsrisiken ein, beinhaltet aber nicht strategische Risiken und Reputationsrisiken. Unter Rechtsrisiken werden die Risiken aus der Verletzung geltender sowie sich ändernder rechtlicher Bestimmungen, insbesondere von vertraglichen, gesetzlichen oder gerichtlich entwickelten Rechtsvorschriften verstanden. Dies umfasst das Risiko von Verstößen gegen Rechtsbestimmungen aufgrund von Unkenntnis, nicht ausreichend sorgfältiger Rechtsanwendung (nachlässige Interpretation), fahrlässigen Handelns oder nicht zeitgerechter Umsetzung.

Generell wird angestrebt, die Verluste aus operationellen Risiken, die den Geschäftserfolg des Konzerns nachhaltig beeinträchtigen können, soweit möglich zu minimieren. Die auf Geschäftsfeld- und Bereichsebene dafür zu definierenden Ziele und Maßnahmen werden von den verantwortlichen dezentralen Risikomanagern bestimmt.

## ***Organisationsstruktur***

Das Controlling operationeller Risiken wird zentral vom Bereich Risiko und Controlling verantwortet. Diese unabhängige Einheit ist für die Entwicklung und Pflege eines Rahmenwerks zum Management operationeller Risiken verantwortlich, das Strategie, Grundsätze und Verfahren der Identifizierung, Messung, Bewertung, Überwachung, Analyse und Berichterstattung sowie die Entwicklung von Verfahren zur Steuerung des operationellen Risikos umfasst. Der Bereich Risiko und Controlling sorgt zugleich für die Umsetzung und Anwendung des Regelwerks. Außerdem befasst sich die Einheit mit der Überwachung und Anwendung bestehender und neuer aufsichtsrechtlicher Auflagen zum Thema operationelle Risiken. Änderungen des Rahmenwerkes werden dem Vorstand zur Abstimmung vorgelegt.

Gemäß der Strategie des Konzerns für operationelle Risiken obliegen die Umsetzung des oben genannten Rahmenwerks und das tägliche Management operationeller Risiken den Unternehmensbereichen im Rahmen ihrer Ergebnisverantwortung.

Das OpRisk-Komitee ist ein Gremium für alle Fragen zum Controlling und Management operationeller Risiken. Es unterstützt den Vorstand bei der Wahrnehmung seiner Überwachungsfunktion bei operationellen Risiken. Das Komitee setzt sich aus den Vertretern der Geschäftsbereiche sowie der zentralen Bereiche und Konzerngesellschaften zusammen. Das Gremium dient unter anderem dem Informationsaustausch über neue Controlling-Instrumente und über die aktuelle Risikoentwicklung sowie der Klärung von Fragen zu operationellen Risiken (zum Beispiel zu neuen aufsichtsrechtlichen Regelungen). Auch dient es der Förderung der Risikokultur in der Bank. Über die gefassten Beschlüsse des OpRisk-Komitees wird der verantwortliche Ressortvorstand (Risikovorstand) in Kenntnis gesetzt.

### ***Risikosteuerung und -überwachung***

Das operationelle Risiko ist in das Risikotragfähigkeitskonzept zur Gesamtrisikosteuerung der LBB einbezogen. Auf Basis des konzernweit gültigen Rahmenwerks wird das operationelle Risiko gesteuert. Dabei wird das operationelle Risikoprofil im Vergleich zur Risikoneigung der LBB festgelegt; zudem werden Maßnahmen und auch Prioritäten zur Risikominde- rung definiert. Die aktuelle Situation operationeller Risiken wird dem Gesamtvorstand monatlich berichtet. Spezielle Detailreports über operationelle Risiken für die einzelnen strategischen Geschäftsfelder werden jährlich erstellt und dem zuständigen Vorstand und den dezentralen OpRisk-Verantwortlichen (Risikomanagern) zur Verfügung gestellt.

Zur effizienten Steuerung des operationellen Risikos werden verschiedene Instrumente angewendet. Dies beinhaltet unter anderem:

- das Self-Assessment (qualitative OpRisk-Inventur), welches nach dem Bottom-up-Ansatz durchgeführt wird,
- die Szenarioanalyse, welche zur Bestimmung des Verlustpotenzials der kritischen Szenarien der Bank verwendet wird,
- die Schadensfallsammlung (intern/extern),
- das Frühwarnsystem (Erfassung und Überwachung von Risikoindikatoren),
- das Maßnahmencontrolling (identifizierte Maßnahmen aus Schadensfällen beziehungsweise Risikoindikatoren und Self-Assessment werden erfasst und überwacht),
- den Risikotransfer durch Versicherungsschutz.

Der Konzern hat eigene Software-Tools zur Erarbeitung/Verwaltung und zum Reporting der oben genannten Daten entwickelt.

## **Messung der operationellen Risiken**

Für die aufsichtsrechtliche Eigenkapitalanforderung verwendet die LBB derzeit den Standardansatz gemäß § 272 SolvV. Nach den Vorschriften des Standardansatzes wurde im Jahr 2010 eine regulatorische Eigenkapitalunterlegung für die LBB in Höhe von 144 Mio. € (Konzern LBBH 212 Mio. €) ermittelt. Die LBB hat sich im Jahr 2010 einer Prüfung zur Zertifizierung eines fortgeschrittenen Messmodells zur Berechnung der Eigenkapitalunterlegung für operationelle Risiken (AMA – Advanced Measurement Approach) unterzogen. Die Prüfung wird 2011 fortgesetzt.

Die LBB hat ihr internes Modell zur Berechnung des ökonomischen Kapitals im Rahmen des Risikotragfähigkeitskonzepts auf Basis der gesetzlichen Anforderungen zur Anwendung eines AMA verfeinert. Die Modellkomponenten sind:

- Loss Distribution Approach (vergangenheitsorientierte Verlustverteilung),
- Ausprägungen der Risikoindikatoren (Bewertung anhand eines Ampelstatus),
- Schadensanalyse, insbesondere der Großschäden (intern/extern),
- Szenarioanalyse (Festlegung des zukünftigen Verlusts für die kritischen Szenarien).

In Zusammenarbeit mit dem Datenkonsortium OpRisk (DakOR) wurde der Katalog der signifikanten Szenarien operationeller Risiken ergänzt beziehungsweise überarbeitet. Diese Szenarien werden in der Szenarioanalyse diskutiert und bewertet. Zur Bewertung der Szenarien werden unter anderem neben den internen Schäden auch die Schäden aus DakOR und der öffentlichen Schadenfallsammlung (ÖffSchOR) herangezogen. Der Loss Distribution Approach (LDA) ist ein statistisch-mathematisches Modell zur Bestimmung von Verlusthäufigkeiten und -höhen, welches auf Analysen historischer Schadensfälle basiert und in den Prozess der Bestimmung des operationellen Risikos (Bestimmung des ökonomischen Kapitals) integriert ist. Es werden regelmäßig entsprechende vergangenheits- und zukunftsorientierte Risikoindikatoren untersucht, um rechtzeitig eine negative Entwicklung der Risiken zu erkennen. Das Ergebnis aus dem Zusammenspiel der Modellkomponenten ist eine spezifische Risikoschätzung für jedes untersuchte strategische Geschäftsfeld. Diese ergibt in der Aggregation über alle strategischen Geschäftsfelder und einbezogenen Konzerngesellschaften das operationelle Risiko des Konzerns (ökonomische Kapitalanforderung).

Die Risikoberechnung nach dem internen Modell ergab per 31. Dezember 2010 für die LBB einen Wert von 88 Mio. € (Konzern LBBH 120 Mio. €), der in der Risikotragfähigkeitsberechnung des Konzerns berücksichtigt ist. Die Veränderung zum Vorjahr ergibt sich im Wesentli-

chen aufgrund des Methodenwechsels von einer eher szenariobasierten Modellierung des ökonomischen Kapitals zu einem an die AMA-Anforderungen gemäß Solvabilitätsverordnung angelehnten Modell.

### ***Betrugsprävention***

Im November 2009 hat der Vorstand beschlossen, dass die Einheit Compliance die Koordinierungsfunktion für alle Aktivitäten "Betrügerischen Handlungen vorbeugen" konzernweit ausüben soll. Das bisherige dezentrale Aktivitätennetzwerk in der LBB und ihren Tochterunternehmen wird weitergeführt.

Der Umfang und die Gestaltung dieses neuen Kernprozesses in Compliance ergeben sich aus der noch im Gesetzgebungsverfahren befindlichen neuen Fassung des § 25c KWG sowie aus noch von der BaFin zu erwartenden Durchführungsbestimmungen.

Compliance übernimmt für die Betrugsprävention des Konzerns auch die Außenvertretung beispielsweise gegenüber Staatsanwaltschaften sowie Aufsichtsbehörden.

Die Ergebnisse der Feststellungen und Tätigkeiten zum Thema Betrugsprävention werden von Compliance in der mindestens einmal jährlich zu veröffentlichenden Gefährdungsanalyse niedergelegt. Dabei wird die Wirksamkeit der dezentralen Schlüsselkontrollen (zum Beispiel Vieraugenprinzip, Kontrollen zu Personen- und Gebäudesicherheit) und zentralen Schlüsselkontrollen (Funktionalität des internen Kontrollsystems, maschinelle Kontrollen zu Insidervergehen, Marktmanipulation, Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung, Embargoverstößen sowie Konto- und Kundenbetrug) als präventive Sicherungsmittel seitens des Konzerns analysiert.

## ***Personalrisiken***

Die LBB überwacht und steuert das Personalrisiko gemäß den nachfolgend genannten vier Risikofaktoren der MaRisk mit dem Ziel, negative Tendenzen zu identifizieren und geeignete Maßnahmen einzuleiten, um Risiken zu verhindern beziehungsweise zu minimieren:

- **Fluktuationsrisiko:** Durch geeignete Vertretungsregelungen in den Unternehmensbereichen wird dafür Sorge getragen, dass das Ausscheiden von Mitarbeitern nicht zu nachhaltigen Störungen der Betriebsprozesse führt.
- **Verfügbarkeitsrisiko:** Die Steuerung der qualitativen und quantitativen Personalausstattung wird auf Basis der individuellen Ziele und Anforderungen der Unternehmensbereiche, insbesondere der Geschäftsaktivitäten, der Risikostrategie und der Risikosituation, vorgenommen.
- **Qualifikationsrisiko:** Die Bank führt zielgerichtete Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen durch, damit das Qualifikationsniveau der Mitarbeiter fortlaufend dem aktuellen Stand der Entwicklungen entspricht.
- **Motivationsrisiko:** Durch spezielle Vergütungs- und Incentive-Programme wird Fehlanreizen beziehungsweise Interessenskollisionen entgegengesteuert. Hierzu hat die Bank gemäß den Anforderungen der MaRisk einen Vergütungsausschuss eingerichtet, der die Konformität zu den aufsichtsrechtlichen Erfordernissen beobachtet und dem Vorstand regelmäßig berichtet.

Weiterhin wird dolosen Handlungen durch ein umfangreiches internes Kontrollsystem entgegengewirkt.

## ***IT- und Systemrisiken***

Außergewöhnliche IT- und Systemrisiken können aus unzureichender Sicherheit und Qualität sowie aus Fehlleistungen oder Störungen wesentlicher IT-Systeme und -Prozesse resultieren.

Derzeit werden in der LBB keine bestandsgefährdenden IT- und Systemrisiken mit hoher Eintrittswahrscheinlichkeit erwartet. Durch die konsequente Steuerung und Weiterentwicklung von Technologien, Infrastrukturelementen und IT-Prozessen unter Abwägung der Faktoren Wirtschaftlichkeit, Dringlichkeit (gesetzliche oder technologische Notwendigkeit), Innovation und Risiken ist ein geordneter IT-Betrieb auch für die Zukunft sichergestellt. Die

Restrukturierungs- und Qualitätsziele sowie die Umsetzung gesetzlicher Anforderungen wurden erreicht.

Das IT-Risikomanagement ist zentral und ganzheitlich definiert und beinhaltet eine ständige Risikosensibilisierung der Mitarbeiter sowie eine regelmäßige Risikobetrachtung im Rahmen etablierter Verfahren. Zur Risikoidentifikation werden periodisch definierte Risikoindikatoren untersucht. Dies ermöglicht es der LBB, operative IT-Risiken zu erkennen und risikoreduzierende Maßnahmen einzuleiten.

Die Qualität der Informationssicherheit orientierte sich bisher an der ISO-Norm 27002. Im Zusammenhang mit der OSPlus-Migration zur Finanz Informatik GmbH & Co. KG hat sich die Landesbank Berlin nun vertraglich verpflichtet, den Best Practice Standard „Sicherer IT Betrieb“ der Finanz Informatik als neuen Informationssicherheitsstandard im Konzern zu etablieren. Die Finanz Informatik hat den SIZ-Standard "Sicherer IT-Betrieb" zu einem „Best Practice“-Standard für Finanzinstitute (SITB) verdichtet. Der SITB ist selbst ein zertifizierbarer Standard, stellt aber darüber hinaus die Einhaltung von nationalen und internationalen Standards und Regelwerken sicher. Im SITB werden nicht nur die wichtigsten Standards bezüglich Sicherheitsmanagement (ISO/IEC 27001:2005, ISO/IEC 27002:2005) berücksichtigt, sondern auch Betriebsführungs- (ITIL) und Prüfungsstandards (zum Beispiel IDW, COBIT) sowie branchen- oder organisationsspezifische Standards. Insofern ist mit der Neuorientierung der LBB am SITB eine Steigerung der Sicherheitsanforderungen verbunden, um nachhaltig ein höheres Sicherheitsniveau zu erreichen.

Der Konzern hat ein umfassendes Regelwerk zur Informationssicherheit sowie die erforderlichen Organisationsstrukturen und Verfahren implementiert. Durch die in der Branche üblichen Qualitätsstandards bei der Ausgestaltung der IT-Systeme und -Prozesse sowie durch die Orientierung an Best Practices werden die Integrität, Verfügbarkeit und Vertraulichkeit der Informationen und Informationsgüter sichergestellt.

Eine kontinuierliche und unabhängige Auditierung des Informationssicherheitsmanagementsystems (ISMS) erfolgt durch das SIZ (Sparkassen Informatikzentrum).

Ebenso wird das Qualitätsmanagement konsequent weiter entwickelt. So wurde der BankenService als wesentliches Auslagerungsunternehmen nach DIN EN ISO 9001:2000 im Jahr 2009 zertifiziert. Die Aufrechterhaltung der Geschäftsfähigkeit im Krisen- oder Notfall wird regelmäßig durch entsprechende Zertifizierungen und Notfallübungen erfolgreich nachgewiesen.

Im Fokus des IT-Projektportfolios im Jahr 2010 standen die Umsetzung und Weiterentwicklung von Projekten zur

- Erfüllung geänderter gesetzlicher und regulatorischer Anforderungen,
- Optimierung des Daten- und Qualitätsmanagements,
- Modernisierung, Konsolidierung, Standardisierung, Integration der IT-Infrastruktur und IT-Prozesse sowie
- Migration auf den OSPlus-Standard der Finanz Informatik bis April 2011.

Die Steuerung operationeller Risiken und die Notfallvorsorge sind wesentliche Elemente der Projektanforderungen. Damit ist auch künftig sichergestellt, dass Projekte regelmäßig zur Reduzierung operationeller Risiken beitragen.

### ***Sicherheits- und Notfallpläne***

Für das Management von Katastrophensituationen hat die LBB einen Krisenstab gebildet, der im Krisenfall Entscheidungs- und Leitungsfunktionen wahrnimmt. Dazu finden regelmäßig Übungen statt.

Darüber hinaus verfügt die LBB vor dem Hintergrund der laufenden Sicherung des Bankbetriebs und der Reduzierung von Verlusten für den Fall schwerer Betriebsstörungen auf ein Minimum über eine detaillierte Informationssicherheitspolitik und eine umfangreiche schriftliche Notfallplanung für kritische und hochkritische Geschäftsprozesse. Auch für diese Prozesse finden regelmäßige Notfallübungen statt.

Die LBB hat für die Koordination und die Überwachung der Informationssicherheit, der Aktualität der Notfallpläne inklusive der erforderlichen Notfallübungen einen Chief Security Officer (CSO) benannt.

Eine enge Zusammenarbeit der Einheit Operationelle Risiken im Bereich Risiko und Controlling mit den Kernkompetenzbereichen (zum Beispiel CSO, Arbeitsgruppe Informationssicherheit und Notfallplanung für IT und Non-IT) erfolgt in regelmäßigen Arbeitstreffen und Komitees.

## ***Outsourcing***

Die Bank führt regelmäßig eine Risikoanalyse für MaRisk-relevante Auslagerungen zur Bestimmung der Wesentlichkeit durch. Die Risikoanalyse stellt Kriterien zur Ermittlung der Risikosituation beim Dienstleister sowie Risikogesichtspunkte zur Ableitung der Wesentlichkeit bereit.

Ferner wurde ein Internes Kontrollsystem für Leistungsüberwachende Stellen (IKS LÜS) im Bereich Organisation implementiert. Das IKS LÜS überwacht die Durchführung der Leistungsüberwachung und steht als zentrale Evidenz zum Thema Leistungsüberwachung zur Verfügung.

Die Wahrung des Datenschutzes bei der Beauftragung von externen Dienstleistern, derer sich die LBB im Rahmen von Auftragsdatenverarbeitungen bedient, wird durch detaillierte, verbindliche interne und vertragliche Regelungen und Prozessabläufe sichergestellt.

Die entsprechenden Auftragnehmer werden von der LBB sorgfältig ausgewählt. Die Bank überzeugt sich regelmäßig von den beim Auftragnehmer getroffenen technischen und organisatorischen Maßnahmen zur Einhaltung von Datenschutz und Datensicherheit.

## ***Rechtsrisiken***

Rechtsrisiken werden grundsätzlich durch die Beobachtung des rechtlichen Umfelds, die Vorgabe von Richtlinien und die Verwendung von Standardverträgen begegnet. Für Rechtsrisiken sind ausreichend Rückstellungen gebildet.

### Haftungsfreistellungserklärungen der LBB und der IBG

Wie bereits in den Lageberichten der Vorjahre dargestellt, haben die LBB beziehungsweise die Immobilien- und Baumanagement der BIH-Gruppe GmbH (IBG), vormals firmierend unter Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH, natürlichen Personen in den Jahren 1994 bis 1997 so genannte Freistellungserklärungen zur Verfügung gestellt, durch die diese von ihrer unbeschränkten Komplementärhaftung in diversen Immobilienfonds gegenüber Dritten durch die LBB beziehungsweise die IBG freigestellt wurden.



Die BaFin hat mitgeteilt, dass sie die Freistellungserklärungen als zivilrechtlich unwirksam betrachte. LBB und IBG vertreten ebenfalls diese Auffassung. Damit haben die Freistellungserklärungen handels- und aufsichtsrechtlich keine Relevanz.

#### Risiken aus der Umsetzung der Detailvereinbarung und aus der Veräußerung der wesentlichen im Immobiliendienstleistungsgeschäft tätigen Konzerngesellschaften an das Land Berlin

Der Konzern der Landesbank Berlin Holding AG (Konzern) ist durch die „Detailvereinbarung über die Abschirmung des Konzerns der Bankgesellschaft Berlin AG von den wesentlichen Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft“ (DetV) vom 16. April 2002 durch das Land Berlin weitestgehend abgeschirmt. Die Abschirmung bezieht sich unter anderem auf bestimmte Patronate sowie auf die von den Konzernbanken herausgelegten Kredite an bestimmte Unternehmen des Immobiliendienstleistungsgeschäfts (IDL). Für die Übernahme der verschiedenen Garantien ist von der Holding eine Avalprovision, die sich zumindest bis einschließlich des Jahres 2011 auf 15 Mio. € pro Jahr beläuft, zu zahlen. Daneben wurde ein an bestimmte Bedingungen geknüpfter Besserungsschein vereinbart, dessen Kosten von der Holding als der Hauptbegünstigten der DetV allein zu tragen sind.

Etwaigen Abwicklungsrisiken wird durch die einvernehmliche Abstimmung von Handlungsweisen mit der vom Land Berlin installierten Berliner Gesellschaft zum Controlling der Immobilien Altrisiken mbH (BCIA) sowie durch ein geeignetes Risikomanagement begegnet.

## **Rechnungslegungsbezogenes internes Kontroll- und Risikomanagementsystem**

Die LBB übernimmt neben der eigenen Rechnungslegung auf der Grundlage von Geschäftsbesorgungsverträgen auch Aufgaben der Rechnungslegung für die LBBH sowie die RVG. Für die LBB und die LBBH umfasst die Rechnungslegung, neben der laufenden Finanzbuchhaltung, insbesondere die Erstellung von HGB-Jahres- und IFRS-Konzernabschlüssen. Für die RVG werden IFRS-Konzernabschlüsse erstellt. Die Zuständigkeit für die Rechnungslegung obliegt dem Bereich Finanzen. Die Rechnungslegungsprozesse sind standardisiert und unterliegen kontinuierlichen Kontrollen, die im Rahmen der Gesamtstrategie zur Risikobegrenzung durchgeführt werden.

Hierbei werden IDW PS 261 sowie DRS 15 zugrunde gelegt. Das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem (IKS) umfasst die Grundsätze, Maßnahmen und Verfahren (Regelungen) zur Sicherung der Ordnungsmäßigkeit und Verlässlichkeit der Rechnungslegung, Einhaltung der maßgeblichen rechtlichen Vorschriften und die Sicherstellung der Wirksamkeit der Kontrollen in Bezug auf die Rechnungslegung. Das rechnungslegungsbezogene interne Risikomanagementsystem (RMS) umfasst Maßnahmen zur Identifizierung, Bewertung und Begrenzung der Risiken, die dem Ziel der Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätze der HGB-Jahres- und IFRS-Konzernabschlüsse entgegenstehen.

Die Implementierung der Kontrollen erfolgt auf Basis der Beurteilung von Angemessenheit, Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit.

Ziel des IKS ist es, die auftretenden Geschäftsvorfälle in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften, der Satzung und anderen internen Richtlinien vollständig, zeitnah und richtig zu erfassen, zu verarbeiten und zu dokumentieren sowie Aktiva und Passiva im Abschluss zutreffend anzusetzen, auszuweisen und zu bewerten und somit Erfolge sachgerecht zu ermitteln. Die Kontrollen dienen auch dem Zweck, diese Abschlussinformationen möglichst zeitnah, verlässlich und vollständig bereitzustellen.

Bestandteile des rechnungslegungsbezogenen IKS sind prozessintegrierte und prozessunabhängige Maßnahmen. Die prozessintegrierten Maßnahmen umfassen organisatorische Sicherungsmaßnahmen wie Funktionstrennung, Zugriffsbeschränkungen, Richtlinien und Kompetenzregelungen sowie Kontrollen durch manuelle Soll/Ist-Vergleiche und program-

mierte Plausibilitätsprüfungen. Die prozessunabhängigen Maßnahmen bestehen in Form von Prüfungen der internen Revision und übergeordneten Durchsichten durch das Management. Das rechnungslegungsbezogene RMS besteht im Einklang mit der Gesamtrisikostategie aus quantitativen und qualitativen Methoden zur Risikoerfassung (Schadenfalldatenbank, Self Assessment sowie Risikoindikatoren), Maßnahmen zur Risikosteuerung und -überwachung sowie der regelmäßigen Berichterstattung.

Die Zuständigkeit für die Rechnungslegung obliegt dem Bereich Finanzen und unterstand im Geschäftsjahr 2010 nach dem Geschäftsverteilungsplan dem Vorstandsressort von Herrn Dr. Veit. Zum 1. Januar 2011 hat Herr Dr. Evers die Zuständigkeit übernommen.

Für die Bewertung der Finanzinstrumente greift Finanzen auf die Kursversorgung des Bereiches Risiko und Controlling zurück, der nach dem Geschäftsverteilungsplan dem Vorstandsressort von Herrn Müller zugeordnet ist. Die Bewertung der Kreditrisiken erfolgt in den Bereichen Kredit und Risikobetreuung, dem Vorstandsressort von Herrn Müller, und wird für den Prozess der Abschlusserstellung übernommen.

Durch den Bereich Finanzen werden zentral einheitliche Vorgaben für die Erstellung von HGB-Jahres- und IFRS-Konzernabschlüssen sowie für Steuerbilanzen gemacht. Für die Erstellung von Konzernabschlüssen erfolgt dies insbesondere durch ein Konzernhandbuch.

Die LBB hat eine Prozess- und Verfahrensdokumentation für die Erstellung von Abschlüssen, welche auch die durchzuführenden Kontrollen im Prozess umfasst. Die Geschäftsvorfälle werden mittels IT-Systemen verarbeitet und gebucht. Die Handelsbücher und sonstigen Bestandsnachweise werden in elektronischer Form geführt.

Das zentrale Finanzbuchführungssystem in der LBB ist SAP ECC, Modul FI. Die Konsolidierung im Konzern erfolgt mittels SAP SEM, Modul BCS. Das Rechnungswesen ist in der Weise eingerichtet, einem sachverständigen Dritten innerhalb einer angemessenen Zeit einen Überblick über die Geschäftsvorfälle und über die finanzielle Lage vermitteln zu können. Sofern das Rechnungswesen für die in den Konzernabschluss einbezogenen Tochterunternehmen nicht durch die LBB erfolgt, haben diese individuelle Softwareanwendungen und eigene Prozesse und Kontrollen für ihr Rechnungswesen im Einsatz. Eine interne Revision überwacht jeweils die Einhaltung des Regelsystems.

Die Steuerung der Risiken in der Rechnungslegung ist Bestandteil der Steuerung operationeller Risiken. Das Management der operationellen Risiken wird ausführlich separat beschrieben.

Implizierter Bestandteil des Prozesses zur Rechnungslegung sind Kontrollen, die systemgestützte Abgleiche, Einzelkontrollen, Stichproben, Plausibilitätsprüfungen sowie Abgleiche zu vorhandenen Datenquellen zum Gegenstand haben.

Die interne Revision führt als unternehmensinterne und unabhängige Stelle prozessunabhängige Maßnahmen durch, um die Einhaltung der Regelungen und damit die Wirksamkeit des IKS zu überwachen. Die interne Revision berücksichtigt dies in ihrer rollierenden Jahresplanung und führt regelmäßig in den Bereichen Finanzen und Informationstechnologie Prüfungen durch. Daneben sind Kontrollen durch das Management (high-level controls) in Form eines Berichts- und Anweisungswesens installiert.

Werden bei Kontrollen Abweichungen und Fehler festgestellt, erfolgt die Evaluierung und Überarbeitung der betroffenen Rechnungslegungsprozesse sowie der relevanten Kontrollen.

## **Sonstige Risiken**

### ***Geschäftspolitische und strategische Entscheidungen***

Unter strategischem Risiko versteht die Bank das Risiko einer Verfehlung der langfristigen Unternehmensziele infolge von fehlerhaften, unvorbereiteten oder auf falschen Annahmen beruhenden strategischen Entscheidungen. Die Steuerung des strategischen Risikos erfolgt durch den Gesamtvorstand; bestimmte Entscheidungen bedürfen zudem der Zustimmung des Aufsichtsrats.

Die durch den Vorstand der LBB verabschiedete und regelmäßig aktualisierte Gesamtbankstrategie stellt die Zusammenfassung der Strategien aller Geschäftsfelder, Marktfolgebereiche und Corporate Center dar und besteht aus dem Strategiedokument, den strategischen Bereichszielen und der Planung. In der jährlichen Strategieklausur werden die langfristigen Unternehmensziele und die strategischen Rahmenbedingungen vom Vorstand festgelegt.

Die Überwachung und Steuerung der strategischen Ziele der strategischen Geschäftsfelder und Bereiche erfolgen einmal jährlich anhand der definierten Zielerreichungsindikatoren und Zielwerte. Zusätzlich erfolgt eine unterjährige Überwachung ausgewählter Finanz- und Risikoziele anhand standardisierter Reports.

Planabweichungen bei den Ergebniszielen sind als Frühwarnindikatoren zu werten. In diesen Fällen werden adäquate Maßnahmen eingeleitet und deren Erfolg überprüft. Der Report wird regelmäßig in den Vorstandssitzungen präsentiert.

## **Chancen- und Prognosebericht / Ausblick**

### **Erwartete Entwicklung / Einschätzung der wirtschaftlichen Lage**

Das weltwirtschaftliche Umfeld bleibt für die deutsche Wirtschaft günstig. Doch dürften Aufholeffekte aus der Rezession eine geringere Rolle als im Vorjahr spielen, so dass sich der Wirtschaftsgang im Jahresverlauf etwas verlangsamt. An der Peripherie der Eurozone (Portugal, Italien, Irland, Griechenland, Spanien) werden die Sparbemühungen fortgesetzt, die Binnennachfrage bleibt hier schwach. Zudem büßt die finanzpolitische Stimulanz in den USA Wirkung ein. Auch das Konsumwachstum bildet sich zurück, weil die Privathaushalte weiterhin nur geringe Einkommenssteigerungen erzielen und ihre Sparanstrengungen fortsetzen. Positiv macht sich hingegen bemerkbar, dass die Liquiditätsbedingungen weltweit großzügig bemessen bleiben. Investitionen können zudem verstärkt aus unternehmenseigenen Reserven finanziert werden.

Die Wachstumsrate in der Region Berlin-Brandenburg wird sich wieder dem Bundesdurchschnitt angleichen. Im Trend ist von einer fortgesetzten Aufholbewegung und einem insgesamt schwankungsärmeren Konjunkturverlauf auszugehen. Nicht zuletzt der Ausbau des Tourismus wirkt stabilisierend. Wachstumskerne bleiben darüber hinaus die Bereiche unternehmensnahe Dienstleistungen, Bio- und Medizintechnik, Verkehrstechnik sowie die Informations- und Kommunikationstechnik. Jedoch ist diese Region geprägt durch eine im Bundesvergleich schwächere Einkommens- und Vermögensstruktur der Privathaushalte sowie durch Unternehmen überwiegend in kleineren Umsatzgrößenklassen.

Die Preissteigerung dürfte im Tempo leicht anziehen, weil haushaltsbezogene Konsolidierungsmaßnahmen belasten und die Unternehmen höhere Vorleistungspreise noch überwälzen werden. Die EZB wird mögliche Störungen durch die derzeit großzügige Liquiditätsausstattung vermeiden und Laufzeiten und Volumina ihrer Tenderoperationen strikter handhaben wollen. Mit Rücksicht auf die zugespitzte Verschuldungssituation an der Peripherie der Eurozone und den damit verbundenen Risiken für den Bankensektor ist ein behutsames Vorgehen der Zentralbank wahrscheinlich. In erster Linie wird diese Problematik aber durch staatliche Auffanglösungen entschärft, so dass von einer schrittweisen Normalisierung der Geldpolitik auszugehen ist.

Das Kreditgewerbe wird sich weiterhin in einem schwierigen Umfeld bewegen. Die Ertragschancen aus der Fristentransformation bleiben bei immer noch steiler Zinsstruktur auskömmlich. Dem stehen aber Risiken gegenüber, die im Kontext der Rücknahme der stimulierenden Geldpolitik und einer insgesamt volatileren Marktentwicklung bestehen. Diese Konstellation wird mit schwierigeren Refinanzierungsbedingungen für die Kreditinstitute einhergehen, zumal auch die höheren Anforderungen an Eigenkapital und Liquidität für zusätzliche Herausforderungen sorgen.

### **Geschäftliche Ausrichtung**

Unter Berücksichtigung unserer Einschätzung zur wirtschaftlichen Lage ist die LBB weiter darauf ausgerichtet, in ihren vier strategischen Geschäftsfeldern zu wachsen, durch Investitionen Marktchancen zu nutzen und die Qualität der Produkte und Dienstleistungen stetig zu verbessern. Die LBB nimmt eine zunehmend stärkere Rolle als Dienstleister in der Sparkassen-Finanzgruppe ein.

Die LBB hat eine starke Marktstellung in ihrer Kernregion Berlin-Brandenburg. Die überregionale Ausrichtung des Immobilienfinanzierungsgeschäfts sowie das überregionale Kreditkarten- und Konsumentenkreditgeschäft sollen die begrenzten Wachstumschancen in der Kernregion ausgleichen.

Seit der Umstellung der Konzernrechnungslegung auf die International Financial Reporting Standards (IFRS) im Jahr 2005 erfolgt die Steuerung des Konzerns auf Basis des IFRS-Rechenwerks. Die strategischen Geschäftsfelder werden anhand folgender IFRS-Erfolgskennziffern gesteuert:

- Operatives Ergebnis/Ergebnis vor Steuern,
- Eigenkapitalrentabilität,
- Cost-Income-Ratio.

Die Eigenkapitalrentabilität ist der Quotient aus „operativem Ergebnis/Ergebnis vor Steuern“ und „gebundenem Eigenkapital“. Das gebundene Eigenkapital der Segmente ist das nach einem ökonomischen Verfahren erforderliche Kapital.

Die Cost-Income-Ratio wird gebildet als Quotient aus Verwaltungsaufwand und Summe aus Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss, Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen, Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten, Ergebnis aus Finanz-

anlagen, Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen sowie dem sonstigen betrieblichen Ergebnis.

Auf Konzern- und Einzelinstitutsebene treten eine angemessene Eigenmittel-/Liquiditätsausstattung, das HGB-Ergebnis und die Dividendenentwicklung als Steuerungsgrößen hinzu.

### **Entwicklung der strategischen Geschäftsfelder**

Die Fortsetzung der konjunkturellen Erholung in Verbindung mit steigenden Kursen an den Börsen bietet dem Konzern Chancen für eine verstärkte beziehungsweise wiederbelebte Produktnachfrage der Retail- und Geschäftskunden. Darüber hinaus dürften sich positive Effekte für die Bewertung der strategischen Portfolien ergeben.

Die Refinanzierungssituation erlaubt eine weiterhin kontinuierliche Ausweitung der Geschäfte. Der Konzern wird in seinem traditionellen Geschäft allen Kunden uneingeschränkt zur Verfügung stehen.

Vor dem Hintergrund der Entwicklung des Marktumfeldes sowie der beschriebenen geschäftlichen Ausrichtung werden in den einzelnen Geschäftssegmenten folgende Entwicklungen erwartet.

#### ***Private Kunden***

Die 2009 eingeführten Girokontenmodelle haben sich als Instrumente zur Kundenbindung und zur Ausweitung der marktführenden Position (Marktanteil bei Privatgirokonten in Berlin 42 %) im Regionalgeschäft bereits bewährt. Die 2010 verzeichnete Nettosteigerung bei der Anzahl der Girokonten übertrifft im zweiten Jahr noch die bereits hervorragende Entwicklung aus 2009. Wir gehen auch weiterhin von einer wachsenden Marktakzeptanz aus, da die Konten die hohe Servicequalität der Berliner Sparkasse mit einem fairen Preis verbinden. Der erste Platz im CityContest 2010 von Focus Money („Beste Bank in Berlin“) unterstreicht auch aus externer Sicht die Qualitätsführerschaft der Berliner Sparkasse.

Chancen ergeben sich aus der begonnenen Neustrukturierung des Vertriebes im Kernmarkt der Berliner Sparkasse und den erfolgten Investitionen in das überregionale Kreditkarten-, Direktbank- und Konsumentenkredit-Geschäft (S-Kreditpartner GmbH).



Die strategische Neuausrichtung des Vertriebs im Geschäftsfeld Private Kunden wurde im Projekt „Wege zum Kunden“ organisatorisch abgeschlossen. Die operative Umsetzung begann in der zweiten Jahreshälfte 2010 und wird Ende 2012 beendet sein. Die Beratungsqualität unseres Hauses wird in den FinanzCentern neu gebündelt, die den PrivatkundenCentern an die Seite gestellt sind. Für vermögende Kunden stehen unverändert die VermögensanlageCenter zur Verfügung. Dies ermöglicht eine intensivere Kundenbetreuung und eine verbesserte Nutzung unserer Kompetenzen durch die Kunden. Die Gründung der Vertriebsbereiche „Direkt“ und „Mobile Beratung“ unterstützt die Geschäftstätigkeit mit unseren Kunden, die einen medialen Kontakt zu ihrer Bank dem Besuch in einer Vertriebsstelle vorziehen beziehungsweise einen Besuch ihres Beraters zu Hause wünschen. Das Projekt soll zu weiterem Wachstum des Geschäftsvolumens und damit einhergehenden Ertragssteigerungen führen.

Daneben wird die Konzentration auf das Anlagegeschäft und die Konsumentenfinanzierung fortgeführt. Im Wertpapiergeschäft wird erwartet, dass die Kunden aufgrund der guten Marktentwicklung im Jahr 2010 die Zurückhaltung und Sicherheitsorientierung wieder zugunsten einer größeren Renditeorientierung aufgeben.

Die mit der Absatzfinanzierung und der Kreditplattform für Sparkassen begonnene Expansion in der Konsumentenfinanzierung wird fortgeführt. Für Mitte 2011 wird die Gründung eines Gemeinschaftsunternehmens (S-Kreditpartner GmbH) mit der Deutsche Leasing vorbereitet. Darüber hinaus gibt es Aktivitäten zur Einbindung der readybank. Kerngeschäft der S-Kreditpartner GmbH werden Ratenkredite (Sparkassen-Privatkredit), KfZ-Finanzierungen und Händlereinkaufsfinanzierungen sein. Damit unterstützen wir aktiv die Bündelung der Kräfte zur Konsumentenfinanzierung innerhalb der Sparkassenorganisation. Ziel ist es, in der Vergangenheit verloren gegangenes Terrain der Sparkassen im Kreditgeschäft zurückzugewinnen und auch in diesem Geschäft eine der marktführenden Stellung der Sparkassen adäquate Position zu erreichen.

Im überregionalen Kartengeschäft sollen weitere Produktinnovationen zum Ausbau der Kundenbasis führen. Die Zusammenarbeit mit der netbank wird fortgeführt.

Die Neuorganisation der Vertriebsstruktur bis Ende 2012 erfordert Investitionen in den Umbau von Vertriebsstandorten, die Weiterqualifizierung von Mitarbeitern und den Ausbau des Direktbankgeschäfts über den Internetauftritt der Berliner Sparkasse und Direktwerbemaßnahmen.

Des Weiteren werden wir unser Augenmerk auf die Weiterentwicklung der Investment- und Kundenberatungsprozesse im qualifizierten Anlagegeschäft richten. Ziele sind die Steigerung der Wertpapierkompetenz und deren Wahrnehmung im Markt sowie der Ausbau des Geschäfts.

Risiken liegen in der Nichterreicherung des geplanten Geschäftswachstums im Wettbewerbsumfeld oder aufgrund von künftigen gesetzlichen oder regulatorischen Eingriffen in die Produkt- und Preisgestaltung.

Im Geschäft mit privaten Kunden erwarten wir steigende Erträge, temporär belastend werden sich die beschriebenen Investitionen auswirken. Das durch Sondereffekte beeinflusste Ergebnis 2010 wird in den kommenden zwei Jahren nicht erreicht werden.

### ***Firmenkunden***

Der Kernmarkt des Firmenkundengeschäfts ist Berlin und sein Umland. Das Geschäftsfeld Firmenkunden ist in diesem durch intensiven Wettbewerb geprägten Regionalmarkt mit unterdurchschnittlicher Wirtschaftskraft eine der führenden Banken.

In diesem Wettbewerbsumfeld gewinnen neben der Neukundenakquisition die Vertiefung bestehender Kundenbeziehungen durch aktive Kundenansprache und ein zielgruppenadäquates Betreuungskonzept weiter an Bedeutung. Die bereits hohe Kundenloyalität soll weiter ausgebaut werden und bildet die Basis einer noch höheren Potenzialausschöpfung.

Die Landesbank Berlin wird Gewerbekunden und mittelständische Unternehmen im Kernmarkt Berlin-Brandenburg auch weiterhin durch ein umfassendes Finanzdienstleistungsangebot, Kundennähe und Kompetenz überzeugen. Im Rahmen einer ertrags- und risikoorientierten Geschäftspolitik bleibt die Festigung der starken Marktposition strategisches Ziel.

Besondere Chancen ergeben sich durch das Vertrauen der Unternehmen in unsere Kompetenz und unser verlässliches Geschäftsmodell. Risiken liegen in der unterdurchschnittlichen wirtschaftlichen Entwicklung des Regionalmarktes und in der regional hohen Insolvenzquote. Darüber hinaus sind die Auswirkungen aus regulatorischen Änderungen noch nicht abschätzbar.

Das Firmenkundengeschäft wird auch in Zukunft in die Qualität als Wettbewerbsfaktor investieren. Im Jahr 2010 wurden alle Vertriebswege im Firmenkundengeschäft durch den TÜV Rheinland für Beratungs- und Servicequalität zertifiziert. Diesem hohen Anspruch wollen wir auch in Zukunft gerecht werden. Die Umsetzung der Qualitätsstrategie bleibt in allen Kundensegmenten und Vertriebswegen von zentraler Bedeutung.

Das in 2010 erzielte Ergebnis wird insbesondere durch den zunehmenden Druck auf die Zinsmargen in den nächsten beiden Jahren nicht erreicht werden. Wir rechnen mit einem geringeren Ergebnisbeitrag.

### ***Immobilienfinanzierung***

Im Jahr 2010 ist es dem Geschäftsfeld Immobilienfinanzierung wiederum gelungen, seine Top-Position unter den führenden deutschen Anbietern im Immobilienfinanzierungsgeschäft weiter zu festigen.

Auch zukünftig bleibt die strategische Ausrichtung in der gewerblichen Immobilienfinanzierung bundesweit auf Investoren-Finanzierung und individuellen Finanzierungsstrukturen bei risikoadäquatem Pricing bestehen. Finanzierungen in ausgewählten Auslandsmärkten erfolgen mit dem Ziel einer ausgewogenen Mischung und breiteren Risikostreuung des Portfolios.

Die Immobilienmärkte werden auch 2011 vom konjunkturellen Aufwärtstrend profitieren. Die Rückkehr der ausländischen Investoren an den deutschen Markt, die Stabilisierung der Preise mit teilweise leichten Erhöhungstendenzen sowie eine festzustellende rückläufige Renditeerwartung lassen eine zunehmende Investitionsbereitschaft und damit ein weiter steigendes Transaktionsvolumen erwarten. Hoffnungsvolle Signale kommen auch vom Wohnungsbau, wo das Bauhauptgewerbe und die Zahl der Baugenehmigungen im Jahr 2010 Zuwächse von mehr als 7 % gegenüber dem Vorjahr erzielten. Ausgehend von dieser Einschätzung erwarten wir im Jahr 2011 ein Neugeschäft in der Größenordnung des sehr guten Vorjahres.

Von der künftig strafferen Neuausrichtung der Vertriebsbereiche und weiterer Optimierungsmaßnahmen in unseren Kreditentscheidungsprozessen ergeben sich Chancen für eine noch bessere Marktdurchdringung. Risiken bestehen insbesondere in noch nicht abschätzbaren Auswirkungen aus regulatorischen Änderungen.

Mit der Eröffnung einer Repräsentanz in Paris im Frühjahr 2011 wird in den Ausbau des Auslandsgeschäfts investiert.

Wir rechnen mit einem leichten Rückgang der Risikovorsorge und einer moderaten Erhöhung des Kreditbestands. Vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Entwicklung und unserer Positionierung im Markt geht das Geschäftsfeld Immobilienfinanzierung von steigenden Ergebnisbeiträgen aus.

### **Kapitalmarktgeschäft**

Das Kapitalmarktgeschäft (KMG) ist eine wesentliche Ertragssäule der LBB. Die Erfolge zeigen sich im Sparkassensektor und Zertifikatemarkt. Hier wird die LBB als innovativer Anbieter mit hoher Produktqualität und ausgezeichnetem Service wahrgenommen. Mit der strategischen Neuausrichtung des Kapitalmarktgeschäfts ergeben sich Chancen für die Steigerung der Kundenerträge und die Verringerung der Ergebnisvolatilität in den nicht-kundenbezogenen Geschäften bei voller Risikotransparenz. Die verstärkte Fokussierung auf das Kundengeschäft und die Kundenbedürfnisse erfordern die Neuausrichtung und Ausweitung der Vertriebsaktivitäten sowie die Etablierung einer neuen Vertriebsphilosophie. Von entscheidender Bedeutung sind auch die Investitionen in technische Plattformen, die den Anforderungen des Marktes und der einzelnen Kunden entsprechen. Der Ausbau der zentralen Produktmanagement-Funktion und der gesamten Handelsinfrastruktur stehen deshalb im Fokus der nächsten Jahre. Die Bank wird als Partner und Dienstleister die Sparkassen bei der Weiterentwicklung ihres Geschäfts unterstützen und dabei Veränderungen im Wettbewerbsumfeld nutzen.

Risiken bei der Erreichung dieser Ziele bestehen in einer ungünstigen Veränderung der Wettbewerbssituation sowie in der Markt- und Margenentwicklung. Die internationalen Finanzmärkte werden auch in den nächsten Jahren von hoher Unsicherheit geprägt sein und für anhaltend volatile Kursverläufe sorgen. Eine weitere Zuspitzung der Schuldenkrise sowie eine Wachstumsabschwächung stellen dabei die größten Risikofaktoren dar. Es ist mit deutlich steigenden Kapitalkosten aus Basel III insbesondere bei Marktrisikopositionen zu rechnen, was die Ertragssteuerung in den nächsten Jahren beeinflussen wird.

Die finale Umsetzung der neuen Strategie und die Hebung der identifizierten Potenziale führen in den nächsten Jahren zu einer leichten Ergebnisverbesserung.

## **Soll / Ist-Vergleich**

Das Ergebnis vor Steuern der LBB lag per 31. Dezember 2010 unter unseren Erwartungen. Die Ergebnisentwicklung der Kundengeschäftsfelder Private Kunden, Firmenkunden und Immobilienfinanzierung verlief positiv. Mit Blick auf die Volatilität an den Kapitalmärkten sowie durch unsere vorsichtige Risikopolitik und die entsprechende Zurückhaltung bei Finanzinvestitionen blieben die Ergebnisse der Kapitalmarktaktivitäten unter unseren Erwartungen.

## **Schätzverfahren / Mittelfristplanung**

Den geschäftlichen Planungen und Prognosen des Konzerns liegen volkswirtschaftliche Annahmen über die Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Zinsentwicklung zugrunde. Die konjunkturelle Lage stellt sich derzeit freundlich dar. Doch dürften die Aufholeffekte jetzt an Zugkraft einbüßen, so dass sich der Wirtschaftsgang deutlich verlangsamt. Zusätzlich wird die Entwicklung mit schwierigeren Refinanzierungsbedingungen für die Kreditinstitute einhergehen, zumal auch die Diskussionen um höhere Anforderungen an Eigenkapital und Liquidität zusätzliche Herausforderungen sind. Das Kreditgewerbe wird sich daher weiterhin in einem äußerst schwierigen Umfeld bewegen.

Basierend auf diesen Annahmen wurden zentrale Eckpunkte festgelegt. Anschließend erfolgte eine konzernweite Überarbeitung der bisherigen Mittelfristplanung durch die Geschäftsbereiche. Dabei wurden die Ziele hinsichtlich Kunden / Marktstellung, Neugeschäft, Erträge und Risiken geplant sowie Investitionen und Kosten im Einzelnen festgelegt.

Die zuvor beschriebene Einschätzung zur weiteren Entwicklung der strategischen Geschäftsfelder basiert auf einer Mittelfristplanung, die bis 2015 reicht.

Der Planung liegen die verabschiedeten Geschäfts- und Risikostrategien zugrunde.

## **Zusammenfassung / Gesamtaussage**

Die Landesbank Berlin AG erwartet eine geordnete Liquiditätssituation und somit eine weiterhin vollständige Refinanzierung ihrer Geschäftsvolumina in den besicherten und unbesicherten Geld- und Kapitalmärkten. Daher geht die LBB davon aus, die positive Entwicklung im operativen Geschäft fortsetzen zu können. Die Unsicherheiten an den weltweiten Finanzmärkten und die damit verbundenen Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung in der Eurozone erschweren jedoch eine Prognose. Ungeachtet dessen geht der Vorstand für die nächsten zwei Jahre davon aus, das Ergebnis vor Steuern sukzessive steigern zu können, die Kapitalbasis kontinuierlich zu stärken und eine Gewinnabführung an die Holding zu ermöglichen.

## Bilanz der Landesbank Berlin AG zum 31. Dezember 2010

Aktivseite	Anhang Textziffern	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	Vorjahr TEUR
<b>Barreserve</b>						
a) Kassenbestand				366.993		426.455
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken				440.489		778.304
darunter: bei der Deutschen Bundesbank		430.338				(754.547)
					<b>807.482</b>	<b>1.204.759</b>
<b>Forderungen an Kreditinstitute</b>	1, 4, 5, 6, 14					
a) Hypothekendarlehen				275		285
b) Kommunalkredite				1.482.178		1.780.246
c) andere Forderungen				22.754.734		28.992.724
darunter:						
täglich fällig		2.729.824				(2.451.094)
gegen Beleihung von Wertpapieren		0				(0)
					<b>24.237.187</b>	<b>30.773.255</b>
<b>Forderungen an Kunden</b>	1, 4, 5, 6, 14					
a) Hypothekendarlehen				1.787.740		1.611.634
b) Kommunalkredite				5.978.414		8.282.595
c) andere Forderungen				14.291.006		15.333.033
darunter:						
gegen Beleihung von Wertpapieren		4.828				(5.793)
					<b>22.057.160</b>	<b>25.227.262</b>
<b>Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere</b>	2, 4, 6, 8, 12, 14					
a) Geldmarktpapiere						
aa) von üblichen Emittenten			0			0
darunter:						
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		0				(0)
ab) von anderen Emittenten			0			612.800
darunter:						
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		0				(612.800)
				0		612.800
b) Anleihen und Schuldverschreibungen						
ba) von üblichen Emittenten			5.075.238			3.238.645
darunter:						
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		5.073.815				(3.237.092)
bb) von anderen Emittenten			26.349.764			33.802.992
darunter:						
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		21.933.224				(29.246.146)
				31.425.002		37.041.637
c) eigene Schuldverschreibungen				4.498.454		3.145.490
Nennbetrag		4.500.000				(3.292.802)
					<b>35.923.456</b>	<b>40.799.927</b>
<b>Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere</b>	6, 7, 8, 12				<b>892.425</b>	<b>1.342.652</b>
<b>Handelsbestand</b>	6, 9				<b>11.286.990</b>	<b>-</b>
<b>Beteiligungen</b>	8, 12				<b>131.863</b>	<b>137.020</b>
darunter:						
an Kreditinstituten		68.124				(68.124)
an Finanzdienstleistungsinstituten		7.122				(0)
<b>Anteile an verbundenen Unternehmen</b>	8, 12				<b>1.253.518</b>	<b>1.058.793</b>
darunter:						
an Kreditinstituten		1.226.614				(1.029.398)
an Finanzdienstleistungsinstituten		0				(0)
<b>Treuhandvermögen</b>	11				<b>49.696</b>	<b>82.813</b>
darunter: Treuhandkredite		49.696				(82.813)
<b>Immaterielle Anlagewerte</b>	10					
a) selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte				133		-
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten				67.004		-
c) Geschäft- oder Firmenwert				0		-
d) geleistete Anzahlungen				0		-
					<b>67.137</b>	<b>45.790</b>
<b>Sachanlagen</b>	10				<b>129.036</b>	<b>136.594</b>
<b>Sonstige Vermögensgegenstände</b>	15				<b>2.253.646</b>	<b>4.030.633</b>
<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	16					
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft				54.775		97.728
b) andere				41.306		44.012
					<b>96.081</b>	<b>141.740</b>
					<b>99.185.677</b>	<b>104.981.238</b>
					<b>Summe der Aktiva:</b>	<b>104.981.238</b>

Passivseite	Anhang Textziffern	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	Vorjahr TEUR
<b>Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten</b>	1, 4, 5					
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe				225.591		210.463
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe				293.695		568.313
c) andere Verbindlichkeiten				28.021.874		38.589.970
darunter:						
täglich fällig		1.243.154				(2.654.291)
zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber						
ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe		0				(0)
und öffentliche Namenspfandbriefe		0				(0)
					<b>28.541.160</b>	<b>39.368.746</b>
<b>Verbindlichkeiten gegenüber Kunden</b>	1, 4, 5					
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe				393.553		362.715
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe				405.415		569.323
c) Spareinlagen						
mit vereinbarter Kündigungsfrist						
ca) von drei Monaten			4.563.421			5.244.233
cb) von mehr als drei Monaten			1.486.626			909.954
d) andere Verbindlichkeiten				6.050.047		6.154.187
darunter:				20.002.387		19.529.761
täglich fällig		12.630.806				(11.744.165)
zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber						
ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe		0				(0)
und öffentliche Namenspfandbriefe		0				(0)
					<b>26.851.402</b>	<b>26.615.986</b>
<b>Verbriefte Verbindlichkeiten</b>	1, 2, 4					
a) begebene Schuldverschreibungen						
aa) Hypothekendarlehen			1.948.022			1.792.029
ab) öffentliche Pfandbriefe			1.984.695			2.296.065
ac) sonstige Schuldverschreibungen			18.988.383			26.336.990
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten				22.921.100		30.425.084
darunter:				536.140		0
Geldmarktpapiere		536.140				(0)
					<b>23.457.240</b>	<b>30.425.084</b>
<b>Handelsbestand</b>	17				<b>13.459.144</b>	-
<b>Treuhandverbindlichkeiten</b>	11				<b>49.696</b>	<b>82.813</b>
darunter: Treuhandkredite		49.696				(82.813)
<b>Sonstige Verbindlichkeiten</b>	18				<b>1.650.596</b>	<b>2.905.029</b>
<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	19					
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft				56.411		56.138
b) andere				48.088		53.781
					<b>104.499</b>	<b>109.919</b>
<b>Rückstellungen</b>	20					
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen				546.948		538.139
b) Steuerrückstellungen				4.560		4.258
c) andere Rückstellungen				390.161		558.890
					<b>941.669</b>	<b>1.101.287</b>
<b>Nachrangige Verbindlichkeiten</b>	4, 5, 21				<b>1.263.161</b>	<b>1.515.047</b>
<b>Fonds für allgemeine Bankrisiken</b>	22				<b>5.867</b>	-
davon Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB		5.867				(-)
<b>Eigenkapital</b>	23					
a) gezeichnetes Kapital						
aa) Grundkapital			1.200.000			1.200.000
ab) Stille Einlage			700.000			700.000
b) Kapitalrücklage				1.900.000		1.900.000
c) Gewinnrücklage				920.038		920.038
ca) gesetzliche Rücklage			0			0
cb) Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen			0			-
cd) Gewinnrücklagen der Bank			41.205			37.289
ce) andere Gewinnrücklagen			0			0
d) Bilanzgewinn/Bilanzverlust				41.205		37.289
				0		0
					<b>2.861.243</b>	<b>2.857.327</b>
					<b>Summe der Passiva:</b>	<b>99.185.677</b>
						<b>104.981.238</b>
<b>Eventualverbindlichkeiten</b>	34					
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und aus Gewährleistungsverträgen					2.115.941	2.250.015
					<b>2.115.941</b>	<b>2.250.015</b>
<b>Andere Verpflichtungen</b>	34					
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen					3.696.073	4.154.440
					<b>3.696.073</b>	<b>4.154.440</b>



**Gewinn- und Verlustrechnung der Landesbank Berlin AG für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2010**

Aufwendungen	Anhang Textziffern	TEUR	TEUR	TEUR	31.12.2010 TEUR	Vorjahr TEUR
<b>Zinsaufwendungen</b>	24, 32				<b>1.190.118</b>	<b>1.890.619</b>
davon: Aufzinsung der bankspezifischen Rückstellungen				262		-
<b>Provisionsaufwendungen</b>	25, 32				<b>109.268</b>	<b>109.252</b>
<b>Allgemeine Verwaltungsaufwendungen</b>	27					
a) Personalaufwand						
aa) Löhne und Gehälter			322.939			302.198
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung			48.160			94.038
darunter: für Altersversorgung		1.218				(48.677)
				371.099		396.236
b) andere Verwaltungsaufwendungen				439.743		428.345
					<b>810.842</b>	<b>824.581</b>
<b>Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen</b>	10				<b>32.558</b>	<b>37.585</b>
<b>Sonstige betriebliche Aufwendungen</b>					<b>118.710</b>	<b>78.088</b>
davon: Aufzinsung der nicht-bankspezifischen Rückstellungen				49.567		-
davon: Aufwendungen aus der Währungsumrechnung				0		-
<b>Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft</b>	28				<b>27.320</b>	<b>124.005</b>
<b>Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere</b>	8				<b>25.603</b>	<b>85.226</b>
<b>Aufwendungen aus Verlustübernahme</b>					<b>90</b>	<b>851</b>
<b>Außerordentliche Aufwendungen</b>	30				<b>20.907</b>	<b>7.046</b>
<b>Steuern vom Einkommen und vom Ertrag</b>	31				<b>808</b>	<b>1.199</b>
davon: Erträge aus latenten Steuern				0		-
<b>Sonstige Steuern, soweit nicht unter "Sonstige betriebliche Aufwendungen" ausgewiesen</b>					<b>-1.304</b>	<b>-3.095</b>
<b>Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken</b>	22				<b>0</b>	<b>0</b>
<b>Auf Grund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinn- abführungsvertrages abgeführte Gewinne</b>					<b>285.692</b>	<b>335.600</b>
<b>Jahresüberschuss</b>					<b>0</b>	<b>0</b>
				<b>Summe der Aufwendungen:</b>	<b>2.620.612</b>	<b>3.490.957</b>

**Gewinn- und Verlustrechnung der Landesbank Berlin AG für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2010**

Erträge	Anhang Textziffern	TEUR	TEUR	TEUR	31.12.2010 TEUR	Vorjahr TEUR
<b>Zinserträge aus</b>	24, 29, 32					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften				1.324.381		1.725.582
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen				485.822		922.305
					<b>1.810.203</b>	<b>2.647.887</b>
<b>Laufende Erträge aus</b>	24, 29, 32					
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren				15.539		54.391
b) Beteiligungen				7.463		7.449
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen				2.859		56.378
					<b>25.861</b>	<b>118.218</b>
<b>Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen</b>	24				<b>89.641</b>	<b>1.502</b>
<b>Provisionserträge</b>	25, 29, 32				<b>340.008</b>	<b>338.870</b>
<b>Nettoertrag des Handelsbestands</b>	26, 29, 32				<b>52.808</b>	<b>43.372</b>
davon: Zuführung zum Fonds für allg. Bankrisiken (§ 340g HGB)				5.868		-
<b>Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren</b>	8				<b>113.904</b>	<b>232.588</b>
<b>Sonstige betriebliche Erträge</b>					<b>125.085</b>	<b>106.780</b>
davon: Erträge aus der Währungsumrechnung				0		-
<b>Außerordentliche Erträge</b>	30				<b>63.102</b>	<b>1.740</b>
<b>Erträge aus Verlustübernahme</b>					<b>0</b>	<b>0</b>
<b>Jahresfehlbetrag</b>					<b>-</b>	<b>-</b>
<b>Summe der Erträge:</b>					<b>2.620.612</b>	<b>3.490.957</b>

# Anhang der Landesbank Berlin AG 2010

Die Landesbank Berlin AG, Berlin, ist Tochtergesellschaft der Landesbank Berlin Holding AG, Berlin, die alleinige Aktionärin der Landesbank Berlin AG ist.

Die Landesbank Berlin AG ist Muttergesellschaft für den Teilkonzern Landesbank Berlin AG (kleinster Konsolidierungskreis i.S. § 285 Nr. 14 HGB). Sie ist in den Konzernabschluss der Landesbank Berlin Holding AG einbezogen. Gem. § 291 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 HGB stellt die Landesbank Berlin AG einen Teilkonzernabschluss nach IFRS (gemäß § 315a Abs. 1 HGB) auf.

Die Landesbank Berlin AG (LBB) wird in den Konzernabschluss der Regionalverbandsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH, Neuhardenberg, (größter Konsolidierungskreis i.S. § 285 Nr. 14 HGB) einbezogen.

Die Konzernabschlüsse der Regionalverbandsgesellschaft der S-Finanzgruppe, Neuhardenberg, der Landesbank Berlin Holding AG (Holding) sowie der LBB-Teilkonzernabschluss werden im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht.

## Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

### Bilanzierung

Der Jahresabschluss der LBB wurde nach den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung unter Beachtung der Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) für große Kapitalgesellschaften und des Aktiengesetzes, erweitert durch die Vorschriften der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) aufgestellt. Ergänzend werden die Vorschriften der Satzung beachtet. In den Jahresabschluss ist die teilrechtsfähige Anstalt öffentlichen Rechts Berliner Sparkasse, handelsrechtlich eine Zweigniederlassung der LBB, einbezogen.

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden an die umfangreichen Änderungen durch das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) angepasst. Die Vorjahreszahlen wurden aufgrund des bestehenden Wahlrechts nach Art. 67 Abs. 8 EGHGB nicht verändert. Der Änderung des § 246 Abs. 1 S. 2 HGB folgend, werden Wertpapiere im Rahmen der Wertpapierleihe nur bei wirtschaftlichem Eigentum ausgewiesen. Im Übrigen wurden die im Vorjahr angewandten Methoden beibehalten.

Forderungen, die unter die Detailvereinbarung mit dem Land Berlin fallen, werden, da diese eine Gewährleistung der betreffenden Kredite durch das Land Berlin vorsieht, den Kommunalkrediten zugeordnet.

Der Jahresabschluss wurde auf der Grundlage einer Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufgestellt (§ 252 Abs. 1 Nr. 2 HGB).

## Bewertung

Die Bewertung der Vermögensgegenstände, der Verbindlichkeiten und der schwebenden Geschäfte erfolgte nach den Vorschriften der §§ 252 ff. HGB in Verbindung mit den §§ 340 ff. HGB. Die Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) wurde beachtet.

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden sind grundsätzlich mit dem Nominalbetrag angesetzt. Agio- und Damnumbeträge werden in die aktiven bzw. passiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und planmäßig aufgelöst. Abgezinste Verbindlichkeiten werden mit dem Zeitwert, andere Verbindlichkeiten mit dem Rückzahlungsbetrag bilanziert.

Erkennbaren Risiken im Kreditgeschäft wurde durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen ausreichend Rechnung getragen. Für latente Risiken im Forderungsbestand bestehen Pauschalwertberichtigungen. Uneinbringliche Zinsen werden nicht vereinnahmt.

Finanzanlagen sind zu Anschaffungskosten bewertet. Bei voraussichtlich dauernder Wertminderung werden Abschreibungen grundsätzlich gemäß dem Niederstwertprinzip vorgenommen. Bei nur vorübergehender Wertminderung wird grundsätzlich gemäß § 253 Abs. 3 Satz 3 HGB i.V.m. § 340e Abs.1 HGB der Wert beibehalten. Davon abweichend werden Investmentfondsanteile im Anlagevermögen mit dem niedrigeren beizulegenden Wert gem. § 253 Abs. 3 Satz 4 HGB angesetzt. Diese Bewertung der Finanzanlagen steht damit weitgehend im Einklang mit § 6 Abs. 1 Nr. 2 EStG; hierdurch werden Abweichungen zwischen Handels- und Steuerbilanz weitestgehend vermieden.

Die Finanzinstrumente des Handelsbestandes werden zum beizulegenden Zeitwert abzüglich eines Risikoabschlags bewertet. Wertpapiere der Liquiditätsreserve werden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Bestände, die im Zusammenhang mit einem betrags-, währungs- und laufzeitkongruenten Sicherungsderivat stehen, werden dabei als Bewertungseinheit betrachtet und entsprechend § 254 HGB behandelt. Sofern Bewertungseinheiten der Liquiditätsreserve zugeordnet sind werden negative Salden aus dem nicht abgesicherten Risiko erfolgswirksam berücksichtigt. Für Bewertungseinheiten im Anlagevermögen werden negative Bewertungseffekte des nicht abgesicherten Risikos im Grundgeschäft nur erfolgswirksam berücksichtigt, sofern diese als dauerhaft einzustufen sind. Positive Bewertungsüberhänge werden nicht vereinnahmt.

Im Falle nicht aktiver Märkte erfolgt die Ermittlung der beizulegenden Werte auf Basis von diskontierten Cashflows, wobei in die Diskontfaktoren am Markt beobachtbare Zinsen, allgemeine Credit Spreads (externe Kategorienspreads nach Branche, Herkunft und Rating) und individuelle Credit Spreads (instrument- und emittentenspezifisch) eingehen. Für die Bestimmung letzterer werden in einer differenzierten Betrachtung die zuletzt beobachteten plausiblen individuellen Spreads oder aktuellere Spreads verwandter Bonds oder Credit Default Swaps sowie eigene Einschätzungen herangezogen, die sich zum Beispiel aus Stützungsaktionen von Staaten ergeben.

Bei der Ermittlung positiver und negativer Marktwerte von Derivaten werden ebenfalls grundsätzlich Börsenpreise zugrunde gelegt. Bei fehlenden Börsenpreisen wird der Marktwert anhand von branchenüblichen finanzmathematischen Bewertungsverfahren, insbesondere Barwertverfahren und Optionspreismodellen errechnet. Die in die Bewertungsmodelle eingehenden Parameter werden zum Bilanzstichtag anhand von am Markt verfügbaren Marktkonditionen ermittelt.

Die Bank macht von der Bildung von Bewertungseinheiten gem. § 254 HGB Gebrauch. In diesem Zusammenhang werden Grundgeschäfte gegen Zinsänderungs-, Währungs- und/oder Bonitätsrisiken abgesichert. Dabei werden ausschließlich Bewertungseinheiten auf Micro-Ebene gebildet, d.h. das aus einem einzelnen Grundgeschäft resultierende Risiko wird durch ein einzelnes Sicherungsinstrument abgesichert. Ziel ist es, die aus dem jeweils abgesicherten Risiko resultierenden Wertveränderungen abzusichern. Zum Nachweis des Ausgleichs der gegenläufigen Wertveränderungen aus dem Grund- und Sicherungsgeschäft wendet die Bank für alle Bewertungseinheiten die Critical Term Match-Methode an. Im Rahmen dieser Methode wird dokumentiert, dass die wesentlichen Parameter zwischen Grund- und Sicherungsgeschäft übereinstimmen. Vor diesem Hintergrund wird davon ausgegangen, dass sich die Wertveränderungen zwischen Grund- und Sicherungsgeschäft von Beginn der dokumentierten Bildung der Bewertungseinheit bis zur Fälligkeit der Geschäfte bezogen auf das abgesicherte Risiko vollständig ausgleichen. Darüber hinaus bestehende Unwirksamkeiten bezogen auf das nicht abgesicherte Risiko werden nach den allgemeinen Bilanzierungsvorschriften behandelt. Derzeit werden keine Bewertungseinheiten gebildet, in die mit hoher Wahrscheinlichkeit erwartete Transaktionen einbezogen werden.

Bei Vermögensgegenständen, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, werden planmäßige Abschreibungen vorgenommen.

Die Ermittlung der Pensionsrückstellungen erfolgt durch externe versicherungsmathematische Sachverständige nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected Unit Credit Method – PUC). Sie werden mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt. Dabei wird ein Zinssatz von 5,16% zugrunde gelegt. Als Lohn- und Gehaltssteigerungen werden 0,5-3% angesetzt. Bei der Berechnung wurden die biometrischen Rechnungsgrundlagen (Richttafeln Prof. Heubeck 2005 G, IGSS-Sterbetafeln) verwendet. Der Aufwand aus dem bei erstmaliger Anwendung des BilMoG entstandenen Erhöhungsbetrag wird in Anwendung von Art. 67 Abs. 1 EGHGB auf voraussichtlich 15 Jahre verteilt.

Die übrigen Rückstellungen sind zu dem Erfüllungsbetrag angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung erforderlich ist. Dabei werden Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr abgezinst.

### **Bewertung des Handelsbestandes**

Alle Handelsgeschäfte werden einem Mark-to-Market Ansatz unterzogen. Dabei werden in den jeweiligen Portfolien zunächst alle Bewertungsergebnisse vereinnahmt. Anschließend wird ein portfolioorientierter und auf dem aufsichtsrechtlich genehmigten internen Value at Risk-Konzept basierender Risikoabschlag vorgenommen. Für jedes Portfolio wird dazu der Value at Risk mit den Parametern von 10 Tagen Haltedauer, einem Beobachtungszeitraum von einem Jahr und einem Konfidenzniveau von 99% berechnet. Der Risikoabschlag in Höhe von 29 Mio. EUR wird im Handelsbestand ausgewiesen.

Die Risiken aus den Portfolien unterliegen einem auf das jeweilige Portfolio zugeschnittenen Risikomanagement und Limitierungssystem. Die Portfolien werden im Rechnungswesen und in der Risikoüberwachung eindeutig von anderen Geschäften abgegrenzt.

### **Währungsumrechnung**

Der Jahresabschluss wird in Euro aufgestellt.

Die Umrechnung der auf ausländische Währung lautenden Vermögensgegenstände und Schulden sowie von schwebenden Geschäften erfolgt grundsätzlich zu den von der Europäischen Zentralbank zum Jahresende veröffentlichten Referenzkursen bzw. zu zeitgleich festgestellten externen Kursen für die Währungen, für die die EZB keine Referenzkurse ermittelt; Terminkurse wurden hieraus abgeleitet.

Soweit Vermögensgegenstände, Schulden oder Termingeschäfte durch Vermögensgegenstände, Schulden oder andere Termingeschäfte in derselben Währung besonders gedeckt sind, erfolgt die Erfolgsrealisierung nach § 340h HGB in Verbindung mit § 256a HGB.

# Erläuterungen zur Bilanz und zur Gewinn- und Verlustrechnung

## Bilanz

### (1) Fristengliederung (Restlaufzeiten)

in Mio. EUR	31.12.2010	31.12.2009
<b>Forderungen an Kreditinstitute</b>		
- bis drei Monate	16.254	18.110
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	6.502	11.018
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	1.105	1.320
- mehr als fünf Jahre	376	325
<b>Insgesamt</b>	<b>24.237</b>	<b>30.773</b>
<b>Forderungen an Kunden</b>		
- bis drei Monate	3.728	5.615
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	1.620	2.977
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	7.223	6.557
- mehr als fünf Jahre	9.486	10.078
davon mit unbestimmter Laufzeit	(1.455)	(1.649)
<b>Insgesamt</b>	<b>22.057</b>	<b>25.227</b>
<b>Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten</b>		
- bis drei Monate	23.729	24.771
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	2.737	12.445
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	1.439	1.356
- mehr als fünf Jahre	636	797
<b>Insgesamt</b>	<b>28.541</b>	<b>39.369</b>
<b>Verbindlichkeiten gegenüber Kunden</b>		
<b>Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten</b>		
- bis drei Monate (Restlaufzeit)	42	22
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	1.414	847
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	27	37
- mehr als fünf Jahre	4	4
<b>Insgesamt</b>	<b>1.487</b>	<b>910</b>
<b>Verbindlichkeiten gegenüber Kunden ohne Spareinlagen</b>		
- bis drei Monate	18.006	16.166
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	669	1.602
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	1.646	1.357
- mehr als fünf Jahre	480	1.337
<b>Insgesamt</b>	<b>20.801</b>	<b>20.462</b>
<b>Verbriefte Verbindlichkeiten</b>		
<b>Andere verbrieftete Verbindlichkeiten</b>		
- bis drei Monate	536	0
<b>Insgesamt</b>	<b>536</b>	<b>0</b>

## (2) Beträge, die im Folgejahr fällig werden

in Mio. EUR	31.12.2010	31.12.2009
<b>Enthalten in Position:</b>		
- Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	7.655	7.447
- Verbriefte Verbindlichkeiten begebene Schuldverschreibungen	5.678	4.168

## (3) Bewertungseinheiten

Grundgeschäfte wurden mit folgenden Beträgen in die Bewertungseinheiten einbezogen und mit folgenden Risiken abgesichert:

Nominalbetrag in Mio. EUR	Grund- geschäft	Sicherungsgeschäft			
		Zinsände- rungsrisiko	Währungs- risiko	Aktien- risiko	Bonitäts- risiko
Vermögensgegenstände	8.180	x	x		x
Schulden	2.597	x	x	x	x
schwebende Geschäfte	488	x			x

## (4) Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

in Mio. EUR	31.12.2010	31.12.2009
Forderungen an Kreditinstitute	9.491	5.349
Forderungen an Kunden	211	428
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.003	1.135
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.058	1.892
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	465	416
Verbriefte Verbindlichkeiten	393	497
Nachrangige Verbindlichkeiten	643	897

## (5) Beziehungen zu Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

in Mio. EUR	31.12.2010	31.12.2009
Forderungen an Kreditinstitute	40	0
Forderungen an Kunden	8	75
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	35	58
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	50	33
Nachrangige Verbindlichkeiten	20	0

## (6) Nachrangige Aktiva

in Mio. EUR	31.12.2010	31.12.2009
Forderungen an Kreditinstitute	80	80
Forderungen an Kunden	0	81
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	3	39
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	216	221
Handelsbestand aktiv	40	0

## (7) Investmentvermögen

Folgende Anteile oder Anlageaktien an inländischen Investmentvermögen oder vergleichbaren ausländischen Investmentanteilen überstiegen eine Anteilsquote von 10%.

31.12.2010	Buchwert (BW)	Marktwert (MW)	Differenz MW-BW	Ausschüttung	unterlassene Abschreibungen
in Mio. EUR					
Rentenfonds	377	377	0	12	0
Mischfonds	128	129	1	3	0
Hedgefonds	136	148	12	0	0
Insgesamt:	641	654	13	15	0

Aufgrund außergewöhnlicher Umstände erfolgte bei zwei Rentenfonds eine Aussetzung der Rücknahme von Anteilen.



## (8) Entwicklung des Finanzanlagevermögens

in Mio. EUR	Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere <sup>1)</sup>	Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	Beteiligungen	Anteile an verbundenen Unternehmen <sup>2)</sup>
<b>Buchwert zum 31.12.2009</b>	<b>25.936</b>	<b>681</b>	<b>137</b>	<b>1.059</b>
Anschaffungs-/Herstellungskosten				
zum 31.12.2009	25.910	856	154	1.087
Zugänge 2010	1.934	0	1	198
Abgänge 2010	5.352	7	6	3
Umbuchungen 2010	0	0	0	0
Effekte aus Wechselkursänderungen	98	0	0	0
Anschaffungs-/Herstellungskosten				
zum 31.12.2010	22.590	849	149	1.282
Kumulierte Abschreibungen				
zum 31.12.2009 <sup>3)</sup>	-26	175	17	28
Zugänge 2010 <sup>4)</sup>	38	3	0	0
Abgänge 2010	11	0	0	0
Zuschreibungen 2010	25	33	0	0
Umbuchungen 2010	15	0	0	0
Effekte aus Wechselkursänderungen	0	0	0	0
Kumulierte Abschreibungen				
zum 31.12.2010	-9	145	17	28
<b>Buchwert zum 31.12.2010</b>	<b>22.599</b>	<b>704</b>	<b>132</b>	<b>1.254</b>

<sup>1)</sup> In Vorjahren wurden Wertpapiere aus der Liquiditätsreserve in das Finanzanlagevermögen umgewidmet. Die Buchwerte bei Umwidmung wurden als Anschaffungskosten behandelt. Sofern sich in der Liquiditätsreserve vorgenommene Abschreibungen nach der Umwidmung als nicht dauerhaft erweisen, erfolgt die Zuschreibung. Der Buchwert solcher Wertpapiere liegt dann über den im Anlagespiegel ausgewiesenen Anschaffungskosten. Die tatsächlichen historischen Anschaffungskosten werden nicht überschritten. In 2010 wurde eine Anpassung der Ausgangszahlen 2009 in Höhe von 5 Mio. vorgenommen (Verschiebung zwischen Anschaffungs- und Herstellungskosten und kumulierten Abschreibungen).

<sup>2)</sup> Die Erhöhung bei den verbundenen Unternehmen betrifft die Anteile an der Berlin Hyp in Höhe von 197,2 Mio. EUR.

<sup>3)</sup> Durch die geänderte Darstellung des Anlagespiegels enthalten die kumulierten Abschreibungen den saldierten Wert aus den kumulierten Zuschreibungen und den kumulierten Abschreibungen des Vorjahres.

<sup>4)</sup> Im laufenden Jahr wurden Abschreibungen nach § 253 Abs. 3, S. 3 in Höhe von 24 Mio. EUR und nach § 253 Abs. 3, S. 4 in Höhe von 17 Mio. EUR vorgenommen.

Für folgende Wertpapiere des Anlagevermögens wurde auf Abschreibungen auf den beizulegenden Zeitwert gem. § 253 Abs. 3 Satz 4 HGB. verzichtet, weil die Wertminderung nicht als dauerhaft angesehen wird:

in Mio. EUR	Buchwerte	2010 beizulegende Zeitwerte	unterlassene Abschreibungen kumuliert	2009 unterlassene Abschreibungen kumuliert
Schuldverschreibungen	12.048	11.544	504	301

Die Einschätzung, dass die Wertminderungen für Schuldverschreibungen nicht dauerhaft sind, stellt im Wesentlichen auf die Beurteilung der Ausfallwahrscheinlichkeit der Forderungen ab und nicht auf liquiditäts- bzw. credit-spread-induzierte Wertschwankungen. Dies folgt der Absicht, die Papiere bis zur Fälligkeit im Anlagevermögen zu halten.

## (9) Handelsbestand aktiv

Beizulegender Zeitwert in Mio. Euro	31.12.2010
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	3.088
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	506
Forderungen	5
derivative Finanzinstrumente	7.688
Insgesamt	11.287

## (10) Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände

Im Rahmen der eigenen Geschäftstätigkeit werden Immobilien mit einem Buchwert von 24 (i.Vj.: 24) Mio. EUR genutzt.

Gegenstände der Betriebs- und Geschäftsausstattung sind in Höhe von 102 (i.Vj.: 110) Mio. EUR enthalten.

Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände werden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten bewertet, vermindert - soweit es sich um abnutzbare Vermögensgegenstände handelt - um planmäßige überwiegend lineare Abschreibungen entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer mit den steuerlich zulässigen Höchstwerten.

Immaterielle Vermögensgegenstände / Sachanlagen	Nutzungsdauer
Gebäude	25 / 33 / 50 Jahre
Mietereinbauten	15 / 25 / 33 Jahre
Einrichtungsgegenstände	8 - 13 Jahre
Betriebsvorrichtungen	5 - 25 Jahre
Büromaschinen/EDV-Anlagen	3 - 8 Jahre
Fernsprechanlagen	8 - 10 Jahre
Kraftfahrzeuge	6 Jahre
Software	3 - 5 Jahre

Geringwertige Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten bis 150,- EUR werden im Jahr der Anschaffung vollständig abgeschrieben und im Anlagespiegel als Abgang behandelt. Für Wirtschaftsgüter bis maximal 2.000,- EUR brutto wird eine Aktivierung auf Sammelanlagen vorgenommen, die gemäß § 6 Abs. 2 EStG über 5 Jahre oder differenziert je nach Anlageklasse über 3-13 Jahre abgeschrieben werden.

in Mio. EUR	selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	entgeltliche erworbene Konzessionen, gew. Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	geleistete Anzahlungen / Anlagen im Bau	Immaterielle Anlagewerte gesamt	Sachanlagen
<b>Buchwert zum 31.12.2009</b>	<b>0</b>	<b>28</b>	<b>18</b>	<b>46</b>	<b>137</b>
Anschaffungs-/Herstellungskosten zum 31.12.2009	0	204	18	222	331
Zugänge 2010	0	7	28	35	11
Abgänge 2010	0	0	0	0	10
Umbuchungen 2010	0	0	0	0	0
Effekte aus Wechselkursänderungen	0	0	0	0	0
Anschaffungs-/Herstellungskosten zum 31.12.2010	0	211	46	257	332
Kumulierte Abschreibungen zum 31.12.2009 <sup>3)</sup>	0	176	0	176	194
Zugänge 2010	0	14	0	14	18
Abgänge 2010	0	0	0	0	9
Zuschreibungen	0	0	0	0	0
Umbuchungen 2010	0	0	0	0	0
Effekte aus Wechselkursänderungen	0	0	0	0	0
Kumulierte Abschreibungen zum 31.12.2010	0	190	0	190	203
<b>Buchwert zum 31.12.2010</b>	<b>0</b>	<b>21</b>	<b>46</b>	<b>67</b>	<b>129</b>

<sup>3)</sup> Durch die geänderte Darstellung des Anlagespiegels enthalten die kumulierten Abschreibungen den saldierten Wert aus den kumulierten Zuschreibungen und kumulierten Abschreibungen des Vorjahres.

Die Forschungs- und Entwicklungskosten belaufen sich im Geschäftsjahr auf 0,3 Mio. EUR, davon entfallen 0,1 Mio. EUR auf selbst geschaffene immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens.

## (11) Treuhandgeschäfte

in Mio. EUR	31.12.2010	31.12.2009
Forderungen an Kunden	50	83
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1	1
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	49	82
Insgesamt	50	83

## (12) Börsenfähigkeit / Börsennotierung

in Mio. EUR	börsenfähig		börsennotiert		nicht börsennotiert	
	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2009
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	31.425	40.800	29.493	38.803	1.932	1.997
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	458	850	253	565	205	285
Beteiligungen	0	0	0	0	0	0
Anteile an verbundenen Unternehmen	1.227	1.029	955	757	272	272

### (13) Bestände in Fremdwährung

in Mio. EUR	31.12.2010	31.12.2009
Vermögensgegenstände	8.179	9.053
Verbindlichkeiten	4.631	5.882

### (14) Als Sicherheiten übertragene Vermögensgegenstände

Nominalwert in Mio. EUR	31.12.2010	31.12.2009
verpfändet bei dem ESZB		
Anleihen und Schuldverschreibungen	2.580	18.430
Wirtschaftskredite	2.022	1.875
bei der Eurex hinterlegt		
Anleihen und Schuldverschreibungen	16.019	7.163
i.R.v. Pensions- und Leihegeschäften		
Anleihen und Schuldverschreibungen	197	274
Deckungsmasse für begebenen Pfandbriefe		
Anleihen und Schuldverschreibungen	1.235	1.430
Schuldscheindarlehen	290	165
Insgesamt:	22.343	29.337

Am Jahresende betrug die Inanspruchnahme aus im Rahmen des ESZB für geldpolitische Instrumente an Zentralbanken als Sicherheiten verpfändete Vermögensgegenstände 3.147 (i.Vj.: 7.500) Mio. EUR.

Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere wurden zum Bilanzstichtag mit einem Marktwert von 1 (i.Vj.: 1) Mio. EUR zur Insolvenzsicherung von Altersteilzeitguthaben bei einer inländischen Bank hinterlegt.

In Pension gegeben wurden Anleihen und Schuldverschreibungen im Nominalwert von 12.235 (i.V.: 10.550) Mio. EUR.

Als Sicherheiten für emittierte Schuldverschreibungen wurden Refinanzierungsdarlehen in Form von Schuldscheindarlehen in Höhe von 290 (i.V.: 165) Mio. EUR an Sparkassen herausgelegt und an einen Sicherheitentreuhänder verpfändet.

### (15) Sonstige Vermögensgegenstände

in Mio. EUR	31.12.2010	31.12.2009
Forderungen aus Collateral	2.132	2.335
Forderungen aus Optionsgeschäften, Futures und Swaps	80	75
Aktivposten aus Portfolien	-	1.474
Übrige	42	147
Insgesamt	2.254	4.031

## (16) Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Ausgewiesen werden Unterschiedsbeträge zwischen dem Nennbetrag und Auszahlungsbetrag von Forderungen in Höhe von 33,2 (i.Vj.: 62,0) Mio. EUR sowie von Wertpapieren in Höhe von 8,0 (i.Vj.: 9,7) Mio. EUR.

Der Unterschiedsbetrag zwischen Ausgabe- und Rückzahlungsbetrag von Verbindlichkeiten beläuft sich auf der Aktivseite auf 21,5 (i.Vj.: 35,7) Mio. EUR.

## (17) Handelsbestand passiv

Beizulegender Zeitwert in Mio. Euro	31.12.2010
Verbindlichkeiten derivative Finanzinstrumente	5.840 7.590
Zwischensumme	13.430
VaR-Abschlag	29
Insgesamt	13.459

## (18) Sonstige Verbindlichkeiten

in Mio. EUR	31.12.2010	31.12.2009
Verbindlichkeiten aus Collateral	1.484	1.615
Verbindlichkeiten aus Optionsgeschäften, Futures und Swaps	66	85
Verbindlichkeiten ggü. Finanzbehörden	13	16
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und sonstigen Leistungen	12	20
Abgegrenzte Zinsen für nachrangige Verbindlichkeiten	6	13
Passivposten aus Portfolien	-	1.078
Übrige	70	78
Insgesamt	1.651	2.905

## (19) Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Unterschiedsbeträge zwischen dem Nennbetrag von Forderungen und deren Auszahlungsbetrag werden in Höhe von 14,5 (i.Vj.: 20,9) Mio. EUR ausgewiesen.

## (20) Rückstellungen

### Entwicklung der Pensionsrückstellungen:

Pensionsrückstellungen	01.01.2010	Verbrauch	Auflösung	Umbu- chung	Zuführung	Auf- zinsung	31.12.2010
in Mio. EUR							
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	551	30	10	-1	0	37	547
Insgesamt	551	30	10	-1	0	37	547

Der zum Geschäftsjahresende in Anwendung der Übergangsregelung gemäß Art. 67 Abs. 1 EGHGB noch nicht ausgewiesene Rückstellungsbetrag beläuft sich auf 179 Mio. EUR.

Im Zuge der Sanierung der Bank und für die damit im Zusammenhang stehende Umsetzung der Entscheidung der EU-Kommission vom 18. 02. 2004 sowie die Einhaltung der Verpflichtungszusagen der Bundesregierung wurden Geschäftspläne entwickelt und vom Vorstand verabschiedet. Den hieraus erkennbaren Aufwendungen und Verlusten wurde im Jahresabschluss 2003 durch die Bildung von separat ausgewiesenen Rückstellungen sowie durch Abschreibungen Rechnung getragen. Zum 31. 12. 2010 ergeben sich durch Inanspruchnahmen, Auflösungen, Zuführungen und Aufzinsung folgende Veränderungen.

### Entwicklung der anderen Rückstellungen:

Andere Rückstellungen	01.01.2010	Verbrauch	Auflösung	Umbu- chung	Zuführung	Auf- zinsung	31.12.2010
in Mio. EUR							
Steuerrückstellungen	4	0	0	0	0	0	4
Restrukturierung und EU	166	12	11	-4	6	9	154
Portfolien und Finanzgeschäfte	200	75	97	0	7	0	35
Kreditgeschäft	17	0	5	0	1	0	13
Personalbereich	71	41	6	4	58	2	88
Sonstige	106	45	15	0	53	2	101
Insgesamt	564	173	134	0	125	13	395

## (21) Nachrangige Verbindlichkeiten

Ifd. Nr.	Nominalwerte in Mio.			EUR	Zinssatz	Fälligkeit
		Währung				
(1)	*	USD	250	187	7,12500	2012
(2)	*	GBP	150	174	8,00000	2012
(3)	*	JPY	3.500	32	FRN	2013
(4)	*	JPY	3.000	27	FRN	2018
(5)	*	JPY	1.000	9	FRN	2018
(6)		EUR	1	1	6,70000	2018
(7)		EUR	10	10	6,70000	2018
(8)		EUR	20	20	6,62500	2018
(9)		EUR	5	5	6,61000	2018
(10)		EUR	20	20	6,60000	2018
(11)		EUR	1	1	6,60000	2018
(12)		EUR	1	1	6,60000	2018
(13)		EUR	5	5	6,64000	2018
(14)		EUR	5	5	6,63000	2018
(15)		EUR	5	5	6,65500	2018
(16)		EUR	10	10	6,68000	2018
(17)		EUR	10	10	6,82000	2018
(18)		EUR	10	10	6,82000	2018
(19)	*	EUR	75	75	4,75000	2019
(20)		EUR	500	500	5,87500	2019
(21)		EUR	1	1	5,67000	2019
(22)		EUR	6	6	5,67000	2019
(23)		EUR	1	1	5,60000	2019
(24)		EUR	10	10	5,85000	2020
(25)	*	JPY	15.000	138	5,15000	2027

Die mit (\*) gekennzeichneten nachrangigen Verbindlichkeiten wurden bei verbundenen Unternehmen aufgenommen. Die Mittelaufnahmen (1), (2), (20) und (25) übersteigen jeweils 10 % des gesamten Nachrangkapitals.

Der Zinssatz für die nachrangige Verbindlichkeit (19) wurde wie folgt vereinbart: 4,75 % bis 31. März 2009, danach 4,75 % + 81% der Differenz der am Zinstag gültigen 10-Jahres-Euro-Swap-Rate (Constant Maturity Swap) minus 4,75 %, jedoch mindestens 4,75 %.

Der Zinsaufwand für nachrangige Verbindlichkeiten 2010 beträgt 44,3 (i.Vj.: 39,8) Mio. EUR unter Berücksichtigung von Erträgen aus Swap-Geschäften in Höhe von 34,1 (i.Vj.: 33,5) Mio. EUR.

Ansprüche von Gläubigern auf Rückzahlung dieser Verbindlichkeiten sind gegenüber anderen Gläubigern nachrangig. Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung kann nicht entstehen. Im Falle einer Liquidation dürfen sie erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückgezahlt werden.

Die nachrangigen Verbindlichkeiten erfüllen die Voraussetzungen des § 10 Abs. 5a KWG. Zum 31. Dezember 2010 sind 1.043,3 (i.Vj.: 1.326,6) Mio. EUR als haftendes Eigenkapital anrechenbar. Von den nachrangigen Verbindlichkeiten wurden 568,5 (i.Vj.: 511,4) Mio. EUR in Fremdwährung aufgenommen. 361,4 (i.Vj.: 308,9) Mio. EUR sind vor Ablauf von 2 Jahren fällig.

## (22) Fonds für allgemeine Bankrisiken

Im Fonds für allgemeine Bankrisiken ist ausschließlich der Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB enthalten.

## **(23) Eigenkapital**

Das Grundkapital betrug gemäß § 3 der Satzung der LBB zum 31. Dezember 2010 1.200 Mio. EUR und ist in 1.200.000 nennwertlose Stückaktien eingeteilt. Weiterhin besteht eine typische stille Einlage der Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG, Berlin in Höhe von 700 (i.Vj.: 700) Mio. EUR. Daneben besteht eine Kapitalrücklage in Höhe von 920 (i.Vj.: 920) Mio. EUR. Der Anstieg der Gewinnrücklagen in Höhe von 4 Mio. EUR ist auf die nach BilMoG notwendige Neubewertung der sonstigen langfristigen Rückstellungen zurückzuführen.

Die Gewinnrücklagen sind in der Höhe des Betrags der aktivierten, selbsterstellten immateriellen Vermögensgegenstände von 0,1 Mio. ausschüttungsgesperrt.



## Gewinn- und Verlustrechnung

### (24) Zinsüberschuss

in Mio. EUR	2010	2009
Zinserträge	1.810	2.648
aus Kredit- und Geldmarktgeschäften	1.324	1.726
aus festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	486	922
Laufende Erträge	26	118
aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	16	54
aus Beteiligungen	7	8
aus verbundenen Unternehmen	3	56
Erträge aus Gewinngemeinschaften	90	2
Zinsaufwendungen	1.190	1.891
für Einlagen	635	1.154
für verbrieftete Verbindlichkeiten	524	697
für nachrangige Verbindlichkeiten	31	40
Insgesamt	736	877

Die Gewinnabführung der BerlinHyp wird aufgrund des neu abgeschlossenen Ergebnisabführungsvertrages unter Erträgen aus Gewinngemeinschaften ausgewiesen und nicht mehr wie im Vorjahr unter laufenden Erträgen aus verbundenen Unternehmen.

### (25) Provisionsüberschuss

in Mio. EUR	2010	2009
Wertpapier- und Emissionsgeschäft	52	52
Wertpapiere/Vermögensanlagen	52	52
Emissions- u. Konsortialgeschäft	0	0
Zahlungsverkehr/Kontoführung	95	103
Kreditgeschäft	12	15
Kreditgeschäft	7	9
Avalprovisionen	2	3
Auslandsgeschäft	3	3
Kartengeschäft	59	52
Sonstiges Dienstleistungsgeschäft	13	8
Sorten-/Devisengeschäft	1	1
Sonstige Dienstleistungen	12	7
Insgesamt	231	230

Durch die gesetzlich vorgeschriebene Umgliederung von Finanzinstrumenten in den Handelsbestand, wurden Aufwendungen in Höhe von 4,1 Mio. EUR für Maklercourtage nicht mehr im Provisionsaufwand sondern im Nettoertrag des Handelsbestandes ausgewiesen.

## (26) Nettoaufwand/Nettoertrag des Handelsbestandes

in Mio. EUR	2010
Nettoerträge aus Finanzgeschäften	59
Zuführung/Auflösung Fonds für allgemeine Bankrisiken	-6
Insgesamt	53

## (27) Andere Verwaltungsaufwendungen

in Mio. EUR	2010	2009
Gebäude- und Raumkosten	97	97
EDV	138	135
Werbung und Marketing	23	23
Beratungen, Prüfungen, Beiträge	33	29
Geschäftsbetriebskosten	43	39
Betriebs- und Geschäftsausstattung	2	2
Personalabhängige Sachkosten	11	11
Sonstige Konzernleistungsverrechnung	93	92
Insgesamt	440	428

Auf die Angabe des vom Abschlussprüfer berechneten Gesamthonorars wird gemäß § 285 Nr. 17 letzter Satzteil HGB verzichtet.

## (28) Risikovorsorge

Die Risikovorsorge setzt sich wie folgt zusammen:

in Mio. EUR	2010	2009
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	71	118
Ergebnis aus Wertpapieren der Liquiditätsreserve	-44	6
Insgesamt	27	124

Die Bemessung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft wird insbesondere durch Erwartungen hinsichtlich zukünftiger Kreditausfälle, der Struktur und der Qualität der Kreditportfolien sowie gesamtwirtschaftlicher Einflussfaktoren bestimmt. Für alle erkennbaren Risiken im in- und ausländischen Kreditgeschäft wurden Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen in Höhe der erwarteten Ausfälle gebildet. Einzelwertberichtigungen werden aufgelöst, sobald sich der Wert der Forderung entsprechend erhöht, weil entweder die Sicherheitenbewertung und/oder die Bonität des Kreditnehmers sich grundlegend und nachhaltig verbessert haben.

Engagements, für die keine Einzelwertberichtigung erforderlich ist, werden pauschal wertberichtigt. Die Pauschalwertberichtigung wird auf Basis eines Portfolioansatzes unter Einbeziehung der Parameter Ausfallwahrscheinlichkeit, Sicherheiten sowie Erlös- und Einbringungsquoten ermittelt.

Die Risikovorsorge für das Kreditgeschäft hat sich wie folgt entwickelt<sup>1)</sup>:

in Mio. EUR	Adressenrisiko								Länderrisiko Kreditgeschäft		Gesamt		davon GuV- wirksam	
	Direktabschreibungen		Einzelwertberichtigung		Pauschalwertberichtigung		Rückstellungen Kreditgeschäft		2010	2009	2010	2009	2010	2009
	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009						
<b>Stand 01.01.</b>			764	903	96	126	17	23	11	13	888	1.065		
Zuführungen			134	191			1	5	1	3	136	199	136	199
Inanspruchnahmen			96	266				1			96	267		
Auflösungen			77	57	13	30	5	10	4	5	99	102	99	102
Direktabschreibungen Eingänge	37	26											37	26
auf abgeschriebene Forderungen	3	5											3	5
Umbuchungen <sup>2)</sup>			-19	-5							-19	-5		
Wechselkurs- änderungen			9	-2							9	-2		
<b>Stand 31.12. <sup>1)</sup></b>	<b>34</b>	<b>21</b>	<b>715</b>	<b>764</b>	<b>83</b>	<b>96</b>	<b>13</b>	<b>17</b>	<b>8</b>	<b>11</b>	<b>819</b>	<b>888</b>	<b>71</b>	<b>118</b>

<sup>1)</sup> ohne EVB auf Altkredite in Höhe von 20 (i.V.: 39) Mio. EUR

<sup>2)</sup> Auflösungen zu Gunsten der sonstigen betrieblichen Erträge in Höhe von 3 Mio. EUR.

Der Bestand der Kredit-Risikovorsorge entfällt auf:

in Mio. EUR	31.12.2010	31.12.2009
Forderungen an Kreditinstitute	33	36
Forderungen an Kunden <sup>1)</sup>	773	835
Rückstellungen	13	17
<b>Insgesamt</b>	<b>819</b>	<b>888</b>

<sup>1)</sup> Angaben ohne Altkredite

## (29) Geografische Aufteilung von Ertragspositionen

Die nachfolgende geografische Aufteilung der Ertragspositionen erfolgt nach dem Standort der den Ertrag erzielenden Bankteile.

in Mio. EUR	Erträge aus dem Inland		Erträge aus dem Ausland		Erträge insgesamt	
	2010	2009	2010	2009	2010	2009
Zinserträge	1.714	2.448	96	200	1.810	2.648
Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen	25	118	1	0	26	118
Provisionserträge	330	324	10	15	340	339
Nettoertrag des Handelsbestands <sup>1)</sup>	47	62	6	-19	53	43
Sonstige betriebliche Erträge	125	106	0	1	125	107

<sup>1)</sup> als Vergleichszahl 2009 sind die Werte des Nettoergebnis aus Finanzgeschäften angegeben.

### (30) Außerordentliche Aufwendungen und Außerordentliche Erträge

in Mio. EUR	2010	2009
Außerordentliche Aufwendungen	21	7
Erstanwendungseffekte BilMoG	21	0
Zuführung zu Rückstellungen Restrukturierung und EU-Entscheidung	-	7
Außerordentliche Erträge	63	2
Erstanwendung BilMoG	63	0
Auflösung von Rückstellungen Restrukturierung und EU-Entscheidung	-	2
<b>Insgesamt</b>	<b>42</b>	<b>-5</b>

Die Zuführungen und Auflösungen von Rückstellungen für Restrukturierung und EU-Entscheidung werden ab dem Geschäftsjahr 2010 im Verwaltungsaufwand bzw. im sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesen.

### (31) Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Der ausgewiesene Ertragsteueraufwand in Höhe von 0,8 (i.Vj. -0,2) Mio. EUR entfällt vollständig auf die ausländischen Niederlassungen in London und Luxemburg. Deren steuerliches Ergebnis hat die LBB selbst zu versteuern.

Passive latente Steuern aus dem steuerlich zulässigen höheren Ansatz der Wertberichtigungen in der Niederlassung Luxemburg wurden mit aktiven latenten Steuern auf die handels- und steuerrechtlich voneinander abweichenden Wertansätze der Wertpapiere, der sonstigen Rückstellungen und mit den aktiven latenten Steuern auf Verlustvorträge der Niederlassung London verrechnet. Über den Saldierungsbereich hinausgehende aktive Steuerlatenzen werden in Ausübung des Wahlrechts des § 274 Abs. 1 S. 2 HGB nicht aktiviert.

Latente Steuern auf temporäre Differenzen, die auf das inländische Stammhaus der LBB entfallen, werden beim Organträger Holding ausgewiesen.

## (32) Aufgliederung der Umsatzerlöse nach Tätigkeitsbereichen

in Mio. EUR	Private Kunden	Firmenkunden	Immobilienfinanzierung	Aktivitäten am Kapital- und Geldmarkt	Gesamt
Zinsüberschuss	373	142	112	109	736
davon enthaltene Beteiligungserträge <sup>1)</sup>	5	1	0	1	7
Provisionsüberschuss	195	42	10	-16	231
Nettoaufwand/Nettoertrag des Handelsbestands	-	-	-	53	53

<sup>1)</sup> ohne verbundene Unternehmen und Erträge aus Gewinngemeinschaften

Die Beteiligungserträge sind den Strategischen Geschäftsfeldern entsprechend der Zuordnung der Beteiligungen zugeordnet.

## Sonstige Angaben

### (33) Außerbilanzielles Geschäft / Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen:

Nach der Detailvereinbarung mit dem Land Berlin (Einzelheiten siehe Lagebericht) ist für die Verpflichtungen der daran beteiligten Gesellschaften des Konzerns Bankgesellschaft Berlin AG (nunmehr Landesbank Berlin Holding AG) in einigen Fällen eine gesamtschuldnerische Haftung verschiedener Gesellschaften festgelegt worden. Die Haftungsverteilung im Innenverhältnis erfolgte durch Vereinbarung vom August 2002, ergänzt im August 2004, und sieht einen Haftungsausgleich nach darin näher bestimmten Regeln vor, die sich im Wesentlichen an den Beteiligungsverhältnissen an der haftungsverursachenden Gesellschaft orientieren. Mit Vertrag vom 19. Dezember 2005 hat die Bankgesellschaft Berlin AG (nunmehr Landesbank Berlin Holding AG) die wesentlichen von der Detailvereinbarung abgeschirmten Gesellschaften des Immobiliendienstleistungsgeschäfts an das Land Berlin veräußert. Die Detailvereinbarung enthält ferner Regelungen zu einem Besserungsschein, der als Teilgewinnabführungsvertrag mit der Holding mit einer Laufzeit von 15 Jahren ausgestaltet ist und sich an definierten Eigenkapitalquoten orientiert. Für die Übernahme der Risikoabschirmung ist, beginnend mit dem Geschäftsjahr 2002 bis zunächst einschließlich 2011, durch die Holding ein Festbetrag von jährlich 15 Mio. EUR an das Land Berlin zu zahlen. Die interne Aufteilung dieser Kosten erfolgte durch Vereinbarung vom August 2002, ergänzt im August 2004, und sieht eine teilweise Kostenerstattung durch die LBB entsprechend dem Verhältnis der Volumina der durch die Kreditgarantie abgeschirmten Kredite der LBB zu den insgesamt abgeschirmten Krediten vor.

Im Rahmen einer Vereinbarung zur Vorbereitung des Verkaufs der Anteile an der Weberbank war es erforderlich, den Komplementären der Weberbank eine Rückhaftung für ihre gesetzliche Haftung als persönlich haftende Gesellschafter der Weberbank zu gewähren. Diese Verpflichtung ist hinsichtlich zweier Komplementäre auf Ansprüche beschränkt, die bis zum 31. August 2005 entstanden sind und hinsichtlich eines weiteren Komplementärs auf Ansprüche, die bis zum 9. Dezember 2005 entstanden sind. Sie stellt kein zusätzliches wirtschaftliches Risiko für die verpflichteten Unternehmen dar. Nach Auffassung der LBB und Holding sind die genannten Verpflichtungen nicht als Kredite im Sinne des Kreditwesengesetzes zu behandeln.

Die LBB war neben anderen Landesbanken und dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Gewährträger der DekaBank Deutsche Girozentrale. Am 30. November 2002 hat die LBB ihre Anteile an der DekaBank verkauft. Die Verpflichtungen des Verkäufers aus der von ihm übernommenen Anstaltslast und Gewährträgerhaftung für die DekaBank endeten mit dem Stichtag mit Wirkung für die Zukunft. Für deren Verbindlichkeiten, die vor dem Stichtag bereits entstanden sind, bleibt es bei der Haftung des Verkäufers als Gewährträger.

Die LBB ist zu 99,7 (i.Vj.: 91,6) % an der Berlin-Hannoverschen Hypothekenbank AG beteiligt, welche der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen angeschlossen ist. Die LBB ist gemäß Erklärung vom 12. Dezember 2007 verpflichtet, dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e.V. als Träger der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen alle Aufwendungen einschließlich

Zinsen und Zinsentgang für Hilfsmaßnahmen zu ersetzen, die nicht aus Mitteln des für die Berlin-Hannoversche Hypothekbank AG gebildeten Fonds bestritten werden können.

Gemäß § 5 Abs.10 des Statuts für den Einlagensicherungsfonds des Bundesverbands der deutschen Banken ist die LBB darüber hinaus direkt verpflichtet, den Bundesverband deutscher Banken e.V. von Verlusten freizustellen, die bei ihm durch Maßnahmen zugunsten der netbank AG anfallen.

Die LBB selbst ist Mitglied in der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen. Deren jährliche Beiträge werden nach risikoorientierten Grundätzen bemessen. Daraus resultiert zum Jahresabschluss für die LBB eine Nachschussverpflichtung in Höhe von 72,1 (i.V.: 72,7) Mio. EUR. Sofern ein Stützungsfall eintritt, können die Nachschüsse sofort eingefordert werden.

Die Patronatserklärungen der LBB stellen sich wie folgt dar:

Die LBB trägt in Höhe ihrer (durchgerechneten) Beteiligungsquote bei ihren Tochterunternehmen i.S.v. § 290 Abs. 1 und 2 HGB, die in der Liste über den Anteilsbesitz gemäß § 285 Nr. 11 HGB entsprechend als derzeit gedeckt gekennzeichnet sind, von politischen Risiken abgesehen, dafür Sorge, dass diese Gesellschaften ihre Verpflichtungen erfüllen können.

Auf der außerordentlichen Hauptversammlung der Berlin-Hannoverschen Hypothekbank AG vom 9.12.2010 wurde der Beschluss gefasst, die Aktien der Minderheitsaktionäre gemäß §§ 327a ff. AktG gegen Gewährung einer angemessenen Barabfindung in Höhe von 7,15 Euro pro Aktie auf die LBB als Hauptaktionärin der BerlinHyp zu übertragen. Mit der Eintragung dieses Beschlusses in das Handelsregister wird sich daraus bei der LBB eine Zahlungsverpflichtung in Höhe von rd. 7,2 Mio. EUR ergeben. Der Squeeze Out ist am 25.01.2011 in das Handelsregister des Amtsgerichts Charlottenburg eingetragen worden.

Aus Mietverträgen mit einzelnen Laufzeiten bis in das Jahr 2026 ergeben sich zukünftige Belastungen von insgesamt 1.006,1 (i.Vj.: 1.002,6) Mio. EUR, davon 275,3 (i.Vj.: 231,7) Mio. EUR gegenüber verbundenen Unternehmen sowie 0,2 (i.Vj.: 0,0) Mio. EUR gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht.

Einzahlungsverpflichtungen für die Beteiligungen der Bank bestanden zum Jahresende in Höhe von 2,3 (i.Vj.: 2,2) Mio. EUR. Nachschusspflichten aus der Beteiligung an der Liquiditätskonsortialbank bestehen in Höhe von 12,6 (i.Vj.: 12,6) Mio. EUR.

Aus dem Vertrieb geschlossener Immobilienfonds ist die LBB verpflichtet, auf Verlangen der Kommanditisten deren Fondsanteile im Jahre 2019 zu einem Preis von 100% des Nominalbetrags (101 Mio. EUR) zu erwerben. Zur Abschirmung von sich daraus eventuell ergebenden Risiken besteht eine Rückstellung in Höhe von 12 (i.Vj.: 5) Mio. EUR.

Wertpapierleihegeschäfte werden mit dem Ziel getätigt, die Lieferfähigkeit des Wertpapierhandels sicherzustellen und Shortbestände einzudecken sowie bestehende Handelspositionen gegen Gebühr zu verleihen. Dabei werden die entliehenen Wertpapiere in der Bilanz nicht ausgewiesen, verliehene Wertpapiere werden weiterhin bilanziert. Die Risiken aus diesen Geschäften bestehen im Settlementrisiko. Es lässt sich als Unterschiedsbetrag zwischen dem Marktwert der zugrunde liegenden Wertpapiere und den erhaltenen bzw. gestellten Sicherheiten definieren. Vorteile ergeben sich aus den Zusatzerträgen der verliehenen Wertpapiere. Zum Bilanzstichtag waren Wertpapiere in Höhe von 4.447 Mio. EUR verliehen, die entliehenen Wertpapiere betragen 5.096 Mio. EUR.

### **(34) Eventualverbindlichkeiten und unwiderrufliche Kreditzusagen**

Das Risiko einer Inanspruchnahme der unter der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten aus Bürgschaften, Gewährleistungsverträgen und unwiderruflichen Kreditzusagen wird aufgrund der gegenwärtigen Bonität und des bisherigen Zahlungsverhaltens der Kreditnehmer als gering eingeschätzt. Erkennbare Anhaltspunkte, die eine andere Beurteilung erforderlich machen würden, liegen uns nicht vor.

### **(35) Bezüge des Vorstands und des Aufsichtsrats sowie diesem Personenkreis gewährte Kredite**

An Vorstände und Aufsichtsorgane wurden folgende Bezüge gezahlt:

in TEUR	2010	2009
Gesamtbezüge des Vorstands	5.326	4.475
Gesamtbezüge des Aufsichtsrats <sup>1)</sup>	262	262
Zuführung zu Pensionsverpflichtungen gegenüber aktiven Vorstandsmitgliedern	1	1.335
für Pensionsverpflichtungen gegenüber aktiven Vorstandsmitgliedern zum Jahresende zurückgestellt	7.759	7.758
an frühere Vorstandsmitglieder oder deren Hinterbliebene gezahlt	6.619	6.442
für Pensionsverpflichtungen gegenüber diesem Personenkreis zurückgestellt	59.673	68.530

<sup>1)</sup> ohne Umsatzsteuer

In den vorgenannten Bezügen des Vorstands ist eine erfolgsabhängige (variable) Vergütung in Höhe von 804 (i.Vj.: 0) TEUR enthalten. Die Zahlungen für frühere Vorstandsmitglieder oder deren Hinterbliebene werden um Nachzahlungen für Vorjahre in Höhe von 270 (i.Vj.: 22) TEUR erhöht ausgewiesen.

Die Mitglieder des Vorstands erhielten im Geschäftsjahr 2010 folgende Vergütungen:

in TEUR	Jahresvergütung		Sonstige Vergütungen <sup>2)</sup>	Gesamt
	Erfolgsunabhängige Vergütung	Erfolgsabhängige Vergütung für das Geschäftsjahr 2009 <sup>1)</sup>		
<b>Mitglieder des Vorstands</b>				
Dr. Johannes Evers (LBB H, LBB)	850	216	45	1.111
<i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>	<i>(330)</i>			
Serge Demolière (LBB)	1.014	108	57	1.179
<i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>	<i>(489)</i>			
Hans-Jürgen Kulartz (LBB)	651	126	45	822
<i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>	<i>(246)</i>			
Martin K. Müller (LBB)	675	126	34	835
<i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>	<i>(290)</i>			
Patrick Tessmann (LBB) <sup>3)</sup>	375	0	34	409
<i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>	<i>(188)</i>			
Dr. Thomas Veit (LBB H, LBB)	709	228	33	970
<i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>	<i>(300)</i>			
<b>Vergütung 2010 gesamt</b>	<b>4.274</b>	<b>804</b>	<b>248</b>	<b>5.326</b>

<sup>1)</sup> Im März 2010 hat der Aufsichtsrat über die erfolgsabhängigen (variablen) Vergütungen entschieden, die zu 60 % ausgezahlt und in die Vergütung 2010 einbezogen wurden. Die verbleibenden 40 % werden über einen dreijährigen Zurückbehaltungszeitraum gestreckt.

<sup>2)</sup> Die sonstigen Vergütungen betreffen Sachbezüge (Nutzung der Dienstwagen) von 141 TEUR sowie den sogenannten Arbeitgeber-Anteil Nettobezug (Übernahme der Versteuerung des geldwerten Vorteils durch den Arbeitgeber) in Höhe von 107 TEUR; daneben werden auch Fahrer zu üblichen Tarifbestimmungen beschäftigt. Der im Vorjahr noch einbezogene Arbeitgeberzuschuss zur Kranken- und Pflegeversicherung wurde nicht mehr mit einbezogen.

<sup>3)</sup> Herr Tessmann wurde mit Wirkung zum 1. April 2010 in den Vorstand der LBB bestellt.



Die Mitglieder des Vorstands erhielten im Geschäftsjahr 2009 folgende Vergütungen:

in TEUR	Jahresvergütung		Sonstige Vergütungen <sup>2)</sup>	Gesamt
	Erfolgsunabhängige Vergütung	Erfolgsabhängige Vergütung für das Geschäftsjahr 2008 <sup>1)</sup>		
<b>Mitglieder des Vorstands</b>				
Hans Jörg Vetter (LBB H, LBB) <sup>3)</sup>	483	0	13	496
<i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>	<i>(231)</i>			
Dr. Johannes Evers (LBB H, LBB) <sup>4)</sup>	746	0	46	792
<i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>	<i>(288)</i>			
Serge Demolière (LBB)	1.008	0	34	1.042
<i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>	<i>(489)</i>			
Hans-Jürgen Kulartz (LBB)	646	0	44	690
<i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>	<i>(246)</i>			
Martin K. Müller (LBB)	675	0	38	713
<i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>	<i>(290)</i>			
Dr. Thomas Veit (LBB H, LBB)	709	0	33	742
<i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>	<i>(300)</i>			
<b>Vergütung 2009 gesamt</b>	<b>4.267</b>	<b>0</b>	<b>208</b>	<b>4.475</b>

<sup>1)</sup> Für die im Geschäftsjahr 2008 erbrachte Tätigkeit sind keine erfolgsabhängigen (variablen) Vergütungen geleistet worden.

<sup>2)</sup> Die Sonstigen Vergütungen betreffen Sachbezüge (Nutzung der Dienstwagen) von 102 TEUR sowie den sogenannten Arbeitgeber-Anteil Nettobezug (Übernahme der Besteuerung des geldwerten Vorteils durch den Arbeitgeber) in Höhe von 103 TEUR; daneben werden auch Fahrer zu üblichen Tarifbestimmungen beschäftigt. Ferner sind in den genannten Sonstigen Vergütungen Zahlungen enthalten, die Herr Müller im Berichtsjahr als Arbeitgeberzuschuss zur Kranken- und Pflegeversicherung erhalten hat.

<sup>3)</sup> Herr Vetter ist mit Ablauf des 10. Juni 2009 aus dem Vorstand der LBB Holding und der LBB als Mitglied und Vorsitzender ausgeschieden.

<sup>4)</sup> Herr Dr. Evers ist ab dem 1. Juli 2009 Mitglied und Vorsitzender des Vorstands der LBB Holding und Vorsitzender des Vorstands der LBB AG.

Leistungen von Dritten wurden einzelnen Vorstandsmitgliedern im Hinblick auf ihre Tätigkeit als Vorstandsmitglied nicht zugesagt oder im Geschäftsjahr gewährt.

Vergütungskomponenten mit langfristiger Anreizwirkung (Bezugsrechte, sonstige aktienbasierte Vergütungselemente o.ä.) bestehen für die Vorstandsmitglieder nicht.

Die Angaben gemäß § 285 Satz 1 Nr. 9a, Satz 6 bis 8 HGB sind im Lagebericht enthalten.

Folgende Leistungen wurden für aktive Vorstandsmitglieder in der LBB aufgewandt oder zurückgestellt:

TEUR	Aufwand/Zuführung zu Rückstellungen in 2010 <sup>1)</sup>	Bilanzierte Pensions- rückstellung	Barwert des Versorgungsanspruchs per 31.12.2010
<b>Mitglieder des Vorstands</b>			
Dr. Johannes Evers (LBB H, LBB)	9	1.328	2.496
Serge Demolière (LBB)	12	1.392	1.940
Hans-Jürgen Kulartz (LBB)	29	1.375	2.377
Martin K. Müller (LBB)	90	1.159	1.202
Patrick Tessmann (LBB) <sup>2)</sup>	154	154	154
Dr. Thomas Veit (LBB H, LBB)	-293	2.351	3.522
<b>Insgesamt</b>	<b>1</b>	<b>7.759</b>	<b>11.691</b>

<sup>1)</sup> in 2010 aufgewandter oder zurückgestellter Betrag (inkl. 1/15 Erstanwendung BilMoG).

<sup>2)</sup> für Herrn Tessmann werden bedingt durch seinen Eintritt zum 1. April 2010 die Pensionsverpflichtungen in vollem Umfang gebildet.

Die für das **Geschäftsjahr 2010** an die einzelnen Mitglieder des Aufsichtsrats zu zahlende Vergütung beträgt einschließlich der Ausschusstätigkeit (jeweils ohne Umsatzsteuer):

in TEUR	2010	2009		2010	2009
<b>Mitglieder des Aufsichtsrats</b>			<b>Mitglieder des Aufsichtsrats</b>		
Heinrich Haasis	36,0	36,0	Claus Friedrich Holtmann	16,5	16,5
Bärbel Wulff	28,8	28,8	Michael Jänichen	22,5	22,5
Heiko Barten <sup>1)</sup>	10,5	5,9	Daniel Kasteel <sup>2)</sup>	-	4,6
Gregor Böhmer <sup>2)</sup>	-	7,3	Thomas Mang	16,5	16,5
Christina Förster <sup>2)</sup>	-	4,6	Astrid Maurer <sup>2)</sup>	-	4,6
Gerhard Grandke <sup>1)</sup>	16,5	9,3	Peter Mohr <sup>1)</sup>	10,5	5,9
Artur Grzesiek	18,5	18,5	Wolfgang Pansegrau <sup>1)</sup>	10,5	5,9
Sascha Händler <sup>2)</sup>	-	4,6	Andreas Rohde <sup>2)</sup>	-	4,6
Sabine Hentschel-Vélez Garzón <sup>1)</sup>	10,5	5,9	Helmut Schleweis <sup>4)</sup>	5,7	-
Gerald Herrmann <sup>1)</sup>	10,5	5,9	Peter Schneider	10,5	10,5
Jürgen Hilse <sup>3)</sup>	4,7	10,5	Dr. Harald Vogelsang	16,5	16,5
			Frank Wolf	16,5	16,5
<b>Summe</b>				<b>261,7</b>	<b>261,9</b>
zuzügl. USt				41,8	41,8
<b>Gesamtaufwand</b>				<b>303,5</b>	<b>303,7</b>

<sup>1)</sup> Mitglied seit 8. Juni 2009

<sup>2)</sup> Mitglied bis 8. Juni 2009

<sup>3)</sup> Mitglied bis 14. Juni 2010

<sup>4)</sup> Mitglied seit 14. Juni 2010

Zum Bilanzstichtag stellte sich der Gesamtbetrag der gewährten Vorschüsse und Kredite sowie eingegangenen Haftungsverhältnisse wie folgt dar:

in TEUR	2010	2009
an Mitglieder des Vorstands	297	296
an Mitglieder des Aufsichtsrats	93	98

Die Salden beinhalten zu Marktkonditionen gewährte Darlehen sowie zu Mitarbeiterkonditionen in Anspruch genommene Dispositionskredite und Abrechnungssalden auf Kreditkartenkonten.

### **(36) Anzahl der Beschäftigten im Jahresdurchschnitt**

	2010	2009
Vollzeitbeschäftigte	3.648	3.680
Teilzeitkräfte	1.036	992
Auszubildende	213	271
Insgesamt	4.897	4.943

### **(37) Mandate in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien**

Die Mandate von Mitgliedern des Vorstands der LBB in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien (§§ 285 Nr. 10, 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB) und von Mitarbeitern der LBB in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften (§ 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB) sind in den Anlagen 1 und 2 zum Anhang dargestellt.

## (38) Angaben über derivative Geschäfte

### Anlagebuch

Produktbereiche des derivativen Geschäftes per 31.12.2010						
in Mio. EUR	Restlaufzeit			Nominal- betrag Summe	positive Markt- werte	negative Markt- werte
	<= 1 Jahr	bis 5 Jahre	> 5 Jahre			
<b>Zinsderivate</b>	<b>10.521</b>	<b>57.931</b>	<b>29.217</b>	<b>97.669</b>	<b>2.995</b>	<b>3.141</b>
börsengehandelt	0	0	0	0	0	0
Futures	0	0	0	0	0	0
Options	0	0	0	0	0	0
OTC	10.521	57.931	29.217	97.669	2.995	3.141
Zinsswaps	7.521	57.931	29.217	94.669	2.995	3.070
Forward Rate Agreements	0	0	0	0	0	0
sonstige Zinskontrakte	0	0	0	0	0	0
Swaptions	3.000	0	0	3.000	0	71
Options Käufe	0	0	0	0	0	0
Options Verkäufe	0	0	0	0	0	0
Caps, Floors	0	0	0	0	0	0
<b>Währungsderivate</b>	<b>23</b>	<b>186</b>	<b>249</b>	<b>458</b>	<b>63</b>	<b>8</b>
börsengehandelt	0	0	0	0	0	0
Futures	0	0	0	0	0	0
Options	0	0	0	0	0	0
OTC	23	186	249	458	63	8
Devisentermingeschäfte	0	0	0	0	0	0
Cross-Currency-Swaps	23	186	249	458	63	8
Devisenoptionen, Käufe	0	0	0	0	0	0
Devisenoptionen, Verkäufe	0	0	0	0	0	0
sonstige Devisenkontrakte	0	0	0	0	0	0
<b>Aktienderivate und sonstige</b>	<b>0</b>	<b>9</b>	<b>0</b>	<b>9</b>	<b>1</b>	<b>0</b>
börsengehandelt	0	0	0	0	0	0
Futures	0	0	0	0	0	0
Options	0	0	0	0	0	0
OTC	0	9	0	9	1	0
Aktien-Index-Swaps	0	0	0	0	0	0
Aktien-/Indexoptionen, Käufe	0	9	0	9	1	0
Aktien-/Indexoptionen, Verkäufe	0	0	0	0	0	0
Embeddeds	0	0	0	0	0	0
<b>Kreditderivate</b>	<b>638</b>	<b>1.869</b>	<b>447</b>	<b>2.954</b>	<b>22</b>	<b>36</b>
<b>Insgesamt</b>	<b>11.182</b>	<b>59.995</b>	<b>29.913</b>	<b>101.090</b>	<b>3.081</b>	<b>3.185</b>

Das Derivategeschäft der LBB entfällt auf Microeinheiten zur Absicherung von Marktrisiken einzelner bilanzieller Grundgeschäfte und Derivate zur Steuerung der Zinsänderungsrisiken aus Positionsüberhängen im Bankbuch.

Die Steuerung des Zinsrisikos im Bankbuch erfolgt im Wesentlichen über Zinsswaps. Methodisch unterliegt die Steuerung wie im Handel dem Capital-at-Risk Verfahren auf der Basis einer Haltedauer von 10 Tagen und einem Konfidenzniveau von 99 %.

## Handelsbuch

Produktbereiche des derivativen Geschäftes per 31.12.2010						
in Mio. EUR	Restlaufzeit			Nominal- betrag Summe	positive Markt- werte	negative Markt- werte
	<= 1 Jahr	bis 5 Jahre	> 5 Jahre			
<b>Zinsderivate</b>	<b>81.998</b>	<b>121.786</b>	<b>100.381</b>	<b>304.165</b>	<b>6.825</b>	<b>6.810</b>
börsengehandelt	6.524	771	0	7.295	0	0
Futures	2.409	771	0	3.180	0	0
Options	4.115	0	0	4.115	0	0
OTC	75.474	121.015	100.381	296.870	6.825	6.810
Zinsswaps	56.677	102.677	69.446	228.800	6.037	5.965
Forward Rate Agreements	10.549	0	0	10.549	11	11
sonstige Zinskontrakte	0	0	0	0	0	0
Swaptions	3.031	10.861	16.507	30.399	340	518
Options Käufe	0	0	0	0	0	0
Options Verkäufe	0	0	0	0	0	0
Caps, Floors	5.217	7.477	14.428	27.122	437	316
<b>Währungsderivate</b>	<b>4.820</b>	<b>2.125</b>	<b>160</b>	<b>7.105</b>	<b>90</b>	<b>78</b>
börsengehandelt	0	0	0	0	0	0
Futures	0	0	0	0	0	0
Options	0	0	0	0	0	0
OTC	4.820	2.125	160	7.105	90	78
Devisentermingeschäfte	3.951	123	0	4.074	75	60
Cross-Currency-Swaps	869	1.962	160	2.991	14	18
Devisenoptionen, Käufe	0	0	0	0	0	0
Devisenoptionen, Verkäufe	0	0	0	0	0	0
sonstige Devisenkontrakte	0	40	0	40	1	0
<b>Aktienderivate und sonstige</b>	<b>2.470</b>	<b>4.191</b>	<b>40</b>	<b>6.701</b>	<b>704</b>	<b>632</b>
börsengehandelt	1.707	437	1	2.145	187	185
Futures	238	12	1	251	0	0
Options	1.469	425	0	1.894	187	185
OTC	763	3.754	39	4.556	517	447
Aktien-Index-Swaps	330	184	22	536	60	42
Aktien-/Indexoptionen, Käufe	245	1.920	14	2.179	457	0
Aktien-/Indexoptionen, Verkäufe	188	1.650	3	1.841	0	405
Embeddeds	0	0	0	0	0	0
<b>Kreditderivate</b>	<b>1.704</b>	<b>3.480</b>	<b>90</b>	<b>5.274</b>	<b>68</b>	<b>70</b>
<b>Insgesamt</b>	<b>90.992</b>	<b>131.582</b>	<b>100.671</b>	<b>323.245</b>	<b>7.687</b>	<b>7.590</b>

Die angegebenen Marktwerte stellen den beizulegenden Zeitwert dar, welcher durch Verkauf oder Glattstellung erzielbar beziehungsweise aufzuwenden ist, wobei Transaktionskosten nicht einfließen. Die sich aus den oben dargestellten negativen Marktwerten ergebenden Risiken sind, soweit handelsrechtlich erforderlich, durch entsprechende Rückstellungen abgedeckt

Die Handelsbuchderivate werden mit ihren positiven bzw. negativen Marktwerten in der Bilanzposition Handelsaktiva bzw. Handelspassiva ausgewiesen.

Kontrahentenstruktur im derivativen Geschäft nach Kreditrisikoäquivalenten		
in Mio. EUR	31.12.2010	31.12.2009
Forderungsklasse Institute	348	388
Sonstige Forderungsklassen (Sonstige Unternehmen, Privatpersonen)	322	396
<b>Insgesamt</b>	<b>670</b>	<b>784</b>

Die angegebenen Kreditrisikoäquivalente wurden nach der Marktbewertungsmethode ermittelt, wie sie für die Meldung entsprechend der Solvabilitätsverordnung vorgesehen ist. Die Kreditrisikoäquivalente werden nach dem Kontrahentenrisiko gewichtet aufgeführt, wobei das Kontrahentennetting berücksichtigt ist.

### (39) Verzeichnis des Anteilsbesitzes

gemäß §§ 285 Nr. 11 und 11a sowie 340a Abs. 4 Nr. 2 HGB  
Zielwährung/Einheit: EUR / in Tsd.

Verbundene Unternehmen					
Lfd. Nr.	Name/Ort	Kapitalanteil	abw. WKZ Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis
1.	BankenService GmbH Unternehmensgruppe Landesbank Berlin, Berlin <sup>4) 11)</sup>	100,00	EUR	5.528	2.830
2.	Bavaria Immobilien Projektsteuerungs GmbH & Co. Objekt Berlin-Mitte Leipziger Straße KG, Berlin <sup>1) 8)</sup>	100,00	EUR	-1.841	35
3.	BB-Grundstücksgesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin <sup>4) 11)</sup>	94,90	EUR	51	0
4.	Berlin Hyp Immobilien GmbH, Berlin <sup>1) 4) 8)</sup>	100,00	EUR	26	0
5.	Berlin-Hannoversche Hypothekbank Aktiengesellschaft, Berlin <sup>3) 4) 11)</sup>	99,66	EUR	830.903	0
6.	Beteiligungsgesellschaft B & E Maßnahmen mbH, Berlin <sup>1) 8)</sup>	100,00	EUR	22	-3
7.	B & E Maßnahme Naumburg GmbH, Leipzig <sup>1) 8)</sup>	100,00	EUR	25	0
8.	B & E Maßnahme Wustermark GmbH, Berlin <sup>1) 8)</sup>	100,00	EUR	-617	-642
9.	Crown Court I LLC, City of Wilmington/Delaware <sup>11)</sup>	100,00	EUR	-30.211	-10.702
10.	Crown Court Property London Ltd., London <sup>1) 12) 14)</sup>	100,00	GBP	16.000	595
11.	egs Entwicklungsgesellschaft Südhorn mbH, Berlin <sup>1) 8)</sup>	94,00	EUR	-1.642	-24
12.	Eurospeedway Lausitz Entwicklungs GmbH, Berlin <sup>1) 8)</sup>	100,00	EUR	760	338
13.	FAKT Immobilien Management-Verwaltungs GmbH, Berlin <sup>1) 8)</sup>	100,00	EUR	-27	359
14.	FURIS Verwaltung GmbH, Pullach, <sup>1) 8)</sup>	100,00	EUR	13	1
15.	FURIS Verwaltung GmbH & Co. KG, Pullach <sup>1) 8)</sup>	100,00	EUR	23	3
16.	GfBI Beteiligungsmanagement GmbH, Berlin <sup>1) 11)</sup>	100,00	EUR	100	0
17.	GfBI Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien mbH, Berlin <sup>4) 11)</sup>	100,00	EUR	9.436	0
18.	GfBI Immobilien Solutions GmbH, Berlin <sup>1) 11)</sup>	100,00	EUR	-925	-997
19.	Grundstücksgesellschaft Bad Freienwalde/Gardelegen GbR, Berlin <sup>2) 8)</sup>	76,71	EUR	-24.512	-1.314
20.	Grundstücksgesellschaft Lehrter Straße GbR, Berlin <sup>12)</sup>	99,93	EUR	-8.688	327
21.	Grundstücksgesellschaft Weichselstraße GbR - STADT UND LAND-Fonds 1 -, Berlin <sup>8)</sup>	60,22	EUR	3.834	1
22.	Harpalus Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG i. L., München <sup>1) 8)</sup>	78,10	EUR	45	-6
23.	HaWe Verwaltungsgesellschaft mbH, Berlin <sup>1) 4) 8)</sup>	100,00	EUR	26	0
24.	HILOG Beteiligungs GmbH & Co. Mobilienleasing KG, Pöcking <sup>8)</sup>	92,49	92,47 EUR	87	-48
25.	IDL Beteiligungsgesellschaft mbH, Berlin <sup>1) 8)</sup>	100,00	EUR	19	0
26.	IDL Objektbeteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG, Berlin <sup>8)</sup>	100,00	EUR	117	2
27.	Landesbank Berlin International S.A., Luxembourg <sup>3) 12)</sup>	100,00	EUR	168.984	23.813
28.	Lausitzring GmbH & Co. KG i. L., Klettwitz <sup>1) 8)</sup>	70,00	EUR	-84.277	44
29.	LBB Finance (Ireland) plc, Dublin <sup>11)</sup>	100,00	EUR	1.351	10
30.	LBB Grundstücks-Gesellschaft mbH der Landesbank Berlin AG, Berlin <sup>4) 11)</sup>	100,00	EUR	5.880	0
31.	LBB-Immobilien-Service GmbH, Berlin <sup>4) 11)</sup>	100,00	EUR	1.460	0
32.	LBB Re Luxembourg S. A., Luxembourg <sup>12)</sup>	100,00	EUR	3.200	0
33.	Linden Grundstücks GmbH, Berlin (ehemals DirektBankService GmbH Unternehmensgruppe Bankgesellschaft Berlin, Berlin) <sup>8)</sup>	100,00	EUR	104	0
34.	netbank Aktiengesellschaft, Hamburg <sup>12)</sup>	74,99	EUR	21.110	-2.674
35.	SDZ Ostbrandenburg GmbH, Berlin <sup>1) 8)</sup>	100,00	EUR	99	16
36.	Theseus Immobilien Management GmbH & Co. Objekt Leipziger Straße KG, Berlin <sup>1) 8)</sup>	100,00	EUR	2	-3
37.	Versicherungsservice GmbH Unternehmensgruppe Landesbank Berlin, Berlin <sup>4) 11)</sup>	100,00	EUR	1.036	0
38.	Wilkendorf Bau- und Projektentwicklungsgesellschaft mbH, Berlin <sup>1) 8)</sup>	100,00	EUR	545	15
39.	Wohnbau Tafelgelände Beteiligungs GmbH, München <sup>1) 7)</sup>	75,00	EUR	46	1
40.	Wohnbau Tafelgelände GmbH & Co. KG, München <sup>1) 7)</sup>	75,00	EUR	499	-262

## Sonstige Unternehmen von mindestens 20 v. H.

Lfd. Nr.	Name/Ort	Kapital-anteil	abw. WKZ	Stimm-rechte	Eigenkapital	Ergebnis
41.	Apollon Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. KG - Vierter IBV-Immobilienfonds für Deutschland -, Berlin <sup>1) 8)</sup>	47,47		EUR	32.305	2.263
42.	Apollon Immobilien Verwaltungsgesellschaft mbH, Berlin <sup>1) 8)</sup>	30,00		EUR	77	5
43.	B + S Card Service GmbH, Frankfurt am Main <sup>10)</sup>	25,10		EUR	13.338	4.413
44.	BBB Bürgschaftsbank zu Berlin-Brandenburg GmbH, Berlin <sup>8)</sup>	21,79		EUR	8.488	112
45.	BerlinOnline Stadtportal GmbH & Co. KG, Berlin <sup>8)</sup>	45,00		EUR	2.902	-1.225
46.	BerlinOnline Stadtportalbeteiligungsgesellschaft mbH, Berlin <sup>8)</sup>	45,00		EUR	31	1
47.	BHS Berliner Hannoversche Software GmbH, Hannover <sup>8)</sup>	50,00		EUR	1.144	13
48.	CidS! Computer in die Schulen gemeinnützige Gesellschaft mbH, Berlin <sup>8)</sup>	50,00		EUR	145	11
49.	Gaia Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Bautzener Gesundbrunnen KG, Berlin <sup>1) 8)</sup>	49,00		EUR	-211	-28
50.	Gartenstadt Stahnsdorf GmbH i. L., Berlin <sup>1) 6)</sup>	49,00		EUR	3	-1
51.	Gartenstadt Stahnsdorf GmbH & Co. Projektentwicklungs KG i. L., Berlin <sup>1) 8)</sup>	48,48		EUR	-2.987	-2.987
52.	GbR TOCOTAX <sup>8)</sup>	0,00	33,33	EUR	0	-171
53.	Gesellschaft bürgerlichen Rechts Möllendorffstraße/Parkau, Berlin <sup>1) 8)</sup>	50,00		EUR	-1.149	43
54.	Gumes Verwaltung GmbH & Co. Objekt Rostock KG, München <sup>8)</sup>	39,60	20,00	EUR	25	0
55.	NORD EK Norddeutsche Einkaufskoordination der Landesbank Berlin AG und der Norddeutsche Landesbank Girozentrale GbR, Berlin/Hannover <sup>8)</sup>	0,00	50,00	EUR	328	49
56.	PEB Capital B. V. in liquidation, Hilversum <sup>12)</sup>	42,39		EUR	99	-11
57.	Projektgesellschaft Forum Neukölln GbR mit auf das Gesellschaftsvermögen beschränkter Haftung, Berlin <sup>1) 5)</sup>	0,00	40,00	EUR	0	0
58.	SDZ Südbayern GmbH, Schwabmünchen <sup>1) 13)</sup>	30,00			k. A.	k. A.
59.	Theseus Immobilien Management GmbH & Co. KG - Zweiter IBV-Immobilienfonds International -, Berlin <sup>1) 8)</sup>	26,80		EUR	30.280	3.604
60.	WISUS Beteiligungs GmbH & Co. Zweite Vermietungs KG, München <sup>11)</sup>	49,00	36,30	EUR	-2.780	214

1 Mittelbar gehalten.

2 Einschließlich mittelbar gehaltener Anteile

3 Für die Gesellschaft gilt die Patronatserklärung der Landesbank Berlin AG gem. Abdruck unter Ziffer (33) des Anhangs

4 Die Gesellschaft hat einen Ergebnisabführungs- und/oder Beherrschungsvertrag.

5 Es liegen Daten zum 31.12.2007 vor.

6 Es liegen Daten zum 31.12.2008 vor.

7 Es liegen Daten zum 30.09.2009 vor - abweichender Jahresabschlussstermin.

8 Es liegen Daten zum 31.12.2009 vor.

9 Zahlen aus JA/Anteilsbesitz der Muttergesellschaft (Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien GmbH)

10 Es liegen Daten zum 30.09.2010 vor - abweichender Jahresabschlussstermin.

11 Es liegen Daten zum 31.12.2010 vor.

12 Es liegen vorläufige Daten zum 31.12.2010 vor.

13 Die Gesellschaft wurde in 2010 gegründet, ein JA liegt noch nicht vor.

Kurs vom 31.12.2010

14 1 EUR = 0,8607 GBP

## Verzeichnis der Gesellschaften mit Beherrschungs- und/oder Ergebnisabführungsverträgen mit der Landesbank Berlin AG

Gesellschaft
1. BankenService GmbH Unternehmensgruppe Landesbank Berlin, Berlin
2. BB-Grundstücksgesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin
3. Berlin-Hannoversche Hypothekenbank Aktiengesellschaft, Berlin
4. GfBI Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien mbH, Berlin
5. LBB Grundstücks-Gesellschaft mbH der Landesbank Berlin AG, Berlin
6. LBB-Immobilien-Service GmbH, Berlin
7. Versicherungsservice GmbH Unternehmensgruppe Landesbank Berlin, Berlin

### (40) Deckungsrechnung

Angaben gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 1 PfandBG:

Nominal in TEUR	Hypothekenregister		Öffentliches Register	
	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2009
Nennwert Deckungsmasse	3.022.757	2.898.460	4.615.073	5.314.274
Nennwert Pfandbriefumlauf	2.545.642	2.343.142	2.621.618	3.540.476
Nennwertüberdeckung	477.115	555.318	1.993.455	1.773.798
Barwert Deckungsmasse	3.196.986	3.034.329	4.854.624	5.516.459
Barwert Pfandbriefumlauf	2.624.124	2.418.788	2.743.238	3.517.564
Barwertüberdeckung	572.862	615.541	2.111.386	1.998.895
Risikobarwert Deckungsmasse	3.086.695	2.927.407	4.695.480	5.418.978
Risikobarwert Umlauf	2.531.117	2.343.369	2.688.337	3.620.414
Risikobarwertüberdeckung	555.578	584.038	2.007.143	1.798.564



Angaben gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG:

Laufzeitstruktur Hypothekenregister

Zinsbindungsfristen der Darlehen	Anteil %	Deckungsmasse TEUR	Anteil %	Deckungsmasse TEUR
in TEUR	31.12.2010		31.12.2009	
Ersatzdeckung	7,97	241.043	8,01	232.198
Bis zu einem Jahr	30,13	910.667	31,79	921.210
> 1 Jahr und bis zu 2 Jahren	6,73	203.497	4,64	134.542
> 2 Jahre und bis zu 3 Jahren	9,07	274.131	6,90	199.975
> 3 Jahre und bis zu 4 Jahren	8,63	260.772	9,24	267.921
> 4 Jahre und bis zu 5 Jahren	6,09	183.977	7,02	203.558
> 5 Jahre und bis zu 10 Jahren	27,17	821.350	27,89	808.417
> 10 Jahre	4,21	127.321	4,51	130.639
Insgesamt:	100,00	3.022.757	100,00	2.898.460

Laufzeitstruktur der Pfandbriefe	Anteil %	Deckungsmasse TEUR	Anteil %	Deckungsmasse TEUR
	31.12.2010		31.12.2009	
bis zu einem Jahr	11,78	299.827	22,82	535.000
> 1 Jahr und bis zu 2 Jahren	15,52	395.000	12,80	299.827
> 2 Jahre und bis zu 3 Jahren	17,76	452.065	13,02	305.000
> 3 Jahre und bis zu 4 Jahren	15,86	403.750	12,32	288.565
> 4 Jahre und bis zu 5 Jahren	6,30	160.500	10,62	248.750
> 5 Jahre und bis zu 10 Jahren	32,78	834.500	28,42	666.000
> 10 Jahre	0,00	0	0,00	
Insgesamt:	100,00	2.545.642	100,00	2.343.142

## Laufzeitstruktur Öffentliches Register

Zinsbindungsfristen der Darlehen	Anteil %	Deckungsmasse TEUR	
		31.12.2010	31.12.2009
Ersatzdeckung	0,00	0	0
bis zu einem Jahr	31,05	1.433.076	1.628.430
> 1 Jahr und bis zu 2 Jahren	4,42	203.772	582.582
> 2 Jahre und bis zu 3 Jahren	10,09	465.664	488.438
> 3 Jahre und bis zu 4 Jahren	9,44	435.438	523.622
> 4 Jahre und bis zu 5 Jahren	7,80	360.107	611.396
> 5 Jahre und bis zu 10 Jahren	37,09	1.711.675	1.473.664
> 10 Jahre	0,12	5.341	6.142
Ersatzdeckung			
<b>Insgesamt:</b>	<b>100,00</b>	<b>4.615.073</b>	<b>5.314.274</b>

Laufzeitstruktur der Pfandbriefe	Anteil %	Deckungsmasse TEUR	
		31.12.2010	31.12.2009
bis zu einem Jahr	50,86	1.333.290	1.047.359
> 1 Jahr und bis zu 2 Jahren	9,42	247.000	1.333.290
> 2 Jahre und bis zu 3 Jahren	14,41	377.827	247.000
> 3 Jahre und bis zu 4 Jahren	5,99	157.000	377.827
> 4 Jahre und bis zu 5 Jahren	0,76	20.000	147.000
> 5 Jahre und bis zu 10 Jahren	18,56	486.500	388.000
> 10 Jahre	0,00		
<b>Insgesamt:</b>	<b>100,00</b>	<b>2.621.618</b>	<b>3.540.476</b>

Angaben gemäß **§ 28 Abs. 1 Nr. 3 PfandBG**:

Es existieren keine Derivate, die einen Anteil an den Deckungsmassen gemäß § 19 Abs. 1 Nr. 4 Satz 3 PfandBG darstellen würden.

Angaben gemäß **§ 28 Abs. 2 Nr. 1a PfandBG**:

Größenklassen		
in TEUR	31.12.2010	31.12.2009
bis 300.000 EUR	398.925	318.807
mehr als 300.000 bis 5.000.000 EUR	1.158.408	1.221.350
mehr als 5.000.000 EUR	1.224.382	1.126.105
<b>Summe:</b>	<b>2.781.715</b>	<b>2.666.262</b>

Angaben gemäß § 28 Abs. 2 Nr. 1 b und c PfandBG:

Objektsplitting (wohnwirtschaftliche Objekttypen)

Staaten	Wohnungen		Einfamilienhäuser		Mehrfamilienhäuser		Gesamt	
in TEUR	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009
Deutschland	71.307	50.344	150.605	108.417	911.850	476.990	1.133.762	635.751
Länder gesamt:	71.307	50.344	150.605	108.417	911.850	476.990	1.133.762	635.751

Regionen:	Wohnungen		Einfamilienhäuser		Mehrfamilienhäuser		Gesamt	
in TEUR	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009
Baden-Württemberg	0	0	79	0	0	0	79	0
Bayern	0	0	2.559	1.025	10.197	6.430	12.756	7.455
Berlin	59.015	37.322	100.227	74.388	800.270	400.683	959.512	512.393
Brandenburg	7.941	7.759	45.282	30.706	44.509	34.109	97.732	72.574
Bremen	49	0	0	0	0	0	49	0
Hamburg	156	156	0	0	287	881	443	1.037
Hessen	145	101	0	166	9.580	2.261	9.726	2.528
Mecklenburg-Vorpommern	1.367	1.432	127	0	2.904	3.037	4.398	4.469
Niedersachsen	114	118	156	159	9.677	6.927	9.947	7.204
Nordrhein-Westfalen	1.992	2.890	479	280	15.131	9.721	17.602	12.891
Saarland	0	0	0	0	822	0	822	0
Sachsen	0	0	644	644	14.809	10.589	15.453	11.233
Sachsen-Anhalt	0	0	174	186	3.306	2.352	3.480	2.538
Schleswig-Holstein	81	78	857	842	0	0	937	920
Thüringen	447	488	21	21	358	0	827	509
Insgesamt:	71.307	50.344	150.605	108.417	911.850	476.990	1.133.762	635.751

Angaben gemäß § 28 Abs. 2 Nr. 1 b und c PfandBG:

Objektsplitting (gewerbliche Objekttypen)

Staaten	Büro- gebäude		Handels- gebäude		Industrie- gebäude		Sonstige gewerbl. genutzte Gebäude		Unfertige und nicht ertragsf. Neubauten		Bauplätze		Gesamt	
TEUR	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009
Deutschland	687.667	1.036.136	351.712	431.699	213.162	186.189	234.855	264.503	0	0	913	997	1.488.309	1.919.524
Frankreich	147.500	110.987	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	147.500	110.987
Polen	12.144	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	12.144	0
Länder gesamt:	847.310	1.147.123	351.712	431.699	213.162	186.189	234.855	264.503	0	0	913	997	1.647.952	2.030.511

Regionen	Büro- gebäude		Handels- gebäude		Industrie- gebäude		Sonstige gewerbl. genutzte Gebäude		Unfertige und nicht ertragsf. Neubauten		Bauplätze		Gesamt	
TEUR	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009
DE Baden- Württemberg	7.487	6.288	21.852	58.559	21.458	21.848	14.994	17.658	0	0	0	0	65.791	104.353
DE Bayern	43.845	47.552	14.416	12.707	2.640	2.640	17.368	19.418	0	0	0	183	78.269	82.500
DE Berlin	368.400	706.825	62.778	55.026	73.279	74.496	41.007	45.061	0	0	801	438	546.266	881.846
DE Brandenburg	26.648	34.784	29.988	49.552	27.781	27.190	11.602	8.967	0	0	112	376	96.130	120.869
DE Bremen	0	0	2.253	2.253	0	0	0	0	0	0	0	0	2.253	2.253
DE Hamburg	4.921	4.957	0	0	0	0	11.408	11.408	0	0	0	0	16.329	16.365
DE Hessen	67.089	69.644	19.049	16.581	32.034	28.656	5.227	0	0	0	0	0	123.400	114.881
DE Mecklenburg- Vorpommern	2.736	2.623	16.804	17.104	0	0	107	107	0	0	0	0	19.647	19.834
DE Niedersachsen	26.351	27.471	28.141	42.874	5.517	5.940	14.961	14.755	0	0	0	0	74.969	91.040
DE Nordrhein- Westfalen	98.969	88.242	51.539	55.224	28.351	12.987	79.505	109.293	0	0	0	0	258.364	265.746
DE Rheinland-Pfalz	8.083	5.812	6.111	10.801	0	0	6.473	6.787	0	0	0	0	20.667	23.400
DE Saarland	0	0	2.064	2.064	152	152	0	0	0	0	0	0	2.216	2.216
DE Sachsen	15.591	14.980	14.536	14.495	6.183	446	23.659	22.505	0	0	0	0	59.969	52.426
DE Sachsen- Anhalt	12.031	9.992	27.037	33.173	4.398	4.398	3.386	3.386	0	0	0	0	46.851	50.949
DE Schleswig- Holstein	0	6.780	12.517	18.661	6.950	6.950	0	0	0	0	0	0	19.467	32.391
DE Thüringen	5.517	10.186	42.625	42.625	4.419	486	5.158	5.158	0	0	0	0	57.719	58.455
FR Île-de-France	147.500	110.987	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	147.500	110.987
PL Mazowieckie	12.144	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	12.144	0
Insgesamt:	847.310	1.147.123	351.712	431.699	213.162	186.189	234.855	264.503	0	0	913	997	1.647.952	2.030.511

Angaben gemäß § 28 Abs. 2 Nr. 2 PfandBG:

Lage des Grundpfandrechts in TEUR	Rückständige Tilgung		Rückständige Zinsen	
	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2009
Deutschland	80,7	9,0	91,5	8,5
Insgesamt:	80,7	9,0	91,5	8,5
Berlin	77,1	6,8	89,9	6,6
Brandenburg	0,0	2,2	0,0	1,9
Rheinland-Pfalz	3,6	0,0	1,6	0,0
Deutschland gesamt:	80,7	9,0	91,5	8,5

Angaben gemäß § 28 Abs. 2 Nr. 3 a/b/c PfandBG:

Anzahl	Gewerblich		Wohnungsbau	
	2010	2009	2010	2009
Zum Abschlussstichtag anhängige Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsverfahren	0	0	0	0
Im Geschäftsjahr durchgeführte Zwangsversteigerungen	0	0	0	0
Innerhalb des Geschäftsjahres zur Verhütung von Verlusten übernommene Grundstücke	0	0	0	0

Liquiditätsdeckung gemäß § 4 Abs. 1a PfandBG

in TEUR	2010
Hypothekendarlehen	
Liquiditätsüberdeckung 180-Tage-Min.	261.380
Liquiditätsdeckung am 20.01.2011	31,05
Liquiditätssaldo kumuliert am 21.06.2010	4,42
öffentlicher Pfandbrief	
Liquiditätsüberdeckung 180-Tage-Min.	1.758.285
Liquiditätsdeckung am 20.01.2011	2.676.630
Liquiditätssaldo kumuliert am 21.06.2010	-918.345

Angaben gemäß § 28 Abs. 3 Nr. 1 PfandBG:

Öffentliche Kreditnehmer nach Typen und Staaten

Schuldner (direkt oder mit Garantie)	Staatsregierungen		Regionale Gebietskörperschaften		Örtliche Gebietskörperschaften		Sonstige öffentliche Schuldner		Gesamt	
	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009
in TEUR										
Canada	0	0	35.000	0	0	0	0	0	35.000	0
Deutschland	290.314	302.191	2.448.643	2.394.364	154.078	220.467	1.632.234	2.193.934	4.525.269	5.110.956
Österreich	0	0	0	0	0	0	44.562	43.148	44.562	43.148
Polen	10.000	10.000	0	0	0	0	0	0	10.000	10.000
Rumänien	0	50.000	0	0	0	0	0	0	0	50.000
Ungarn	0	100.000	0	0	0	0	0	0	0	100.000
Insgesamt:	300.314	462.191	2.483.643	2.394.364	154.078	220.467	1.676.796	2.237.082	4.614.831	5.314.104

Angabe gemäß § 28 Abs. 3 Nr. 2 PfandBG:

Kundengruppen mit seit mindestens 90 Tagen rückständigen Leistungen

Schuldner	Staatsregierungen		Regionale Gebiets- körperschaften		Örtliche Gebiets- körperschaften		Sonstige öffentliche Schuldner		Gesamt	
	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009
in TEUR										
Insgesamt:	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0

## Organe der Landesbank Berlin AG

### Vorstand der Landesbank Berlin AG

**Dr. Johannes Evers**  
Vorsitzender

**Jan Bettink**  
ab 1. Januar 2011

**Serge Demolière**

**Hans Jürgen Kulartz**

**Martin K. Müller**

**Patrick Tessmann**  
ab 1. April 2010

**Dr. Thomas Veit**  
bis 31. Dezember 2010

### Aufsichtsrat der Landesbank Berlin AG

<b>Heinrich Haasis</b> Vorsitzender	Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands
<b>Bärbel Wulff *)</b> stellv. Vorsitzende	stellv. Vorsitzende des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG
<b>Heiko Barten *)</b>	Vorsitzender des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG
<b>Gerhard Grandke</b>	Geschäftsführender Präsident des Sparkassen- und Giroverbands Hessen-Thüringen
<b>Artur Grzesiek</b>	Vorstandsvorsitzender der Sparkasse KölnBonn
<b>Sabine Hentschel-Vélez Garzón *)</b>	Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG Referentin Business Management der Landesbank Berlin AG
<b>Gerald Herrmann *)</b>	Bundesfachgruppenleiter Sparkassen/Bundesbank ver.di Bundesverwaltung Berlin
<b>Jürgen Hilse</b> bis 14. Juni 2010	ehem. Vorstandsvorsitzender der Kreissparkasse Göppingen
<b>Claus Friedrich Holtmann</b>	Geschäftsführender Präsident des Ostdeutschen Sparkassenverbands
<b>Michael Jänichen *)</b>	Bereichsleiter Firmenkunden der Landesbank Berlin AG

<b>Thomas Mang</b>	Präsident des Sparkassenverbands Niedersachsen
<b>Peter Mohr *)</b>	Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG
<b>Wolfgang Pansegrau *)</b>	stellv. Vorsitzender des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG
<b>Helmut Schleweis</b> ab 14. Juni 2010	Vorsitzender des Vorstands der Sparkasse Heidelberg
<b>Peter Schneider</b>	Präsident des Sparkassenverbands Baden-Württemberg
<b>Dr. Harald Vogelsang</b>	Vorstandssprecher der HASPA Finanzholding und der Hamburger Sparkasse AG
<b>Frank Wolf *)</b>	Fachbereichsleiter Finanzdienstleistungen der ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg

\*) Arbeitnehmervertreter



Berlin, 15. Februar 2011

### Der Vorstand

Dr. Evers

Bettink

Demolière

Kulartz

Müller

Tessmann

### Anlagen

- |           |  |
|-----------|--|
| Anlage 1: | Mandate von Mitgliedern des Vorstands in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien (§§ 285 Nr. 10, 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB )                        |
| Anlage 2: | Mandate von Mitarbeitern in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften (§ 267 Abs. 3 HGB, § 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB ) |

## Mandate des Vorstands nach § 285 Nr. 10 HGB beziehungsweise § 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB

- a) Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten
- a)\* Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten von Konzerngesellschaften
- b) Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen

## Vorstand

### Dr. Johannes Evers

Vorsitzender des Vorstands

Vorsitzender des Vorstands der Landesbank Berlin Holding AG, Berlin

---

- a) stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
  - Atos Worldline Processing GmbH, Frankfurt am Main (bis 24.06.2010)
- a)\* stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
  - Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG, Berlin
  - Landesbank Berlin Investment GmbH, Berlin
  - netbank Aktiengesellschaft, Hamburg (bis 31.05.2010)
- b) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
  - GfBI Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien mbH, Berlin
  - Deutscher Sparkassen Verlag GmbH, Stuttgart  
(seit 15.03.2010, zuvor stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats)
- Mitglied des Aufsichtsrats der
  - B+S Card Service GmbH, Frankfurt am Main (bis 16.04.2010)
  - LBS Norddeutsche Landesbausparkasse Berlin-Hannover, Berlin/Hannover (bis 13.04.2010)
- Mitglied des Beirats der
  - BerlinOnline Stadtportal GmbH & Co. KG, Berlin (bis 17.06.2010)
- Mitglied des Board of Directors (non-executive) der
  - Visa Europe Limited, London
- Mitglied des Verwaltungsrats der
  - DekaBank Deutsche Girozentrale, Frankfurt am Main

### Jan Bettink

Mitglied des Vorstands

---

- a)\* Vorsitzender des Aufsichtsrats der
  - Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG, Berlin  
(seit 04.01.2011, ab 01.01.2011 Mitglied des Aufsichtsrats)
- b) Mitglied des Verwaltungsrats der
  - Kreditanstalt für Wiederaufbau – Anstalt des öffentlichen Rechts (KfW), Frankfurt am Main  
(ab 01.01.2011)

## **Serge Demolière**

Mitglied des Vorstands

---

- a) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
  - Börse Berlin AG, Berlin
- Mitglied des Aufsichtsrats der
  - RTS Realtime Systems AG, Frankfurt am Main
- a)\* Vorsitzender des Aufsichtsrats der
  - Landesbank Berlin Investment GmbH, Berlin
- b) Vorsitzender des Verwaltungsrats der
  - Landesbank Berlin International S. A., Luxemburg
  - LBB Re Luxembourg S. A., Luxemburg
- Mitglied des Aufsichtsrats der
  - Easdaq NV, Brüssel
- Mitglied des Board of Directors (non-executive) der
  - LBB Finance (Ireland) plc, Dublin

## **Hans Jürgen Kulartz**

Mitglied des Vorstands

---

- a) Mitglied des Aufsichtsrats der
  - Rölf's WP Partner AG, Düsseldorf (seit 21.06.2010)
- a)\* Mitglied des Aufsichtsrats der
  - Berlin-Hannoversche Hypothekbank AG, Berlin
  - Landesbank Berlin Investment GmbH, Berlin
  - netbank Aktiengesellschaft, Hamburg
- b) stellv. Vorsitzender des Verwaltungsrats der
  - DKLB Deutsche Klassenlotterie Berlin Anstalt des öffentlichen Rechts, Berlin
- Mitglied des Aufsichtsrats der
  - Deutsche Factoring Bank Deutsche Factoring GmbH & Co., Bremen
  - Deutsche Sparkassen Leasing AG & Co. KG, Bad Homburg v.d.H.
  - LBS Norddeutsche Landesbausparkasse Berlin-Hannover, Berlin/Hannover
  - LWS Lotterie- und Wett-Service GmbH, Berlin
  - Finanz Informatik GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main (ab 01.01.2011)

## **Martin K. Müller**

Mitglied des Vorstands

Mitglied des Vorstands der Landesbank Berlin Holding AG, Berlin (ab 01.01.2011)

---

- a)\* Vorsitzender des Aufsichtsrats der
  - BankenService GmbH Unternehmensgruppe Landesbank Berlin, Berlin
- Mitglied des Aufsichtsrats der
  - Berlin-Hannoversche Hypothekbank AG, Berlin
- b) Mitglied des Aufsichtsrats der
  - GfBI Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien mbH, Berlin
- Mitglied des Verwaltungsrats der
  - Landesbank Berlin International S. A., Luxemburg

## **Patrick Tessmann**

Mitglied des Vorstands

---

- a)\* stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der  
- netbank Aktiengesellschaft, Hamburg (seit 31.05.2010)

Mitglied des Aufsichtsrats der  
- Landesbank Berlin Investment GmbH, Berlin (seit 01.04.2010)

- b) Mitglied des Aufsichtsrats der  
- B+S Card Service GmbH, Frankfurt am Main (seit 16.04.2010)  
- LBS Norddeutsche Landesbausparkasse Berlin – Hannover, Berlin/Hannover (seit 13.04.2010)

Mitglied des Beirats der  
- BerlinOnline Stadtportal GmbH & Co. KG, Berlin (seit 18.06.2010 bis 03.01.2011)

## **Dr. Thomas Veit**

Mitglied des Vorstands (bis 31.12.2010)

Mitglied des Vorstands der Landesbank Berlin Holding AG, Berlin (bis 31.12.2010)

---

- a) Mitglied des Aufsichtsrats der  
- Atos Worldline Processing GmbH, Frankfurt am Main (bis 24.06.2010)

- a)\* Mitglied des Aufsichtsrats der  
- Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG, Berlin (bis 04.01.2011 Vorsitzender des Aufsichtsrats)

Mitglied des Aufsichtsrats der  
- Landesbank Berlin Investment GmbH, Berlin (bis 31.03.2010)

- b) stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der  
- GfBI Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien mbH, Berlin (bis 05.12.2010)

Mitglied des Aufsichtsrats der  
- Finanz Informatik GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main (bis 31.12.2010)

## **Mandate von Mitarbeitern in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften**

### **Michael Jänichen**

- stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates
- BBB Bürgschaftsbank zu Berlin-Brandenburg GmbH, Berlin

### **Thomas Paulick**

- Mitglied des Aufsichtsrates
- netbank AG, Hamburg

### **Heinz-Günter Scheer**

- Mitglied des Aufsichtsrates
- netbank AG, Hamburg

### **Bartho Schröder**

- Mitglied des Aufsichtsrates der
- Bankenservice GmbH, Berlin

### **Hans-Jürgen Torkler**

- Mitglied des Aufsichtsrats der
- B+S Card Service GmbH, Frankfurt am Main (bis 09.09.2010)
  - netbank AG, Hamburg

### **Manfred Wiesinger**

- Mitglied des Aufsichtsrats der
- Bankenservice GmbH, Berlin
  - netbank AG, Hamburg

## Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Landesbank Berlin AG, Berlin, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Berlin, den 2. März 2011

PricewaterhouseCoopers

Aktiengesellschaft

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

## **Entsprechenserklärung / Versicherung der gesetzlichen Vertreter**

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Unternehmens so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Unternehmens beschrieben sind.

**Berlin, den 2. März 2011**

### **Der Vorstand**

Dr. Johannes Evers

Jan Bettink

Serge Demolière

Hans Jürgen Kulartz

Martin K. Müller

Patrick Tessmann



## **Bericht des Aufsichtsrats der Landesbank Berlin AG**

Der Aufsichtsrat hat sich im Geschäftsjahr 2010 in fünf Plenumsitzungen sowie in fünfzehn Ausschuss-Sitzungen – davon einer Telefonkonferenz – ausführlich über aktuelle Ereignisse sowie über Geschäfte von grundsätzlicher Bedeutung unterrichten lassen. Er hat sich regelmäßig, zeitnah und umfassend schriftlich wie mündlich mit der Lage und der Geschäftsentwicklung der Landesbank Berlin AG (LBB) und ihrer Tochtergesellschaften befasst, die Geschäftsführung des Vorstands laufend überwacht und sich von deren Ordnungsmäßigkeit überzeugt.

Der Aufsichtsrat hat sich vom Vorstand über die beabsichtigte Geschäftspolitik und andere grundsätzliche Fragen der Unternehmensplanung, insbesondere über die Finanz-, Investitions- und Personalplanung, über die Risikosituation und die Compliance informieren lassen, alle in diesem Zusammenhang angefallenen Aspekte beraten und gegebenenfalls Empfehlungen ausgesprochen. Aktuelle Einzelthemen wurden zwischen dem Vorstandsvorsitzenden und dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats erörtert.

Bei identischen Themenstellungen tagten die Aufsichtsräte der LBB und der Landesbank Berlin Holding AG (Holding) wie auch die beiden Bilanzprüfungs-, Personal- und Strategieausschüsse jeweils in gemeinsamen Sitzungen.

### **Schwerpunkte der Aufsichtsratsstätigkeit**

Gegenstand der Sitzungen war die Information durch den Vorstand zur aktuellen Geschäftsentwicklung und den Ergebnissen der Strategischen Geschäftsfelder sowie über die aktuelle Lage der LBB.

In der Sitzung vom 9. Februar 2010 berichtete der Vorstand über erste Indikationen zur Geschäftsentwicklung per 31. Dezember 2009 und erörterte mit dem Aufsichtsrat den Verlauf des zurückliegenden Geschäftsjahres. Ferner hat sich der Aufsichtsrat mit weiteren Inhalten im Rahmen der Umsetzung des Gesetzes zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung, insbesondere der Ausgestaltung der variablen Vergütung und dem Selbstbehalt in der D & O-Versicherung sowie mit der Umsetzung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Vergütungssysteme befasst. Zudem hat der Aufsichtsrat in dieser Sitzung die Bestellung von

Herrn Patrick Tessmann in den Vorstand der LBB mit Verantwortung für das Ressort ‚Private Kunden‘ beschlossen.

Zur Vorbereitung der Bilanzsitzung am 26. März 2010 wurden dem Aufsichtsrat die Berichte des Abschlussprüfers, der PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, am 10. März 2010 übermittelt. Im Rahmen dieser Bilanzsitzung erfolgte die Berichterstattung des Vorstands über das Geschäftsjahr 2009. Dem schloss sich der Bericht des Wirtschaftsprüfers sowie die Beratung und Prüfung des Jahres- und Konzernabschlusses und des Lage- und Konzernlageberichts zum 31.12.2009 an. Weitere Themen dieser Sitzung waren die Beschlussfassung über den Bericht des Aufsichtsrats, über die Tagesordnung für die ordentliche Hauptversammlung am 14. Juni 2010 und über den Vorschlag für die Wahl des Abschlussprüfers. Der Vorstand stellte den Ergebnisbericht zu Hinweisen und Prüfbitten des Aufsichtsrats vor und erstattete den Jahresbericht der Revision sowie den Jahresbericht über Spenden und Sponsoringmaßnahmen. Im Zusammenhang mit der Beschlussfassung zum Vergütungsbericht 2009 nahm der Aufsichtsrat auch die regelmäßige Überprüfung des Vergütungssystems vor. Daneben hat der Aufsichtsrat dem Abschluss eines Beherrschungsvertrages zwischen LBB und BankenService zugestimmt. Ferner überprüfte der Aufsichtsrat die Effizienz seiner Tätigkeit anhand einer Checkliste und bestellte gemäß § 33 MitbestG Herrn Dr. Johannes Evers zum Arbeitsdirektor.

In der Sitzung am 15. Juni 2010 vor Beginn der Hauptversammlung der LBB Holding hat sich der Aufsichtsrat ausführlich über die Geschäftsentwicklung der ersten vier Monate informieren lassen und der Errichtung einer ‚Stiftung Berliner Sparkasse – von Bürgerinnen und Bürgern für Berlin‘ zugestimmt. Darüber hinaus hat er der Gründung einer gemeinsamen Gesellschaft mit der Deutschen Leasing AG (S-Kreditpartner GmbH) zur Bündelung der Aktivitäten im Auto- und Konsumentenfinanzierungsgeschäft zugestimmt.

Am 10. September 2010 erörterte der Aufsichtsrat mit dem Vorstand u. a. die Effekte aus der Umsetzung der neuen Empfehlungen zu den Eigenkapitalanforderungen für Banken (Basel III) für die LBB. Ferner fasste der Aufsichtsrat einen Vorratsbeschluss zu Organkrediten und beschloss die Prüfungsschwerpunkte für das Geschäftsjahr 2010. Er nahm die Ergebnisse über die Depotprüfung und die Prüfung nach § 36 WpHG zur Kenntnis und informierte sich über das Projekt ‚Wege zum Kunden‘ der Berliner Sparkasse sowie über die Einrichtung des Vergütungsausschusses. Darüber hinaus hat der Aufsichtsrat die

Bestellung von Herrn Jan Bettink in den Vorstand der LBB mit Verantwortung für das Geschäftsfeld ‚Immobilienfinanzierung‘ beschlossen. Einen weiteren Schwerpunkt der Aufsichtsratsstätigkeit bildete die Diskussion und Zustimmung zum Kauf der Anteile der Nord/LB an der Berlin Hannoversche Hypothekenbank (Berlin Hyp) und der Abschluss eines Gewinnabführungsvertrags sowie die Übernahme der verbliebenen Minderheitsanteile an der Berlin Hyp.

In der letzten Sitzung des Aufsichtsrats im Berichtsjahr am 19. November 2010 berichtete der Vorstand über die Ergebnisse zum III. Quartal sowie die aktuelle Geschäftsentwicklung. Ferner hat sich der Aufsichtsrat über den Stand der OS-Plus Migration sowie das Dienstleistungsangebot der LBB für andere Sparkassen informieren lassen und die Mittelfristplanung 2011 – 2015 beraten. Darüber hinaus stimmte der Aufsichtsrat der Veräußerung der Anteile an der BerlinOnline Stadtportal GmbH zu. Er hat eine Empfehlung an die Hauptversammlung zur Prüferbestellung ab dem Geschäftsjahr 2011 ausgesprochen und die Risikostrategie zur Kenntnis genommen.

Außerhalb der Sitzungen wurden vom Aufsichtsrat im Geschäftsjahr 2010 vier Beschlüsse im Umlaufverfahren gefasst.

Alle Mitglieder des Aufsichtsrats haben im Jahr 2010 an mindestens der Hälfte der Sitzungen des Aufsichtsrats teilgenommen.

### **Ausschüsse des Aufsichtsrats**

Die Arbeit des Aufsichtsrats wurde im Geschäftsjahr 2010 durch folgende aus der Mitte des Aufsichtsrats gebildete Ausschüsse unterstützt:

Der Bilanzprüfungs-, Personal- und Strategieausschuss (BPS-Ausschuss) befasste sich im abgelaufenen Geschäftsjahr in sieben Sitzungen mit der Vorberatung von Beschlussfassungen des Plenums; eine Sitzung wurde als Telefonkonferenz abgehalten, ein Beschluss wurde durch den BPS-Ausschuss im Wege des Umlaufverfahrens gefasst. Schwerpunktmäßig befasste sich der BPS-Ausschuss insbesondere mit Fragen der Rechnungslegung, des Risikomanagements und der Compliance sowie mit Personalangelegenheiten, die den Vorstand betrafen.

Der Kreditausschuss des Aufsichtsrats hat in acht Sitzungen über grundsätzliche Fragen der Geschäftspolitik im Kreditgeschäft unter dem Gesichtspunkt von Bonitätsrisiken und des Risikomanagements, insbesondere Adressenausfall-, Marktpreis- und Liquiditätsrisiken sowie operationelle Risiken, beraten. Die Mitglieder des Kreditausschusses haben sich mit dem Kreditgeschäft befasst, welches entsprechend der Geschäftsordnung einem Zustimmungsvorbehalt unterliegt, insbesondere den größeren Engagements und den mit erhöhten Risiken behafteten Krediten. Zwanzig Beschlüsse wurden im Wege des Umlaufverfahrens gefasst. Des Weiteren wurde in den Sitzungen regelmäßig auf der Basis umfangreicher Unterlagen über die Zusammensetzung des Kreditportfolios beraten. Darüber hinaus fungierte der Kreditausschuss als Risikoausschuss im Sinne der MaRisk und wurde entsprechend den gesetzlichen Vorgaben vom Vorstand über die Risikostrategie und die Risikosituation informiert.

Der gemäß § 27 Abs. 3 Mitbestimmungsgesetz von 1976 gesetzlich zu bildende Vermittlungsausschuss trat im Jahr 2010 nicht zusammen.

Der Aufsichtsrat hat sich über die Arbeit der Ausschüsse regelmäßig und umfassend berichten lassen. Alle Mitglieder der Aufsichtsratsausschüsse haben im Berichtsjahr an mehr als der Hälfte der jeweiligen Ausschuss-Sitzungen teilgenommen.

## **Corporate Governance**

Als nicht-börsennotierte Aktiengesellschaft unterliegt die LBB grundsätzlich nicht den Vorschriften des Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK). Im Interesse einer einheitlichen Handhabung hat die LBB jedoch die freiwillige Anwendung der DCGK Grundsätze beschlossen, soweit sie übertragbar sind. In diesem Zusammenhang hat sich der Aufsichtsrat der LBB im Frühjahr 2010 einer Effizienzprüfung unterzogen. Die Ergebnisse der Effizienzprüfung sind im Zusammenwirken mit dem Vorstand Grundlage für die weitere Optimierung der Arbeit im Aufsichtsrat. Im Februar 2011 haben Vorstand und Aufsichtsrat die DCGK-Entsprechenserklärung zur Fassung des Kodex vom 26. Mai 2010 abgegeben.

Aufgrund der weitgehend personenidentischen Besetzung wurde für den Aufsichtsrat der LBB und den der Holding für 2010 ein gemeinsamer Corporate Governance-Bericht erstellt. Ein Mitglied des Aufsichtsrats nahm aufgrund eines anderen ausgeübten Mandats an der Beschlussfassung über die Beteiligungsangelegenheit „Berlin Hyp AG – Maßnahmen zur

Weiterentwicklung der Anteilseignerstruktur', zu der auch die Zustimmung zum Erwerb der Anteile der Nord/LB an der Berlin Hyp gehörte, nicht teil. Weitere potentielle Interessenkonflikte traten im Berichtsjahr bei Aufsichtsrat oder Vorstand nicht auf.

### **Personalia Vorstand**

Der Aufsichtsrat hat in seiner Sitzung vom 9. Februar 2010 Herrn Patrick Tessmann mit Wirkung vom 1. April 2010 zum Mitglied des Vorstands der Landesbank Berlin AG bestellt. In seiner Sitzung vom 10. September 2010 hat der Aufsichtsrat Herrn Jan Bettink mit Wirkung vom 1. Januar 2011 zum Nachfolger für den am 31. Dezember 2010 in den Ruhestand getretenen Herrn Dr. Thomas Veit bestellt. Der Aufsichtsrat dankt Herrn Dr. Veit für seine langjährige verdienstvolle Tätigkeit als Mitglied des Vorstands der LBB.

### **Personalia Aufsichtsrat**

Mit Ablauf der Hauptversammlung der Landesbank Berlin AG am 14. Juni 2010 legte Herr Jürgen Hilse sein Mandat im Aufsichtsrat der Landesbank Berlin AG nieder. Als Nachfolger von Herrn Hilse hat die Hauptversammlung am 14. Juni 2010 Herrn Helmut Schleweis bestellt.

Der Aufsichtsrat dankt Herrn Hilse für sein Engagement und die konstruktive Zusammenarbeit.

Der Aufsichtsrat hat gemäß Ziffer 5.4.2 des Deutschen Corporate Governance Kodex geprüft und festgestellt, dass ihm eine nach seiner Einschätzung ausreichende Anzahl unabhängiger Mitglieder angehört und die gesetzlichen Anforderungen gemäß § 100 Abs. 5 AktG an den Sachverstand auf den Gebieten Rechnungslegung und Abschlussprüfung erfüllt sind.

### **Jahresabschluss 2010**

Der vorliegende Jahresabschluss der LBB mit dem Lagebericht sowie der Konzernabschluss der LBB mit dem Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 2010 wurden durch die von der Hauptversammlung zum Abschlussprüfer bestellte PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt/Main, Zweigniederlassung Berlin, unter Beachtung der vom Aufsichtsrat festgelegten Prüfungsschwerpunkte geprüft und mit einem

jeweils uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Der Aufsichtsrat hat das jeweils erteilte Testat zustimmend zur Kenntnis genommen.

Während der jeweiligen Prüfung informierte sich der Vorsitzende des Aufsichtsrats beim Abschlussprüfer über deren Inhalt und Ablauf. Der Jahresabschluss der LBB wurde nach den Vorschriften des HGB, der Konzernabschluss der LBB nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) aufgestellt. Sowohl der Jahresabschluss als auch der Konzernabschluss wurden zusammen mit dem Lagebericht und dem Konzernlagebericht sowie den jeweiligen Prüfungsberichten des Wirtschaftsprüfers rechtzeitig vor den jeweiligen Bilanzsitzungen des Kreditausschusses, des BPS-Ausschusses und des Aufsichtsrats den Gremien zur eingehenden Prüfung vorgelegt.

An den Bilanzsitzungen des Plenums sowie der Ausschüsse nahmen die den Jahres- und Konzernabschluss unterzeichnenden Wirtschaftsprüfer teil. Der Abschlussprüfer berichtete dabei über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung sowie darüber, dass keine wesentlichen Schwächen des internen Kontrollsystems und des Risikomanagementsystems vorlagen. In der gemeinsamen Erörterung ging er eingehend auf die Fragen der Mitglieder dieser Gremien ein. Der Aufsichtsrat hat sich gemäß DCGK Ziff. 7.2.1 davon überzeugt, dass beim Abschlussprüfer keine Interessenkonflikte hinsichtlich einer unabhängigen Prüfung bestehen.

Gegen die Prüfungsergebnisse ergaben sich keine Einwendungen. Der Aufsichtsrat hat die vom Vorstand aufgestellten Jahresabschlüsse der LBB und des Konzerns LBB zum 31. Dezember 2010 in seiner Sitzung vom 25. März 2011 gebilligt. Der Jahresabschluss der LBB gilt damit gemäß § 172 Abs. 1 Satz 1 AktG als festgestellt.

Der Aufsichtsrat dankt den Mitgliedern des Vorstands sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die im Geschäftsjahr 2010 in einem weiteren für die Finanzbranche schwierigen Jahr erbrachten Leistungen.

Berlin, im März 2011

Der Aufsichtsrat  
Heinrich Haasis  
Vorsitzender